

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Druckerei: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Druckerei: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,20 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit Wochensonderausgabe  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**

Erhöht für die selbstgehaltene Koloniel-  
zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
politische und gesellschaftliche Berichts-  
und Besprechungs-Anzeigen 20 Pf.  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
(nur das erste Wort frei). Inseerate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Aus dem Sumpfe der Berliner politischen Polizei.

Die Berliner Kriminalpolizei hat allmählich einen Belustigungserfolg wegen ihrer Fähigkeit, die Urheber von Kapitalverbrechen nicht zu entdecken; und diese Genialität im Nichtauffinden von „Schwererbrechern“ wurde vielfach damit erklärt, daß die Berliner Kriminalpolizei ihre besten Kräfte an die politische Polizei abgeben müsse. Des Staatssekretärs v. Marschall Flucht in die Öffentlichkeit hat dann freilich enthüllt, daß diese „besten Kräfte“ à la Tausch, Meerfeldt-Hüllessem weniger durch ihre Leistungen sich auszeichneten, als durch die Gewissenlosigkeit, mit der diese Tausch, Meerfeldt-Hüllessem und Konforten ihres Amtes walteten und dabei Elemente benutzten, mit denen jeder nur einigermaßen anständige Mensch zu verkehren rundweg abgelehnt hätte. Damals erhob sich ein großes Geschrei von einer „Reformation der politischen Polizei an Haupt und Gliedern“, und wenn wir nicht irren, bestand die ganze Reformation darin, daß der unmöglich gewordene Tausch den Platz verlassen mußte und heute, im Besitze aller seiner Ordensauszeichnungen, mit vollem Gehalt in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist.

Sonst ist so ziemlich alles beim alten geblieben; nach wie vor wird das Lumpengeindel der Achtgroshenjungen zur Aufrechterhaltung von „Religion, Staat und Ordnung“ aus den Geheimfonds gespeist und gezüchtet. Ab und zu sind wir in der Lage, solche Schmutzgeschichten dokumentarisch belegt an die Öffentlichkeit zu bringen; die Polizei und ihre Presse schweigen dazu, ein Teil der bürgerlichen Presse verpufft ein paar sentimentale Phrasen über das „Unmoralische“ solcher Praktiken, und damit ist die Sache erledigt. Höchstens daß noch über den Mangel an Takt und Geschick solcher „besten Elemente der Berliner Kriminalpolizei“ gemurmelt wird. Kommt dann aber wieder ein Fall wie die Veröffentlichung des Tirpitschen geheimen Marine-Erlasses, welche die Hoffnungen gewisser Marine-Interessenten und Marine-Fere zu gefährden droht, dann schäumt die kapitalistische Presse in der bekannnten sittlichen Entrüstung über den — „Vorwärts“ auf, der seine Pflicht gethan, sie schweigt aber sofort, wenn wir nachweisen, daß die Fehler- und Stehlerpraxis gerade von einzelnen Elementen in der politischen Polizei geübt wird.

So damals, als im Reichstage seitens des Abgeordneten Rißner nachgewiesen wurde, daß der Kriminal-Kommissar v. Arnim und der Kriminal-Wachtmeister Diener mittels der Gelder des Geheimfonds die Kollage armer Genossen auszunutzen versuchten, diese zum Treubruch und zum Verrat an ihren Brüdern zu verleiten. Man lacht höchstens über die plumpe Raubthat, mit der diese „gewiegten Kriminalisten“ dabei zu Werke gehen — eine Raubthat, die ihre Erklärung am Ende darin findet, daß der ständige Umgang mit dem moralisch ausgefaulten Zuhältertum die politische Polizei unfähig macht, den richtigen Maßstab von Ehre und Ehrgefühl an andre Leute anzulegen.

Bei der Konfiskation der vorjährigen Weihnachts-Zeitung hat die politische Polizei bekanntlich wider Recht und Gesetz an den unter Verschluss gehaltenen Paketen der Geschäftsbücher der Buchhandlung Vorwärts die Siegel erbrochen. Die Ober-Staatsanwaltschaft hat damals den Fall festgestellt und ihrerseits das getan, was man unter den obwaltenden Umständen von ihr erwarten konnte; man hätte also annehmen dürfen, die Polizei würde sich das zur Warnung dienen lassen, aber was der Prozeß Marschall-Tausch erwies, war eben die Thatsache, daß stärker als die Regierung, stärker als der Staatssekretär, stärker als der Ober-Staatsanwalt die politische Polizei war, und so sind wir heute in der Lage, einen Fall zu erzählen, wo die politische Polizei einen bei der Redaktion des „Vorwärts“ Angestellten zum Treubruch und zum Verrat von Redaktionsgeheimnissen zu kaufen versuchte und ihm zum Zwecke des Verrates 60 Mark auszuhändigte.

### Der Spitzelwerber.

Der Fall trug sich folgendermaßen zu:  
Am Sonntag vor drei Wochen stellte sich einem unserer Redaktionsboten ein angeblich seit sechs Jahren bei der Schultzeischen Brauerei beschäftigter Oberbrauer Deichmüller vor, dessen Bruder jetzt vom Militär freigekommen und Stellung beim „Vorwärts“ suche. Um nun die Sache näher zu besprechen, lud er ihn ein, nächste Woche ein Glas Bier mit ihm zu trinken. So geschah's; als er dann hörte, daß alle Stellen besetzt seien, hatte sein Bruder schon eine Anstellung beim „Teltomer Kreisblatt“ gefunden, was ihn jedoch in seiner Grobmut nicht hinderte, den Vorschlag des Glases Bier aus-

zudehnen, sich weiter zu amüsieren bei Aschinger in der Friedrichstraße, in der „Höpfenblüte“ Unter den Linden usw. Nach verschiedenen Gläsern Bier wurde der „Oberbrauer“ ebenso gesprächig wie witzbegierig und entpuppte sich als eifriger „Vorwärts“-Leser. Der Fall Krupp interessierte ihn, ebenso die „Sonnensbriefe“, auch die Reise Gradnauers nach Rom. Als er merkte, daß diese typische Zudringlichkeit seinen „Gast“ doch etwas strapazierte, spielte er sich auf den gemüthvollen Gönner der Socialdemokratie hinaus. Er sei zwar eigentlich kein Socialdemokrat, im Gegenteil, ein Patriot, aber er „schwärme für die Wissenschaft“ und lese mittags immer „alle Zeitungen“, am liebsten den „Vorwärts“, diesen noch lieber als die „Staatsbürger-Zeitung“. Nach diesem Komplimente glaubte er alles Mißtrauen beseitigt zu haben, und schließlich wurde für den andern Tag eine neue „Amüster“-Fahrt verabredet.

Gut; der Redaktionsbote ging darauf ein; vorsichtshalber nahm er diesmal seinen Kollegen mit; war ihm doch auch aufgefallen, daß der „Oberbrauer“ seine Wohnung kannte und ihn dort aufsuchte, auch nach der Wohnung seines Kollegen hatte er sich erkundigt, und trotzdem ihm eine andre Wohnung angegeben war, hatte er sich in der richtigen Wohnung eingefunden, ohne vorher in der andern Wohnung sich erkundigt zu haben. Und bei diesem Besuche stellte er sich in der üblichen Gewohnheit als der bekannte Wohltäter vor: er jammerte auch der Frau gegenüber über die schlechten Verdienste, legte nahe, wie leicht sich ein Nebenverdienst bis zu 1200 M. jährlich ohne jede Mühe beschaffen ließ, zeigte sein von Gold und „Blauen“ strotzendes Portemonnaie — kurz und gut: spezialisierte in der bekannnten Manier auf die schlechtesten Zustände und verwies auf seinen „generösen Geldmann“, dem es auf ein paar hundert Mark gar nicht ankomme.

Am Sonnabend wurde nun wieder eine „Pierreise“ unternommen, diesmal hielt der Oberbrauer sich mehr an den zweiten Redaktionsboten, der ihn besser gefiel; angeblich hatte er den ersten bloß benutzt, um an den zweiten heranzukommen. Heute ging es wieder zu Aschinger, dann in die „Bauernschänke“ in der Jägerstraße und zuletzt zum Maskenball auf dem Bod. Aber während er bisher den spendablen Gönner gespielt hatte, legte er jetzt den ersten Redaktionsboten mit einer „Lage Stonsdorfer“ hinein, von deren Zahlung er sich drückte, trotzdem er die Bestellung aufgegeben hatte, und so mußte der arme Kerl 1,50 M. bluten, was seinen Glauben an die Ehrlichkeit dieses Biedermannes lebhaft erschütterte. Auf dem „Bod“ erzielte den „Oberbrauer“ die Remesse. Nach verschiedenen fehlgeschlagenen Versuchen, den Damen gegenüber den Schwerenöndler zu spielen, fiel er bei einer Dame plötzlich mit deren unerwartetem Grusse ab: „Was wollen Sie denn hier, Sie sind doch Schutzmänn!“ (Es war die Frau eines Droguisten, in dessen Laden er angeblich wiederholt Waren gefordert hatte, die zu führen den Droguisten verboten ist.)

Nach diesem verunglückten Don Juan-Abenteuer wendete er sich wieder seiner staatsretterischen Mission zu und verabredete ein Stelldichein auf Dienstagabend 8 Uhr auf dem Wittenbergplatz beim Eingang zur Untergrundbahn, um mit dem „Geldmann“ nähere Abkommen zu treffen. Nebenbei gesagt: er hatte auch wissen wollen, wann die Sprechstunden des „Vorwärts“ seien — die doch alle Tage im „Vorwärts“ publiziert sind —, aber mit einem für Dumme ganz unverfänglichen Saltomortale sprang er dann zur Frage über: **wer denn im „Vorwärts“ die italienischen Sachen übersehe.** Nach dem Krupp-Artikel und gegenüber der Thatsache, daß seit 1. Januar in der „Vorwärts“-Druckerei das italienische Arbeiterblatt „Operajo Italiano“ hergestellt wird, war diese Frage ganz klar!

Um aber den ersten Redaktionsboten von der Aufrichtigkeit seiner Freundschaft zu überzeugen, gab der „Oberbrauer“, der auch Karitätenmüller ist, dem Boten ein wertvolles historisches Geschenk: ein mit dem Stempel der Mairie de Denzenheim versehenes vergilbtes Dokument vom 25. VIII. 1870 an die deutschen militärischen Oberbehörden, „einen Valentin Kaufmann gleich wieder in seine Heimat zurückzuführen zu lassen“.

Ob jemand dafür 1,50 M. bezahlen wird?

### Das Stelldichein.

Dienstagabend 8 Uhr begab sich der Redaktionsbote nach dem Wittenbergplatz. Etwas hatte die politische Polizei seit dem ruhmvollen Reinsfall des Kriminalkommissars v. Arnim in der Roabiter Aneipe gelernt; so naiv ging sie diesmal nicht in die Falle. Als der Unworbene am Rendezvousplatz ankam, sah er zwar seinen „Oberbrauer“, aber hinter ihm auch einen der gewöhnlichen dierschrittigen Statisten, wie sie jahraus jahrein „zur Oberbierung“ vor der „Vor-

wärts“-Druckerei — früher in der Beuthstraße, jetzt in der Lindenstraße — herumzulungern pflegen und die durch ihre Plumpheit und Unbeholfenheit auf zehn Schritte den Achtgroshenjungen-Charakter zur Schau tragen.

Der generöse „Oberbrauer“ empfing unsren Boten strahlenden Antlitzes, er sah schon seine Beförderung zum Nachmeister vor Augen, vielleicht sogar die „elatante Genugthuung“ mit dem allgemeinen Ehrenzeichen a la Jhring-Rahlow ruhmvollen Angedenkens. Er klopfte ihm zärtlich auf die Achseln und geleitete ihn nach der Kurfürstenstraße, wo eine Droschke abfahrtsbereit stand. Hinter den beiden zog, mit gewohnter Genialität, als Bedeckung der Bierströtte, der konstatieren mußte, daß „die Luft rein war.“ Und in laufendem Galopp ging es Straße auf, Straße ab, durch den Tiergarten, nach dem — Gensdarmen-Markt. Der richtige Ort!

Im Café Schiller sollte der Ehrenhandel vor sich gehen. Nach einer kurzen Weile erschien dort der „Geldmann“! Wenn Herr Kriminal-Wachtmeister Diener nicht seit vorgestern einen Doppelgänger hat, der ihn vom Bauch bis zum Glaskopf ganz genau zu kopieren versteht, der dieselben freundschaftlichen Umgangsformen und das gleiche angenehme Augenpaar besitzt wie er, dann muß es Herr Kriminal-Wachtmeister Diener in eigner Person gewesen sein. Seit seinem Hereinfall in der Genthinerstraße, wo er gemeinsam mit seinem Vorgesetzten, Herrn Kommissar v. Arnim, so unglücklich in diesem Fache debutierte, hatte er solche Lorbeeren nicht mehr gepflückt wie vorgestern, er — oder sein Doppelgänger!

### Die Werbung zum Treubruch.

Der „Geldmann“ spielte sich auf den Vorsichtigen hinaus; er hatte auch nicht viel Zeit: er mußte ja am Abend noch seinem Vorgesetzten Bericht über den glücklichen Fall erstatten, daß die politische Polizei jetzt endlich direkt in der Redaktion einen Verräter sitzen hatte. Das war des Schweißes der Ohren wert und Geld sollte dabei keine Rolle spielen. Aber — im Gegensatz zu den goldenen Bergen, die der Werbe-Agent in Aussicht gestellt hatte, erwies sich der „Geldmann“ etwas sehr miderig! Und das war — vom Polizeistandpunkt aus — sogar dumm! Ein gutes Geschäft muß auch anständig bezahlt werden. Preussische Aniederigkeit führt zu nichts.

Der „Geldmann“ — Herr Kriminalwachtmeister Diener oder — sein Doppelgänger (dem er lehnte es rundweg ab, seinen Namen zu nennen) stellte die Sache erst als ganz harmlos hin. Er wollte nur „politische Nachrichten“ haben; er wollte Kenntnis erhalten von den „Vertrauensmänner-Sitzungen“, von deren „Tagesordnungen“, von „Versammlungen“; dann so ganz en passant erkundigte er sich nach einem Redakteur, dem „Dicken“, der in Schöneberg wohne etc. Schließlich versprach er „alle 14 Tage 30 M.“ Entschädigung und zahlte dann — lumpige, allerdings in Anbetracht der preussischen Finanznot schlimm vergeudetete 60 M. — gleichsam als Vorschuß — aus und ließ sich darüber folgende Quittung ausstellen:

60 M.

sechzig Mark für Ueberbringung von Nachrichten erhalten.  
Wilhelm Berger.

Dann verwies er ihn auf seinen Begleiter, bat ihn, alle künftigen Berichte unter

Reimann I postlagernd  
Postamt 61 Berlin SW.

zu senden, und empfahl sich, um spornstracks — zu seinem Vorgesetzten zu eilen.

Reimann I (oder Krüger, wie er ihn auch nannte, ebenso Heimann) führte die Unterhaltung weiter. Er wolle von den Sitzungen des Parteivorstandes Näheres wissen, erkundigte sich, was Pfannkuch, Gerisch, Singer, die doch öfters in die Redaktion kämen, dort thäten usw. usw.

Wäre dieser Versuch, einen Angestellten des „Vorwärts“ zum Treubruch, zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen zu dingen, nicht gar so verwerflich, man wäre versucht, diese ganze Art der Spitzelwerbung herzlich dumm zu nennen.

Wenn aber wieder einmal die Reute der Kapitalistenpresse oder die Regierungsbereiter über die Immoralität der Socialdemokratie zetern, dann wollen wir sie daran erinnern, wie hier die Gelder der Steuerzahler in schändlichster Weise benutzt werden, ehrliche Leute ins Verderben zu loden, arme Arbeiter zu Gallunten zu machen! Und wir sind begierig, was die Vorgesetzten der Berliner politischen Polizei zu diesem neuesten Stückchen der Polizeimoral — von der Ungeschicklichkeit wollen wir gar nicht reden — sagen.

Selbstverständlich steht der Judaslohn der Polizei zur Verfügung. Und deshalb werden wir auch in nächster Zeit

falls das Geld nicht sofort bei uns abgeholt werden sollte, an der Spitze unseres Blattes wiederholen:

### Aufforderung.

Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

### Zehzig Mark

welche am 13. Januar 1903 in Casé Schiller an unsere Redaktionsboten für Verteilung zum Treubruch und für Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei gezahlt wurden.

Der Auszahler kann dieselben gegen Quittung nach Ausweis der Identität seiner Persönlichkeit bei unserer Geschäftsstelle, Lindenstr. 69, 2. Hof II, abholen.

Redaktion des „Vorwärts“.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar.

### Amerikanisches Petroleum und amerikanische Weisbegünstigung.

Der Reichstag hat am Mittwoch den Resolutionenweg weiter beschritten, der ihn zunächst zu dem Wunsch der Zollpartei führte, die Zollsätze für Kohlenpetroleum in keinem Handelsvertrage herabzusetzen und durch Differenzierung der Zollsätze für Kohlenpetroleum und gereinigtes Petroleum eine inländische Raffinerie-Industrie zu schaffen. Genosse Wurm belämpfte diese Resolution auf das entschiedenste. Er wies zwingend nach, daß hier unter einem nationalen Mantelchen versucht würde, der Petroleum verbrauchenden Bevölkerung neue Lasten zu Gunsten eines fünftägigen deutschen Raffinerie-Syndikats aufzulegen. Das ganze Verlangen hat einen durchaus agrarischen Hintergrund. Der Preis des Petroleums soll in die Höhe getrieben werden, um den Brennspritus, dessen Erzeugungskosten höher sind als die des Petroleums, konkurrenzfähig zu machen. Unser Redner bezeichnete die Steigerung der Preise für Petroleumverbrauch auf etwa 90 Millionen Mark. Es handelt sich hier also wieder um einen ganz anständigen Happen für die Kapitalisten.

Als Wortführer der Schwärmer für national-raffiniertes Petroleum trat wieder Herr Hehl v. Herrnsheim in den Vordergrund. Er hat so, als handle es sich bei der Resolution um die Bekämpfung des unerträglichen Rockefeller-Monopols. Die übliche Verdächtigung gegen die Sozialdemokratie, ohne die eine Rede des Wortführer Rederwürdig unbedenkbar wäre, traf diesmal unsere Pariser Genossen. Herr v. Hehl verwandelte den von einer nationalpolitischen Mehrheit bekräftigten Pariser Stadtrat in einen sozialistischen und sagte ihm nach, daß er das Licht des armen Mannes durch die Erhebung eines städtischen Eingangszolles um 20 Proz. verteuere. Natürlich genügt ein Zwischenruf von unseren Vätern, um Herrn v. Hehl zu widerlegen. Die Zurückweisung seiner andren Behauptung, daß die Resolution sich gegen Rockefeller richtet, wurde von dem Liberalen Presse erbracht, der dem Hause mitteilte, daß die Aktien der einzigen in Deutschland und zwar in Bremen befindlichen Petroleumraffinerie zu mehr als 50 Proz. im Besitze des Rockefeller-Syndikats seien. Der amerikanische Diktator, der die ganze Welt in sein Joch gespannt hat, würde also, wenn eine Petroleumraffinerie-Industrie in Deutschland entsände, sofort seine goldne Hand darauflegen.

Neben Herrn v. Hehl fehlte natürlich auch der Prof. Paasche nicht. Er fabelte von der guten Erziehung einer heimischen Industrie und ließ in rein nationaler Begeisterung die mühselig rindenden Petroleumquellen im Hannoverischen armdid aus dem Boden springen. Wurm hatte Gelegenheit, in einer zweiten Rede alle diese Phantasien auf das richtige Maß zurückzuführen und aus der Welt-herlichkeit des durch den Zutritt der Kolonialzölle und Nobel wohl bald gänglich geschlossenen Petroleumringes Folgerungen für den sozialistischen Gedanken zu ziehen.

Die Resolution wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 70 Stimmen, die von uns und den freisinnigen Gruppen stammten, angenommen. Der Reichstag war also, wenn auch etwas knapp beschlußfähig. Die Diäten des preussischen Landtages sorgen wenigstens dafür, daß die Doppelmandatäre zur Stelle sind. Da die Regierung auch heute wieder durch den Unterstaatssekretär v. Fischer wie schon in der Kommission erklärte, daß sie schwere Bedenken gegen die Forderungen der Resolution habe, würde die Annahme der Resolution nicht viel bedeuten, wenn dem Grafen Bülow größere Widerstandskraft gegen unsinnige Forderungen zuzutragen wäre.

Nach dem Petroleum kam die Frage der Weisbegünstigungsverträge an die Reihe. Hier lagen zwei Resolutionen vor: die erste, die von den Herren v. Kardorff, Graf Kanitz und Hehl unterstützt war, forderte unverzüglich sofortige Lösung aller Weisbegünstigungsverträge mit solchen Ländern, die Deutschland nicht volle Reciprocity (Gegenseitigkeit) gewähren. Noch vor Abschluß der neuen Handelsverträge soll Amerika, denn um Amerika handelt es sich in erster Linie, der Zollkrieg angedroht werden, wenn es nicht seine Zollgesetzgebung und die zollamtliche Behandlung der Waren nach deutschem Muster gestaltet. Daß von Amerika gefordert wird, statt seines Wertzoll-Systems sofort das Gewichtszoll-System einzuführen, ging selbst Herr Speck und dem Centrum, das hinter der zweiten Resolution steht, zu weit. Die zweite Resolution ist wenigstens in der Form konzilianter. Sie verlangt nur die thunlichst baldige Aufhebung der Weisbegünstigungskaufel, womöglich vor Erneuerung der Handelsverträge, und die Kündigung ganz allgemein nur dann, wenn die Weisbegünstigung den deutschen Interessen nachteilig gewesen ist.

Die beiden Resolutionen wurden von den Herren v. Hehl und Speck mit den üblichen Gründen ausgestattet. Es war viel von der Abschüttelung des amerikanischen Joches die Rede und Herr v. Hehl drohte mit Ablehnung der Handelsverträge, wenn die Regierung nicht Orde pariere. Auch Herr Speck forderte den General-tarif gegenüber Amerika, wenn es keinen Handelsvertrag oder keinen neuen Weisbegünstigungsvertrag abschließen wolle.

Graf Posadowski betonte in seiner Erwiderung, daß die Regierung sich nicht mit voller Klarheit aussprechen könne, um nicht dem Auslande Waffen zu liefern. Wenn der Minister des Bucher-tarifs hierdurch andeutete, daß die Regierung die Weisbegünstigungsverträge doch nicht völlig vertwerfen könne, so erwartete er sich dann wieder den vollen Beifall der Agrarier durch eine scharfe Drohung gegen die Vereinigten Staaten. Kann ist der Hochschulzoll-Tarif angenommen, so beginnen bereits Ankündigungen, die nur allzu leicht in den Zollkrieg führen können.

Nach der Rede des Ministers wurden die weiteren Beratungen auf Donnerstag vertagt. Von unserer Fraktion wird Bernstein sprechen.

### Die Danziger Nachwahl.

Mit einem schönen Erfolg hat, wie gestern schon telegraphisch berichtet, die Reichstagswahl in Danzig geendet. In Danzig hatte die Sozialdemokratie seit dem Jahre 1890 keine Fortschritte gemacht. Bei den Wahlen 1890 erhielten wir 3525 Stimmen, die 1893. wo

wir in die Stichwahl gelangten, auf 4263 stiegen, aber 1898 wieder auf 3822 sanken, wenn wir auch wieder in die Stichwahl kamen.

Jetzt ist nun plötzlich, unter dem frischen Eindruck der aufstrebenden und aufwühlenden Vorgänge im Reichstage, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um 1746 Stimmen gewachsen, ja wir haben rund 600 Stimmen sogar gegen die Stichwahl von 1895 zugenommen. Dagegen haben verloren die Freisinnige Vereinigung: 1055, die Zollpartei (Konservative, Centrum, Antisemiten, die diesmal nur einen Kandidaten präsentierten) 2130 Stimmen. Wenn das Centrum auch offizielle Stimmhaltung proklamiert hatte — 1898 erhielt es über 3000 Stimmen — um die erwartete Wirkung seines Verhaltens im Zollkampf zu verschleiern, so ist es doch zweifellos, daß diejenigen Wähler, die das Centrum gewählt hätten, diesmal für den konservativen Zollrunder gestimmt haben. Der sozialdemokratische Erfolg ist um so größer, als die Wahlbeteiligung angeichts der bevorstehenden allgemeinen Wahlen naturgemäß geringer war.

Die Nachwahl in Danzig ist ein verheißungsvolles Vorzeichen für die kommenden Reichstagswahlen!

Aus dem Wahlkampf selbst wird uns noch folgende heitere Episode mitgeteilt:

### Streitende politische Statistiken.

Die Danziger „Freisinnigen“, die mit ihren Versammlungen so traurige Erfahrungen gemacht und überall in ihren „Bezirks-zusammenkünften“, wie sie mit einem Anflug von Scham ihre Versammlungen nannten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit getagt hatten, wollten Herrn Karl Rommens Agitation „würdig abschließen“ und zu diesem Zweck am Sonntag, zwei Tage vor der Wahl, eine wirklich „große Versammlung“ abhalten. Dazu gebrauchte man aber die Sozialdemokraten als Statistiken, da die Versammlung sonst sehr kärglich ausgefallen hätte. Man erließ also eine große Annonce, in der die liberalen Wähler ersucht wurden, „zeitig zu erscheinen“, man veröffentlichte einen anonymen Brief an den Kandidaten und den Stadtverordneten Hoffmann — und so klappte es denn wirklich. Der Saal war von den erschienenen 1200 Personen überfüllt, auch Genosse Hoffmann war erschienen. Die Freisinnigen schmunzelten. Wie schön konnte man nun am Montag in den Zeitungen mit der imposanten freisinnigen Versammlung paradien!

Natürlich mußte alles vermieden werden, was einen Zusammenstoß hätte heraufbeschwören und die politischen Statistiken zum vorzeitigen Auscheiden hätte veranlassen können. Also fort mit dem Kaiserthum und ein nur ja recht gelindes Referat des Herrn Kandidators. Verbeugungen nach links und Verbeugungen nach rechts, denn eine Stichwahl ist ja ein tägliches Ding. Nichts von der fröhlichen Kampfesstimmung, von „Aufs Dach steigen“ und „Ueber die Schanzen fahren“, vielmehr eitel konzilianz und Liebenswürdigkeit: „Wie oft haben wir Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten gekämpft“. Und dann wurde wieder nach rechts die Kaisertrone beteuert. Es ging ganz programmäßig.

Dann kam der Genosse Hoffmann an die Reihe, denn man diesmal natürlich volle Redefreiheit gewähre. Und unser Genosse zeigte sich dafür denn auch gebührend dankbar. Er zergaunerte den konservativen Kandidaten, den Stadtkommandanten Heydenbreck, der, wenn er einmal zufällig keinen Besuch habe, sich ein Programm ausarbeiten werde, nachdem er sich in den Zeitungen über die Politik orientiert habe. Der Herr Kandidator strahlte von Freude über seinen „Kollegen“, er und die übrigen illustren Herren vom Freisinn nickten und lächelten dem Redner freundlich zu. Dann freilich erlaubte sich Hoffmann auch, sich mit dem freisinnigen Kandidaten zu beschäftigen. Er bescheinigte demselben im weitesten Maße die Kaisertrone: „Er verfährt die stillvollsten byzantinischen Hof-Dreschen, deren Trill sogar diesen freisinnigen Kollegen so schmerzvoll erscheint, daß sie dieselben ablehnen“. Das ist zwar ein wenig niederrächtig, läßt sich aber für die Stichwahl bei den Konferenzen verwerten. Doch was ist das? „Ja, Herr Heydenbreck ist noch eher Politiker als Herr Rommens.“ Oho! „Er verpricht wenigstens, wenn er mal Zeit habe, sich ein Programm anzuschaffen, aber Ihr Kandidat erklärt, er verpflichtet sich auf seine, er lehnt jedes Programm entschieden ab, deshalb wählen Sie doch besser den Kandidaten, dem Herr Rommens immer vorzieht, daß er ein besitz, den einzigen also, der ein Programm besitzt, den Sozialdemokraten Adolf Partel! Wähler, welche einem Kandidaten die Stimme geben, der kein Programm hat und sich zu nichts verpflichtet will, sondern sagt, „warten Sie's nur ab, ich werde es schon richtig machen“, müssen politische Kinder sein!“

Große Enttäuschung, Madam. Ja, meine Herren, ich bin zu Ende. Ich kämpfe gern mit politischen Gegnern, je scharfer sie sind, desto besser; aber Gegner müssen es sein, die wissen, was sie wollen, mit politischen Eunuchen habe ich nichts gemein.“ Sprach's und verließ mit 800 Wählern unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie den Saal. Mit langen Gesichtern blieben die paar hundert Freisinnigen und Konservativen unter sich.

Drei Stunden später fand denn tatsächlich eine „würdig abschließende“, „wirklich große Versammlung“ von „Kopf an Kopf gedrängten Massen“ statt — nur schade — es war eine sozialdemokratische! —

### Wenn Steine germanisieren!

Das seit längerer Zeit umgehende Gerücht hat sich in der That bewahrheitet. Die Polen sollen jetzt dadurch germanisiert werden, daß Polen Residenzstadt wird und der preussische König auf Staatskosten ein Schloss erhält, wie er die Kaisertrone „Hohenzollern“ und den Ausbau der Hofkönigsburg aus Reichsmitteln als Geschenk bekam. Diese Neuerung monarchischen Privatbesitzes des ohnehin mit 15 1/2 Millionen jährlich dotierten Fürsten gehört zu den charakteristischsten Eigenheiten des neuen Kurses. Es werden vorläufig zu Vorarbeiten für ein Schloss in Polen 50 000 M. gefordert. In der wunderbaren Begründung heißt es:

„Im politischen Interesse ist es dringend erwünscht, ein regelmäßiges Verweilen Ihrer Majestät in Polen zu ermöglichen. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hierdurch die Bevölkerung in ihrem patriotischen Empfinden wesentlich gehärtet und eine innigere Verbindung dieses Landesteils mit der Gesamtmonarchie und dem gemeinsamen deutschen Vaterlande hergestellt werden würde. Auch gegenüber den dieser Verbindung widerstrebenden Bevölkerungsschichten würde das Kaiserthum als „höheres Reich der unwiderrücklichen Zusammengehörigkeit der Provinz Polen mit dem preussischen Staate und dem Deutschen Reiche einen wirklichen Eindruck nicht verfehlen. Durch den Erwerb des Anwaltschaftsgebietes seitens des preussischen Staates wird sich die Gelegenheit bieten, ein für den Bau geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen. Da der Bau aus politischen Gründen im höchsten Interesse erfolgen soll, so werden auch die Baukosten aus der Staatskasse zu bestreiten sein. Eine alsbaldige Entscheidung über die Ausführung des Baues ist erforderlich, da die Befestigung des zur Zeit in der Bearbeitung befindlichen Bebauungsplans für das Anwaltschaftsgebiet hiervon abhängt. Da ein Bau-Entwurf noch nicht vorliegt, so wird zunächst nur ein Vertrag für Vorarbeiten gefordert, welcher zur Vortreibung der Kosten für die Unternehmung des als Bauplatz zu wählenden Grundstückes und für die Ausarbeitung des Bauprojektes bestimmt ist.“

Wie es ein Haus fertig bringen soll, Polen zu germanisieren, „as wird ein ewiges Geheimnis der „Begründer“ dieser Forderung bleiben. Ist das Schloss als „Zwingveste“ gedacht, so wird es allerdings einigen Eindruck machen als — Instrument gesteigerter Polonisation. Da anherdem die Anwesenheit des Kaisers in Polen leihthin von Byzantinern mißbraucht wurde, um die Gewissen zu terrorisieren und einen mit Lichtern und Fahnen behandelnden „Patriotismus“ zu erpressen, so dürfte eine unter

solchen Umständen erfolgende Wiederholung des Besuchs die Erbitterung der Polen nur vermehren, die jetzt genötigt werden sollen, mit ihren Steuerbeiträgen fürstlichen Privatbesitz, der gegen sie wirken soll, zu vermehren.

Im übrigen mag das neue Schloss, mit dessen Bewilligung ja wohl das Centrum seine Regierungsfähigkeit beweisen wird, insofern eine gute Wirkung haben, als die deutschen Residenzen ja in der Mehrzahl — sozialdemokratisch — sind. Die Schlösser in Berlin, Königsberg, Breslau, München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe usw. bilden auf eine sozialdemokratische Volksvertretung herab. Auch das Schloss in Posen wird ausflüchtig wirken! —

## Deutsches Reich.

### Der preussische Staatshaushalts-Etat.

Im preussischen Etat für 1903 sind die ordentlichen Einnahmen auf 2002 Millionen, die Ausgaben auf 2674 Millionen veranschlagt. Das Defizit von 72 Millionen soll durch Aufnahme einer Anleihe gedeckt werden. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr vermindern sich für 1903 die Einnahmen um 12 Millionen, während die Ausgaben ein Mehr von 60 Millionen aufweisen. Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Minderüberschuss von 4 1/2 Millionen veranschlagt, indem Mehrüberschüssen von 7 1/2 Millionen Minderüberschüssen von 52 Millionen gegenüberstehen. An den Mehrüberschüssen sind beteiligt die Forstverwaltung mit 4 1/2 Millionen, die Verwaltung der indirekten Steuern mit 1 1/2 Millionen, die Verwaltung der direkten Steuern mit 1 Million und die Domänenverwaltung mit 1/2 Million. Auch bei der Seehandlung ist ein Mehrüberschuss in Ansatz gebracht. Von den Minderüberschüssen entfällt der Löwenanteil von 47 1/2 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung, 4 1/2 Millionen auf die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen im Ordinarium einen Mehrbedarf von 5,9 Millionen auf; die Verwaltung der öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 1,3 Millionen, bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Mehrbedarf von 4,6 Millionen. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme um insgesamt 6,5 Mill. höher veranschlagt. Hervorzuheben ist eine Mehreinnahme von 1,9 Mill. bei der Justizverwaltung und eine solche von 1,8 Mill. bei der Verwaltung des Innern. Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung steht einer Mehreinnahme von 1,2 Mill. an Gebühren für die Unternehmung des in das Zollland eingehenden Fleisches eine gleich hohe Ausgabe gegenüber. Die dauernden Ausgaben bei den eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich um 16 1/2 Millionen. Im Etat des Finanzministeriums sind 194 000 M. an Mehrausgaben für die Oberpräsidien und Regierungen vorgezogen, 50 000 M. werden im Extra-Ordinarium als Sorarbeitskosten für die Herstellung eines königlichen Residenzschlosses in Posen gefordert. Bei der allgemeinen Bauverwaltung sind an dauernden Mehrausgaben 667 000 M. veranschlagt, bei der Handels- und Gewerbeverwaltung ist die dauernde Ausgabe um 787 405 M. gestiegen. Insbesondere traten hinzu 599 500 M. für das gewerbliche Unterrichtswesen, darunter 230 000 M. Zuschüsse zur Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen und 100 000 M. zur Hebung des Kleingewerbes. Der Mehrausgabe für das gewerbliche Unterrichtswesen steht eine Mehreinnahme bei den Unterrichtsanstalten von 243 811 M. gegenüber. Von den Mehrausgaben für die Justizverwaltung sind zu erwähnen neue Stellen für 100 Richter und 10 Staatsanwälte, 30 000 M. zur Ausbildung von Dolmetschern der polnischen Sprache, 217 200 M. Gefängnisverwaltungsstellen. Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben namentlich vorgezogen 427 432 M. für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend, 335 525 M. für die Polizeiverwaltung in den Provinzen, 449 849 M. allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei und 430 000 M. für die Fortbildung-Erziehung Minderjähriger. Reichlich bedacht sind die Etats der landwirtschaftlichen und der Geschäftsverwaltung. Der Kultus-Etat fordert nur 4 1/2 Millionen dauernde Mehrausgaben, darunter 361 500 M. für Universitäten, 430 657 M. für höhere Lehranstalten, 8 Millionen für das Elementar-Unterrichtswesen, 200 000 M. bezugs allgemeiner Erleichterung der Volksschulen, 300 000 M. zu Zuschüssen für die Alterszulagekosten der Volksschullehrer und Lehrerinnen, 300 000 M. zur Errichtung neuer Schulstellen, 100 000 M. zu persönlichen Zulagen für Volksschullehrer und Lehrerinnen in den ehemals polnischen Landesteilen, 200 000 M. zu Remunerationen für Volksschullehrer und Lehrerinnen bezugs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens in den Landesteilen mit gemischt deutscher und polnischer Sprache, 178 000 M. für Kunst und Wissenschaft, 215 000 M. für das Medizinalwesen, hauptsächlich für die Charité in Berlin.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 101 Millionen Mark, darunter 91 1/2 Millionen auf die Eisenbahn-Verwaltung, und auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 57 Millionen Mark.

**Doch eine Reform in Preußen!** Wir haben der preussischen Regierung gestern Unrecht gethan. Sie hat doch eine Reform, und zwar eine gewaltige, dem Landtag vorgezogen; sie will die preussische — Lotterie modernisieren. Die Besteuerung der Dammheit soll raffiniert gestaltet werden.

Das preussische Finanzministerium fordert eine dauernde Mehrausgabe von 1 700 500 M. für die Lotterie. Es hat sich nämlich, so wird offiziös geschrieben, das Bedürfnis herausgestellt, den Spielplan, insbesondere der mittleren Gewinne günstiger zu gestalten und zu diesem Zwecke unter Herabsetzung des Lospreises für jede Klasse eine fünfte Klasse einzuführen, die Zahl der Einklassengewinne und damit der Freilose herabzusetzen und die Zahl der Stammlose entsprechend zu vermehren. Hierdurch wird das Spielkapital jeder Lotterie von 32 545 500 M. auf rund 33 950 000 M. erhöht. Die hieraus sich ergebende Mehreinnahme des Staates von etwa 300 000 M. soll aber den Spielern in Form einer Prämie wieder zu gute kommen. Der hiernach aufgestellte neue Plan wird mit der im Laufe des Etatsjahres beginnenden 206. Lotterie in Wirksamkeit treten.

Warum hat man diese wahrhafte Kulturthat in der Thronrede verschwiegen?

Den einfachen Mann aus der Werkstatt — der nicht Sozialdemokrat sein darf — sollten auch die Metallarbeiter Eisenachs in den Reichstag senden so wünschte der Dirsch-Dunderliche Gewerkevereiner B. Gleichen-Berlin am Schluß seines Referats in einer am Sonnabend stattgefundenen Metallarbeiter-Versammlung. Die nach den letzten Vorgängen im Reichstage wild gewordenen „Hirche“ gaben dem Redner aber den Laufpaß; man wollte allgemein von seiner Sorte Reichstags-Vertreter nichts wissen. Man verlangte im Gegenteil, daß die Herren Hirsch und Goldschmidt aus der Bewegung der Gewerkevereine entfernt werden. Die Eisenacher Metallarbeiter haben sich ihren Vertreter für den Reichstag ausserdem und zwar in ihrem Kollegen und Sozialdemokraten O. Scherer-Jena.

**Malzerste.** Der Abg. Köhler-Dejann hat mit Unterstützung der beiden freisinnigen Fraktionen sowie der Süddeutschen Volkspartei folgende Interpellation im Reichstage eingebracht:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichsminister zu treffen, um festzustellen, was unter dem in § 1 des Zolltarif-Gesetzes vom 23. Dezember 1902 enthaltenen Begriff „Malzerste“ zu verstehen ist?“

**Der Kronprinz reist!** Er wird, ehe er nach Beendigung seiner Universitätsstudien zur Dienstleistung beim 1. Garde-Regiment z. B. nach Potsdam zurückkehrt, noch eine Orientreise unternehmen; sie soll Anfang März beginnen und führt über Konstantinopel bis nach Jerusalem erstrecken. Die Rückreise soll über Aegypten und Italien gemacht werden. —

## Rheinabende Entrede.

Im Abgeordnetenhause brachte am Mittwoch, nachdem das bisherige Präsidium durch Juras wiedergewählt war, der Finanzminister den Etat ein. Es war für Herrn v. Rheinabende gerade keine angenehme Aufgabe, diesen Etat, der so recht untreu schlechte Wirtschaftslage widerspiegelt, zu vertreten. Den Nachweis, daß die Regierung trotz der Finanzlemme, in der sie sich befindet, der Förderung von Kulturaufgaben ihre Aufmerksamkeit widmet, konnte der Minister nicht erbringen, es sei denn, daß er die kolossalen Summen, die der Etat an den verschiedensten Stellen zur Bekämpfung des Volentums fordert, unter die Kulturaufgaben rechnet. Die Ausgaben, die für die Volksschule, für Kunst und Wissenschaft und andre wirkliche Kulturzwecke gefordert werden, sind kaum der Rede wert. Trotzdem und nichters, stellenweise fast unverständlich, trug Herr v. Rheinabende die Zahlen des Etats vor. Nur hier und da versiegte er sich zu einigen allgemeinen Betrachtungen, so als er die Krisis zwar nicht für überwunden erklärte, aber doch davor warnte, allzu trübe in die Zukunft zu blicken, und ferner, als er die Agrarier durch den Hinweis auf die schlechte Lage der Landwirtschaft und die Leutenot zu weiteren Forderungen an die Allgemeinheit anfeuerte. Daß die färglichen Gehälter der Unterbeamten auch in diesem Jahre keine Verbesserung erfahren werden, hätte der Minister nicht ausdrücklich zu betonen brauchen. Die Beamten wissen längst, wie es um das Wohlwollen der Regierung und der herrschenden Klassen für sie bestellt ist.

Das Haus nahm die Statorede fast gleichgültig auf. Nur bei der Betonung der Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform und bei den üblichen Schlagworten des Herrn v. Rheinabende wider die politische Gefahr und die Entschlossenheit der Regierung, dieser Bewegung Herr zu werden, erhob sich lauter Beifall.

Die Beratung des Etats beginnt am Montag. Das Herrenhaus hat sich wieder auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Herren werden sich vermutlich von der anstrengenden Arbeit der beiden letzten Tage bis Ostern erholen.

Zu der Unterschriften-Explosion auf dem „Sulkan“ erklärt unser Stettiner Brudergesandter unter genauer Feststellung einer Reihe beweiskräftiger Thatsachen, daß es alle seine Behauptungen über das unfreiwillige Zustandekommen der Guldigungsadresse vollkommen aufrecht erhalte. Es konstatiert ferner, daß ein großer Teil der Besucher der Protestversammlung zu den Arbeitern des „Sulkan“ gehört habe, die die Adresse unterzeichnet hatten.

Auch ein Erfolg der Krupp-Gesetz. In unserem Magdeburger Brudergesandter lesen wir: „Nur vor Redaktionsschluss geht von einem anonymen Spender ein Brief zu, dem der Betrag von 20 M. beigelegt war und die Mitteilung enthält, daß der Geldbetrag den beiden Gemahlinnen auf dem Grusonwerk zukommen solle. Der Anonymus schreibt in dem Briefe: Sehr geehrte Redaktion!“

Unter dem gewöhnlichen Eindruck der gestrigen Protest-Versammlung im „Luisenpark“ fühle ich mich gedrungen, Ihnen beifolgendes kleinen Betrag für die auf dem Krupp-Grusonwerk Gemahlinnen zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, daß sich andere bemittelte Kreise meinem Vorgehen anschließen und mit mir dadurch bekunden, daß auch in bürgerlichen Kreisen der in der Versammlung gebrauchte Gewissenszwang aufs schärfste verurteilt wird. Ich stand bisher Ihren Bestrebungen leider fern, allein die Vorgänge der letzten Zeit und der bewundernswürdige Mut und die Geschäftlichkeit, mit welcher die Socialdemokratie allen Anfeindungen sich gewachsen zeigte, drängen mich geradezu in Ihre Reihen und ich schäme mich nicht, fortan der Ihre zu sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
R. R.

**Mädchenhandel.** Der Polizeipräsident von Potsdam Graf v. Bernstorff, welcher sich auf einem mehrtägigen Auslandsurlaub befindet, da er von dem Kaiser eine Fahrkarte zur Studienreise nach Westindien und Südamerika zur Verfügung gestellt bekommen hat, ist zugleich beauftragt worden in jenen Ländern als deutscher Vertreter Verhandlungen wegen Beseitigung des Mädchenhandels zu führen.

**Katholische Polen gegen das Centrum.** Am Sonntag fand in Hörde eine sehr stark besuchte Konferenz von Delegierten katholischer polnischer Arbeitervereine aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet statt. Die Sprecher wandten sich scharf gegen das Centrum, von dieser Partei hätten die Arbeiter Gutes nicht zu erwarten, das habe das Centrum offenkundig bewiesen durch sein Verhalten bei der Beratung über die Zollvorlage. Das Centrum ist Schuld daran, daß dem Arbeiter die allernotwendigsten Lebensmittel durch Erhöhung der Preise empfindlich verteuert werden. Unter keinen Umständen Unterstützung des Centrum, das war das hervorzuhebende Moment, das in den Verhandlungen zum Ausdruck kam. Die meisten Delegierten erklärten sich für Auffstellung eigener Kandidaten. Es wurde beschlossen, überall Komitees zu bilden, welche die erforderlichen Arbeiten erledigen sollen.

**Eine Niederlage des Centrum.** Die „Rheinische Volksstimme“, das Organ der rheinischen Centrumsagrarier, sollte gemäß einem Antrage des Centrums-Abgeordneten Graf A. v. Spee, des Mitbesizers des Blattes und Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins, von dem letzteren aufgelöst werden, um das Blatt dem bündlerischen Einfluß zu entziehen und dessen Aufwiegelung der katholischen Bauern gegen das „Großstadt-Centrum“ ein Ende zu machen; der jetzige Redakteur Schreiner sollte abgelöst werden. Die von dem Grafen einberufene Versammlung der Anteilhaber der „Rheinischen Volksstimme“ hat aber die Anträge des Grafen abgelehnt und beschlossen, die Geschäfte in der „bisherigen bewährten Weise“ weiterzuführen.

In der Diskussion sprachen sich, nach dem Bericht der „Volksstimme“, die Anteilhaber einmütig gegen jede Aenderung aus. Und das geschah, obwohl Graf Spee mit seinem Austritt gedroht hatte, wenn der Zwiespalt fortauern sollte.

Man muß den Centrumsbauern zugestehen, daß sie viel energischer und trotziger in der Vertretung ihrer Interessen sind als die Centrumsarbeiter, die sich noch immer als Stimmvieh für den Altklerikalismus der besitzenden Klassen mißbrauchen lassen.

**Auf der Walz nach der Pfalz** befindet sich der nationalliberale Jüderbeißer Paasche. Wie schon berichtet, soll er am kommenden Sonntag auf dem Pfälzer nationalliberalen Parteitag in Neustadt a. d. S. über den Zolltarif sprechen. Das soll aber nur der Vorwand sein, um ihm Gelegenheit zur Abolitionierung eines Gastrechts bei den Pfälzern als Reichstagskandidat zu geben. Wie der bauernbündlerische „Pfalz-Murier“ mitteilt, soll bei den Nationalliberalen die Absicht bestehen, mit dem Jüderprofessor den Heberzöllner Köstler in Kaiserslautern auszusuchen. Dem Bundes-Röfide haben sie denn auch bereits durch die „Pfalz-Presse“ erklären lassen, daß er für sie nicht mehr in Betracht komme. Auf die Weiterentwicklung der Angelegenheit darf man gespannt sein.

Es wäre übrigens nicht das erste Mal, daß der Wahlkreis Kaiserslautern von den Nationalliberalen zu „großen“ Dingen auszuweisen würde. Im Vertrag seiner Zeit auch Herr Riquel, ehe er Finanzminister wurde, und nicht viel hätte geschickt, so wäre nach der Beförderung Riquels Bismarck damit belehnt worden. Doch dem alten Juchz war die Geschichte zu rustant. Riquel war mit nur 18 Stimmen Majorität gewählt worden, und er winkte den Heberzöllern ab.

**Ein deutsch-amerikanischer Freiprojekt.** Eine Berliner Korrespondenz meldet: Die Berliner Korrespondenz des „New Yorker Herald“ wird demnächst den Gegenstand der Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht bilden. Vor einiger Zeit hatte eine in New York erscheinende deutsche Korrespondenz Mitteilungen über das amerikanische Weltblatt gebracht, durch die sich

das Blatt kämer gekränkt fühle. Es war darin u. a. behauptet worden, daß die bekannten „Berliner Special-Telegramme“, die oftmals eine so beunruhigende Wirkung auf die politische Situation ausübten, insofern gefälscht seien, als sie überhaupt nicht aus Berlin herrührten, sondern in Paris fabriziert würden. Das Blatt habe in Berlin gar keinen Korrespondenten. Es wurden ferner über die Persönlichkeit und Vergangenheit des Urhebers dieser Telegramme, den Pariser Korrespondenten des Blattes, Gordon Smith die bedenklichsten Sachen erzählt. Dieser Artikel ist von einer Anzahl Blätter, u. a. von den „Berliner Neuesten Nachrichten“ übernommen worden. Daraufhin hat der Hauptgesandter des „New York Herald“, der in Paris lebende bekannte Millonär Vennet durch Justizrat Dr. Sello Verteidigungsklage gegen die „Berl. N. Nachr.“ erhoben und unter Beweis gestellt, daß diese angeblichen Enthüllungen unwahre Verdächtigungen seien, die dem Zwecke dienen sollten, sein Blatt herabzusetzen. Dagegen hat als Vertreter der genannten Zeitung Rechtsanwalt Dr. Lubzkyński einen umfangreichen Beweis für die Behauptungen angeboten. Falls das Gericht das Hauptverfahren eröffnen sollte, dürfte sich daraus ein Verfahren von erheblicher politischer Tragweite entwickeln.

## Der sächsische Hofkonflikt.

Genf, 11. Januar. Die Nachrichten mehrerer Wiener Blätter von einem Hebereinkommen, demzufolge nicht die Geseidung zwischen dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Sachsen verlangt und die Kronprinzessin sich nach einem böhmischen Schloß zurückziehen werde, werden der „Schweizerischen Depeschen-Agentur“ von maßgebender Seite als „phantastische Erzählung“ bezeichnet. Die Verhandlungen zwischen den Anwälten des Kronprinzen und der Kronprinzessin würden voraussichtlich heute beendet.

## Husland.

### Ueber die Kämpfe in Marokko

wird einem Berliner Blatt vom Dienstag aus Tanger gemeldet: Die soeben eingetroffene amtliche Post aus Fez meldet, der Kriegsminister sei gefallen, der die stärkste Persönlichkeit in dem Gefolge des Sultans war. Die Nachricht macht hier außerordentlichen Eindruck. Das Schicksal der Europäer in Fez ist unbekannt. Eine halbe Stunde von Tanger stehen Kabulen im Geleht. Man sieht und hört Gewehrsalven. Die hiesige Fremden-Kolonie ist sehr beunruhigt; man wünscht mehr Kriegsschiffe herbei. Zwei englische Kreuzer liegen in Gibraltar, zwei spanische in Tarifa und Algieras. Die Marinen verbreiten Gerüchte, daß die Engländer heimlich Truppen an der Ostküste gelandet hätten, und säuren dadurch das Mißtrauen gegen die Fremden.

Ferner liegen folgende Meldungen vor:  
**Madrid, 11. Januar.** In Ceuta eingetroffene Nachrichten aus Tetuan besagen, daß infolge der uher den Kabulen-Ereignung die Einwohner der Stadt diese besetzten; die Einwohner befürchten, daß, wenn der Präsidenten siegreich sein sollte, die Kabulen die Stadt mit Sturm zu nehmen suchen werden.

**Tanger, 11. Januar.** Heute ist aus Fez ein Eilbote hier eingetroffen. Man berichtet, daß die von demselben überbrachten Nachrichten beruhigend lauten. Von einer Niederlage des Sultans und einem Rückzuge desselben in westlicher Richtung, worüber auswärtige Blätter berichtet haben, ist hier nichts bekannt.

## Schweiz.

**Ungültigkeitserklärung des Mandats Sigg.** Nach einer Meldung aus Genf hat der Stadtrat das Mandat des wegen Militärdienstverweigerung verurteilten Deputierten Sigg für ungültig erklärt. Zum Ersatzmann wurde Guillemet ernannt. Letzterer ist ebenfalls Socialist und war Mitglied des Generalstreik-Komitees.

## Frankreich.

**Jaurès Vicepräsident der Kammer.** Zum vierten Vicepräsidenten wurde Jaurès mit 200 Stimmen gewählt. Auf Renaudt (Vorläufer Progressist) entfielen 196 Stimmen.  
**„Libre Parole“** veröffentlicht ein Telegramm Déroulède an einen Pariser Abgeordneten, in welchem es u. a. heißt: „Die Wahl Jaurès zum Vicepräsidenten der Kammer, dieses Verleugners des Rechts, dieses Renegaten Elsch-Lothringens, dieses Feindes unsrer Heine, wird eine Entehrung mehr sein für das enteehrte und entehrende aller Regime.“ Das Telegramm schließt mit den Worten: „Wieder mit der Republik des Parlaments, es lebe die Republik des Volkes!“

## Asien.

**Die Kriegsschadigungsfrage.** Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Peking sagt in seinem Berichte über die Erklärung Chinas, daß es unter den gegenwärtigen Umständen zur Zahlung der Entschädigungssumme auf der Goldbasis gänzlich außer Stande sei, China habe darum ersucht, wenn die Mächte auf ihrem Verlangen bestehen wollen, die Einfuhrzölle in Gold zu erheben und so in Wirklichkeit seine Einnahmen verdoppeln zu dürfen. Staatssekretär Day erwiderte, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits der Annahme der Silberbasis für die Zahlung der Entschädigungssumme zustimmten, daß daher Chinas Vorzähl, der eine schwere Schädigung des amerikanischen Ausfuhrhandels zur Folge haben würde, für sie nicht in Betracht kommen könne. Die Vertreter der übrigen Mächte brachten verschiedene andre Vorschläge zur Geltung. England tritt für eine Herabsetzung der Höhe der einzelnen Zahlungen der Entschädigungssumme durch eine beträchtliche Ausdehnung des gegenwärtig für die Zahlung festgesetzten Zeitraums von vierzig Jahren ein. Danach scheint es mit der Eintreibung der Kriegsschadigung gute Wege zu haben!

## Amerika.

### Venezuela.

Präsident Castro soll nach einer Washingtoner Meldung auf der Aufhebung der Blockade vor Beginn der Verhandlungen in Washington bestehen. Italien unterläßt angeblich diese Forderung, und die amerikanische Regierung soll geneigt sein, in demselben Sinne zu wirken. Dazu meldet der „Hamb. Korr.“, daß alle die Blockade betreffenden Nachrichten mit Vorsicht aufzunehmen seien. Die Frage, ob und in welchem Stadium der Verhandlungen die Blockade aufgehoben werden soll, sei bisher noch nicht Gegenstand der Erörterung zwischen den beteiligten Mächten gewesen.  
Der „Matin“ meldet aus Caracas vom Dienstag, die venezolanische Regierung, die 2½ Millionen Bolivares brände, habe alle hervorragenden Kaufleute auf die Pfalzisten in Caracas berufen, um diese Summe durch eine besondere Besteuerung der reichsten Bürger zu erlangen. Die Familie Guzman-Blanco solle allein mit 200 000 Bolivares besteuert werden. In Cumana habe der englische Blockadefreuzer sämtliche venezolanische Boote weggenommen und fortgeführt.

**Caracas, 14. Januar.** Einhundert Aufständische griffen am 6. d. Mts. Cumana an, das durch 500 Mann Regierungstruppen verteidigt wurde. Nach einem siebenstündigen Gefechte, das von dem britischen Kreuzer „Tribune“ aus beobachtet wurde, zogen sich die Aufständischen unter Zurücklassung von 200 Gefangenen, 300 Gewehren und 29 000 Patronen zurück.

**Amerikas Konflikt mit Haiti.** Ein Telegramm aus San Domingo besagt, die Regierung habe den amerikanischen Gesandten benachrichtigt, daß sie der Forderung auf sofortige Zahlung von 6500 Pfund Sterling an die Clyde-Steamship-Linie nicht nachkommen könne.

## Parlamentarisches.

**Kaufmanns-Gerichte.** Der von der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Gesandtenwurf betreffend die Kaufmanns-Gerichte ist, wie wir hören, im Bundesrat durch Beschlußfassung noch nicht erledigt. Es wird dies aber in aller nächster Zeit geschehen; die Vorlage dürfte bereits in etwa 14 Tagen an den Reichstag kommen.

## Partei-Nachrichten.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ spinnt die Erörterungen über die „reinen Arbeitervertreter“ in seiner neuesten Nummer noch immer fort und konstatiert dabei mit Genugthuung, daß der „Gewerksverein“, das Blatt der Herren Hirsch, Goldschmidt und Genossen seine Vorschläge freundlich behandelt habe. Es ist auch ein Kennzeichen, diese Gesandtenverwandtschaft zwischen dem „Correspondent“ und dem Blatte, dessen Leiter in jüngster Zeit alle Hände voll zu thun hatten, um sich und ihre Partei gegen die Angriffe aus den eigenen Reihen wegen der verräterischen Haltung im Zollkampf zu verteidigen.

Bei dieser Gelegenheit beschäftigt sich der „Correspondent“ auch mit den Vorgängen bei der Berliner Gewerkschaftswahl und den aus diesem Anlaß entstandenen Auseinandersetzungen. Natürlich zieht er dabei wieder gegen den „Vorwärts“ vom Leder. Er mißbilligt unsere Haltung in dem Streite zwischen den beiden gewerkschaftlichen Richtungen, unterstellt uns der Wahrheit zuwider, wir hätten die gewerkschaftlichen Sozialorganisationen als die Stellen bezeichnet, von denen wir Direktiven entgegenzunehmen werden und schließt dann eine Schelle seines Großes auf die hiesigen gewerkschaftlichen Sozialorganisationen, die er numdiot machen und an die Wand drücken will. Wir wollen uns beließe nicht mit dem „Correspondent“ in eine Diskussion über diese Dinge einlassen. Dagegen wollen wir noch ein Citat aus dem „Correspondent“ geben. Am 11. Dezember 1902, also vor fünf Wochen, schrieb er nämlich:

„Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu einer gemeinsamen Thätigkeit zusammenzuführen, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der modernen Gewerkschaften. Diesen Satz haben wir seit Jahren verfochten und begründet. In zweiter Linie haben wir den Standpunkt vertreten, daß zu diesem Zwecke von den freien Gewerkschaften eine Annäherung an andre gewerkschaftliche Organisationen ständig in Aussicht zu halten ist und haben wir demgemäß das Wort gegenüber verurteilt, daß die zwischen den freien und den christlichen Gewerkschaften bestehende Gegenläufigkeit ausgelämpft und nicht ausgeglichen werden sollen.“

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ ist voller Liebe und Veröhnlichkeit für alles, was nicht socialdemokratisch ist; da muß ständig eine Annäherung in Aussicht gehalten und alles sein freundlich ausgeglichen, beließe nicht gekämpft werden; wo sich aber etwas Socialdemokratisches zeigt, da bekommt er einen Koller, da stürzt er mit wütendem Kampfesgeschrei drauf los, um es niederzukämpfen und so weit geht sein Haß gegen die Socialdemokratie, daß er selbst „das Fundament für den Socialismus“ aufbauen will im Kampfe gegen die Socialdemokratie.

**Aus den Organisationen.** Der Provinzial-Parteitag für die Provinz Hannover wird am 1. März in Hannover abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen Reichstags- und Landtagswahlen.

Der socialdemokratische Verein für den sächsischen Reichstags-Wahlkreis beschloß die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von 25 Pf. monatlich auf 10 Pf. wöchentlich. Der Verein zählt jetzt 2188 Mitglieder (einschließlich 110 Frauen). Die Einnahmen des letzten Jahres betragen 8788 M.

**Aus der Schweiz.** Die Hege gegen die Arbeiterbewegung in Genf hat die Abonnentenzahl ihres dortigen Partei-Organs „Le Peuple de Genève“ von 2000 auf 4000 gesteigert. Das noch wöchentlich erscheinende Blatt dürfte bei weiteren Fortschritten bald in ein Tagesblatt umgewandelt werden, was sehr zu begrüßen wäre. — Für die Familien der Genfer Securitären sind bereits über 7000 Fr. gesammelt. — Der leitende Ausschuss des schweizerischen Arbeiterbundes ernannte zum Stellvertreter des insaffierten Genossen Sigg den Sekretär der Genfer Arbeitskammer, Genossen Schäffer.

„La jeunesse socialiste“ („Die socialistische Jugend“) Unter diesem Titel erscheint in Lausanne ein neues Parteiblatt und zwar alle 14 Tage.

## Sociales.

**Jurist vor Moral.** Am 13. Januar hielt das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller in Berlin eine Sitzung ab, in der wieder einige diese Schwarzmaiergesellschaft kennzeichnende Beschlüsse gefaßt wurden. Es wurde u. a. beschlossen, eine Eingabe an den Reichsfiskus zu richten gegen die Beschränkung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre. Ferner wurde gegenüber der völlig unzureichenden Vertretung der Industrie in dem Beirat für Arbeiterstatistik, wo einer geschlossenen socialmoralistischen Mehrheit von 12 nur 8 Industrielle gegenüberstehen, der Beschluß gefaßt, für die bessere Heranziehung der interessierten Kreise vorstellig zu werden.

Die 12 „Socialmoralisten“, die den Vorgesetzten des Centralverbandes entgegen, sind, außer dem einen Socialdemokraten, ausschließlich Vertreter der socialpolitisch durchaus rückständigen Parteien und Beamte der Reichs- und Provinzial-Regierung!

**Als socialpolitischer Vierkantpfeiler** präsentierte sich der preussische Handelsminister, Herr Köller, am Montag den rheinisch-westfälischen Handwerksmeistern in Köln. Bei einem Besuche, das zur Eröffnung von Handwerksmeisterkursen beanstaltet wurde, sagte er unter anderem:

„Die Zeit ist überwunden, wo irgend ein Stand die Verechtigung hatte, allein im Staate zu herrschen; die Thätigkeit ist seit Jahren bei uns im Stande, sich aus der Tiefe herauszuarbeiten. Diese Möglichkeit muß nach allen Richtungen hin erweitert werden. Das ist das Ausschneide, daß der Fleißige sich hinsetzen kann, und dieses ist einer der Gründe, warum ich ein erbitterter Gegner eines Maximalarbeitsgesetzes bin. Ich behaupte: nur sehr wenige Menschen gehen an der Arbeit zu Grunde. Darum brandt man nicht besorgt zu sein um eine Beschränkung der Arbeitszeit für diejenigen, die einen eigenen Willen haben.“

Herr Köller sollte einen Ehrenzopf von sämtlichen Stämmen Deutschlands bekommen. Die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit hat alle Socialpolitiker und Nationalökonomien beschäftigt und zu den gründlichsten Untersuchungen Anlaß gegeben und in einer so wichtigen Frage begründet der preussische Handelsminister seine erbitterte Gegnerschaft gegen eine von Millionen erhobene, von den manhaftesten Gelehrten vertretene Forderung mit einer Vierkantredensart. Für Preußen gewiß nicht sehr rühmlich.

## Luftfahrtssteuer und Orchester.

Kammergericht und Ober-Verwaltungsgericht sind schon wieder einmal in einer Rechtsfrage ganz entgegengesetzter Meinung, woraus sich für Gewerbetreibende allerlei Unannehmlichkeiten ergeben können.

Die Luftfahrts-Steuerordnung für Halle will das Halten eines Orchesters verbieten. Der Restaurateur Rütlich war auf Grund jener Bestimmung zur Steuer herangezogen worden, weil er in seinem Lokal ein mechanisches Rollen-Piano hielt. Dieses wird durch Eintour eines Selbstläufers in Bewegung gesetzt und ahmt außer dem Klavierklang noch das Spiel eines Triangelns, einer Trommel und eines Glodenspiels nach. Rütlich lagte und beantragte Freistellung. Bevor es vor dem Bezirksauschuss zur Verhandlung kam, wurde ein Strafverfahren wegen Nichtanmeldung des Instruments zur Steuer erledigt. Das Kammergericht ist

Revisionssinstanz sprach Rüttich frei und erklärte die fragliche Bestimmung für ungültig, weil nach dem Kommunal-Abgabengesetz wohl Unzulässigkeiten verzeihbar seien, es aber nicht möglich sei, das bloße Halten eines Musikinstrumentes der Luftbarkeitssteuer zu unterwerfen.

Der Bezirksauschuß erkannte in der Steuer Sache zu Ungunsten Rüttichs, indem er sich gegen das Urteil des Kammergerichts wandte. Das „Halten“ eines solchen mechanischen Musikinstrumentes könne sehr wohl der Steuer unterworfen werden. Wer in einem öffentlichen Lokal einen solchen Automaten zu jeder Manns Benutzung aufstelle, werde Verantwortlicher einer Luftbarkeit in dem Augenblick, wo ein Gast den Automaten spielen lasse. Eine solche Benutzung werde vom Bier beabsichtigt und finde erfahrungsgemäß regelmäßig statt. So sei die Bestimmung rechtsgültig und kläger mit Recht zur Steuer herangezogen worden.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob diese Entscheidung auf und bewies die Sache an den Bezirksauschuß mit folgender Begründung zurück: Die angezogene Bestimmung der Luftbarkeits-Steuerordnung sei rechtsgültig, aber nur soweit, als sie eine Benutzung des Instrumentes voraussetze. Es sei noch keine steuerpflichtige Handlung, wenn jemand durch Aufstellung eines Musikautomaten den Gästen die Möglichkeit seiner Benutzung biete; es werde aber zu einer solchen Handlung, wenn das Instrument benutzt worden sei, mit seiner Hilfe also eine Luftbarkeit statgefunden habe. Das habe der Bezirksauschuß nicht festgesetzt, deshalb müsse er noch einmal mit der Sache befaßt werden. Sei der Musikautomat, der mit Recht als Orchesterion angesehen worden sei, zu jener Zeit von Gästen benutzt worden, dann sei die Heranziehung zur Steuer berechtigt.

## Aus Industrie und Handel.

**Kohlennot in den Vereinigten Staaten von Amerika.** Die plötzlich eingetretene Kälte hat in den nördlichen Teilen der Vereinigten Staaten erneut eine starke Nachfrage nach Kohlen hervorgerufen, die, da weder die Straßen noch die hauptsächlich am Transport beteiligten Eisenbahnen fähig sind, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, bereits an manchen Orten den Anlaß zu turbulenten Szenen gegeben hat.

Nach einer Meldung von „Laffans Bureau“ kosteten die Kohlen in Chicago im Großhandel 1 1/2 Dollar die Tonne, in New York beträgt der Preis für 25 Pfund engl. 10 Cents. Die Not der unbemittelten Bevölkerung wird noch durch die hohen Petroleumpreise gesteigert. Petroleum kostet jetzt 12 Cents die Gallone, während vor kurzem noch der Preis 5 Cents betrug. Der Preis für Holz ist auf das Doppelte gestiegen und beträgt jetzt 50 Cents für das Barrel gegen 25 Cents früher.

Die Eisenbahnen in Chicago haben die Fracht-Eilbeförderung eingestellt, um ihre Kohlenvorräte nicht vorzeitig zu erschöpfen. Die Direktion der Gaswerke in Kansas City beschloß, den Betrieb einstellen zu müssen. Zwei Stahlwerke in Baltimore mußten schließen. Vierhundert Arbeiter werden dadurch brotlos. Die Stahlwerke in Steelton (Pennsylvanien) haben ebenfalls den Betrieb eingestellt. Im westlichen Teile des Staates Nebraska wird vielfach Mais zur Fütterung verwandt.

Die Budgetkommission des Repräsentantenhauses nahm eine Bill an, welche für die Dauer eines Jahres den Einfuhrzoll auf alle Sorten Kohlen aufhebt, und sandte die Bill an das Plenum des Hauses.

Vereits finden in England wieder größere Kohlenanläufe für amerikanische Rechnung statt, wie der „Woh. Jg.“ aus Middleborough gemeldet wird, sind z. B. in Hull 100 000 Tonnen beste Süd-Norfolkirer harte Maschinenkohlen zur Verschiffung nach den Vereinigten Staaten gegen Ende Februar verkauft worden.

**Beitrag der südafrikanischen Mineralien zu den englischen Kriegskosten.** Nach einer Meldung des „Reuterischen Bureau“ sind Chamberlain und die führenden Persönlichkeiten der Mineralindustrie zu einem Uebereinkommen bezüglich der Regelung der finanziellen Angelegenheiten gekommen. Der Beitrag Transvaals zu den Kriegskosten soll 30 Millionen Pfund Sterling betragen; außerdem soll eine Garantie für eine Reichsanleihe von 30 Millionen Pfund gegeben werden, welche für öffentliche Arbeiten in Transvaal und der Orange-Freistaat bestimmt sind. Auch über die Arbeiterfrage ist eine Verständigung erzielt worden.

**Umlage des Coalfonds.** Wie die „Rhein. Westf. Jg.“ meldet, wird das Coalfundat für den Monat Dezember des letzten Jahres ebenfalls wieder 7 Proz. Umlage erheben. Im ganzen ersten Halbjahre des Vorjahres belief sich die Umlage auf 3 Proz., im Juli und August auf 3 1/2 Proz., im September auf 4 Proz., im Oktober auf 6 Proz., im November und Dezember auf 7 Proz.

Da aus der Umlage die Exportvergütungen besprochen werden, zeigt der hohe Satz von 7 Proz., daß auch im Dezember wieder ein bedeutender Teil der Coalfabrikation nach fremden Märkten ausgeführt werden wird.

**Reorganisation der Eisenacher Fahrzeugfabrik.** Die schon seit längerer Zeit geplante Reorganisation der Gesellschaft soll nunmehr zur Ausführung gelangen und ruft die Versammlung zum 7. Februar eine außerordentliche General-Versammlung ein, in der über diese Angelegenheit Beschluß gefaßt werden soll. Der Antrag der Verwaltung geht dahin, die Aktien im Verhältnis von 2:1 zusammenzulegen und den sich hieraus ergebenden Betrag zur Deckung der Unterbilanz und zu außerordentlichen Abschreibungen zu verwenden. Auf die zusammengelegten Aktien können unter Hingabe einer Aktie à pari und Zahlung von 1000 M. nebst Aktienstempel zwei Proz. Vorzugsaktien à 1000 M. in der Weise bezogen werden, daß die eingereichte Aktie zur Vorzugsaktie abgestempelt und eine neue Vorzugsaktie von 1000 M. gewährt wird. Im ganzen sollen höchstens 2 000 000 M. Vorzugsaktien zur Ausgabe gelangen. Für den Fall der Annahme des Bezugs von mehr als 2000 Vorzugsaktien ist der Rücktritt der erforderlichen Zahl von Bezugsberechtigten, umgekehrt für den Fall des Bezuges einer geringeren Zahl die Uebernahme von Vorzugsaktien bis 500 000 M. à pari gegen Barzahlung gesichert. Die Reorganisation soll nur dann durchgeführt werden, wenn im ganzen mindestens 2 350 000 M. Vorzugsaktien zur Ausgabe gelangen. Ferner wird beantragt, eine 4 1/2-prozentige à 102 rückzahlbare hypothekendarlehen Obligationenleihe von 1 250 000 M. aufzunehmen.

## Gewerkchaftliches.

### Deutsches Reich.

**Die Maurer in Gera** (Zweigverein des Centralverbandes) haben den Unternehmern einen Lokutaxi für 1908 eingereicht. Derselbe sieht die zehnstündige Arbeitszeit vor, einen Mindest-Stundenlohn von 88 Pf., für Ueberstunden werden 5 Pf., für Nachtarbeit 10 Pf. Zuschlag gefordert. Die Accordarbeit soll gänzlich abgeschafft werden.

### Ausland.

**Der Streik der Nolländer Feisere und Perückenmacher**, den der Telegraph bereits gemeldet, hat erheblich an Ausdehnung zugenommen. Während zunächst nur 500 Arbeiter in den Streik traten, ist ihre Zahl jetzt auf 1100 gestiegen; die Gesamtzahl der in Holland beschäftigten Feiseregehilfen beträgt etwa 1300. Die Forderungen der Ausständigen sind: Reducierung der Arbeitszeit auf 70 Stunden pro Woche, Festsetzung eines Minimallohnes, Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises, geleitet von den Gehilfen, Überwachung von einer Kontrollkommission, bestehend aus Unternehmer- und Arbeitervertretern. Die meisten Feisereulden sind geschlossen. Die streikenden Gehilfen haben eine Reihe genossenschaftlich geleiteter Geschäfte eröffnet.

**Die Niederländische Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahn-Personal** hielt am 11. Januar zu Amsterdam einen Kongreß ab. Eine lange Diskussion wurde über die Frage geführt, ob und wie weit sich die Vereinigung mit Politik befassen solle. Mit 222 gegen 59 vertretene Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß die Vereinigung auf Grund der Ueber-

zeugung von der Notwendigkeit der Teilnahme an der Politik — aber nicht an der Parteipolitik — sich nicht mit solchen Organisationen verschließen solle, die in ihrem Statut die politische Betätigung verbieten. Im Statut wurde festgelegt, die Vereinigung solle danach trachten, Einfluß auf die parlamentarischen Arbeiten, auf die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen, auf Verwaltungsmaßnahmen und Regierungsbefehle, soweit sie die Organisation oder die wirtschaftliche Lage der Mitglieder betreffen, zu gewinnen.

**Die Arbeiterorganisationen in Kanada** nehmen in den letzten Jahren einen rapiden Aufschwung. Während vor drei Jahren die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter noch nicht 15 000 betrug, bestehen heute 1100 Gewerkschaften (gezählt sind alle Zweigvereine) mit ca. 100 000 Mitgliedern.

## Gerichts-Zeitung.

**Beleidigung durch die Presse** wurde dem Bureauvorsteher Gustav Bauer und dem Chefredakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Dr. Otto Wähler zur Last gelegt, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. standen. Der Verein der Bureau-Angestellten Deutschlands“ giebt allmonatlich ein Fachblatt heraus, dessen Redakteur der Angeklagte Bauer ist. In diesem Blatte bilden Artikel unter der Ueberschrift „Aus dem Schuldbuche der Prinzipale“ eine stehende Rubrik. In der Januar-Kammer des Fachblattes beschäftigte sich ein Artikel unter der erwähnten Ueberschrift mit den Bureauverhältnissen des Rechtsanwalts Adolf Lewinsky. Es wurden die Löhne aufgeführt, welche Rechtsanwalt Lewinsky seinen Bureau-Angestellten zahle und behauptet, daß der Entgelt zu den geforderten Arbeitsleistungen in einem schreienden Mißverhältnisse stünde. Wenn dem Angeklagten auch seitens der Staatsanwaltschaft jübebilligt worden ist, daß er sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden hat, so wird doch in verschiedenen in dem Artikel vorkommenden Ausdrücken eine formelle Beleidigung gefunden. Der beanstandete Artikel ist dann auszugeweiht in der „Staatsbürger-Zg.“ vom 7. Januar v. J. wiedergegeben worden und die Schlussbemerkung hinzugefügt: „Wer sind nun die Ausbeuter und Wucherer?“ Rechtsanwalt Lewinsky schickte dann an beide Zeitungen eine Verächtigung, die aber nur in dem Fachblatt Aufnahme fand. Dr. Wähler hatte sich deshalb auch wegen Nichtaufnahme einer Verächtigung zu verantworten. Er bestritt, daß er für den Artikel, der ihm vor dem Druck gar nicht zu Gesicht gekommen sei, verantwortlich gemacht werden könne, da der Redakteur Dr. Wöhler für diesen Teil der „Staatsbürger-Zeitung“ als verantwortlich zu erkennen gegeben worden sei. Rechtsanwalt Lewinsky trat als Nebenkläger auf und wurde noch vom Justizrat Reichner und Rechtsanwalt Meyerstein unterstützt. Der Angeklagte Bauer wurde vom Rechtsanwalt Karl Liebknecht verteidigt. — Der Zeuge Lewinsky erklärte, daß er höhere Gehälter zahle, als es im Durchschnitt bei den Berliner Anwälten üblich sei. Sein Bureauvorsteher bezahle monatlich 200 M., eine Maschinen-schreiberin 125 M. usw. Sein eigenes Netto-Einkommen belaufe sich auf etwa 11 000 M. jährlich. In dem Artikel werde unter anderem behauptet, daß er im Jahre 1891 mit seiner Familie sechs Wochen in einem kostspieligen norddeutschen Seebade zugebracht habe, er habe aber nur in Jentzen gewohnt. Die Angeklagten, bis zum jüngsten Schreiber hinab, erhielten ebenfalls Sommerurlaub bei fortlaufendem Gehalt. Staatsanwalt Liebowitz hielt nach der stattgehabten umfangreichen Beweisabnahme alle gegen den Nebenkläger erhobenen Verächtigungen für unbegründet und den ganzen Artikel für beleidigend, er beantragte gegen Bauer 200, gegen Dr. Wähler 150 M. Geldstrafe. Nach längerem Plaidoyer des Verteidigers und der Vertreter des Nebenklägers verlagte der Vorsitzende die Verhandlung in später Abendstunde bis Sonnabendvormittag 9 Uhr.

In der **Affaire Geiger-Klinger** wurde gestern mittag 2 Uhr das Urteil durch den Vorsitzenden des Schöffengerichts, Amtsrichter Scheller, verkündet. Von den Parteien war nur der Privatkläger Prof. Geiger mit seinem Rechtsbeistand Rechtsanwalt Senger zur Stelle. Der Gerichtshof hat in dem ausführlich begründeten Urteil anerkannt, daß dem Angeklagten Klinger der Beweis der Wahrheit im allgemeinen gelungen sei, daß nämlich Professor Geiger nicht berechtigt gewesen sei, die Zuwendungen der Frau Dr. Meyer als sein Eigentum zu betrachten. Der Gerichtshof hat dem Angeklagten auch den Schutz des § 193 zugesprochen, aber angenommen, daß er außer der eiden und lauweren Absicht, den Minister das Geld zu retten, auch die Absicht verfolgte, den Privatkläger zu beleidigen. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe.

Bezüglich des Verhaltens der Frau Dr. Meyer gegenüber heißt es in dem Urteil: Es soll zugegeben werden, daß der Privatkläger vielleicht auf Grund der ersten Briefe der Frau Dr. Meyer, die ziemlich unklar waren, der Ansicht sein konnte, das Geld wäre als Geschenk gegeben. Auffallend ist ja immerhin, daß das Wort „Schenten“ in keinem der Briefe vorkommt, sondern alles „zur freien Verfügung“ gestellt wird. Der Privatkläger hätte ja, wenn diese Briefe allein vorlägen, vielleicht der Ansicht sein können, daß es sich um ein Geschenk handelt. Es sind aber noch mündliche Vereinbarungen getroffen und Frau Dr. Meyer behauptet, daß sie über Jued und Bedeutung ihrer Gaben den Privatkläger nicht im Unklaren gelassen habe. Jeder Zweifel für ihn mußte aber ausgeschlossen sein nach den späteren Briefen der Frau Dr. Meyer, namentlich nach seiner Eheabschließung. Darin steht ausdrücklich, daß die Gaben für deutsche Kunst und deutsche Künstler bestimmt sei, daß er sie nur für seine Lebenszeit genießen solle. Wihin konnte er sich nicht als Eigentümer betrachten. Er hat trotzdem auf die Aufforderung der Frau Dr. Meyer das Geld nicht herausgegeben. Auf die wiederholte Aufforderung hat er mehrfach gesagt, er wolle eine Stiftung an den preussischen Staat machen, aber er hat gar keine Versuche gemacht, diese Absicht zu realisieren. Er hat dann ein Testament eingereicht, welches ungültig war und von ihm selbst als wertlos bezeichnet worden ist. Der Angeklagte wollte das Geld nicht herausgeben und erst nachdem Frau Meyer gedroht hatte, die Sache Herrn Geheimrat Vode zu unterbreiten und Prof. Groffe gerichtliche Schritte ins Auge gefaßt hatte, hat sich der Privatkläger herbeigelassen, die 183 000 M. zurück zu cedieren und die Rückgabe der 91 000 M. in Aussicht zu stellen.

## Versammlungen.

### Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter.

Eine von etwa 2500 städtischen Arbeitern besuchte Versammlung (über die wir am Mittwoch schon kurz berichtet haben), fand Dienstagabend im Gewerkschaftshause statt, um die Forderung einer Teuerungszulage zu begründen. Verbandssekretär Schuberth führte aus: Die Lohnerhöhungen, die die städtischen Arbeiter im vorigen Jahre erhofften, sind leider nur in ganz beschränkter Weise und nur für wenige Arbeiter erfolgt. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, daß das Defizit der Stadt Berlin größten Sparsamkeit verpflägte. Wenn wir auch diesen Grundfals anerkennen, so berühe es doch eigentümlich, daß gerade bei den ganz unzulänglichen Löhnen der städtischen Arbeiter, von denen die meisten mit 3,50 M. pro Tag entlohnt werden, zuerst gespart werden solle. In Wahrheit ist jedoch überhaupt keine Neigung vorhanden, etwaige Lohnzulagen zu gewähren. Dies geht am besten aus den Protokollen des Ausschusses zur Beratung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hervor, der in der Zeit vom März 1900 bis zum 4. Juni 1901 tagte, und durch dessen Verhandlungen sie wie ein roter Faden der Grundgedanke zog, nur noch bestehende Löhne zu zahlen, damit die Privatindustrie nicht geschädigt werde. Den Anträgen der socialdemokratischen Vertreter, ungelohnten Arbeitern, welche sich im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befinden, 3,50 M., geleerten Arbeitern 4 M. als Anfangslohn zu gewähren, wurde mit folgender eigentümlicher Begründung begegnet: Man gönne jedem Arbeiter guten Lohn, ein jeder müsse aber auch nach seiner Arbeit bezahlt werden. Die Arbeit sei jedoch in den verschiedenen

Betrieben nicht immer dieselbe. Aus diesen Gründen könne man dem Bestreben, alles gleichmäßig zu messen, nicht willfahren, und wolle man es, so werde es doch nicht gelingen, es sei denn, daß man etwas schaffe, was großen Linnut hervorbringe. Man schäbe auf der einen Seite den Arbeiter selbst, indem man ihm die Möglichkeit nähme, sich vor anderen hervorzutun, eine bessere Stellung zu erringen und dadurch mehr zu verdienen; auf der anderen Seite würde man die Verwaltung selbst lahm legen, da diese dann nicht mehr im Stande sei, bessere Arbeit besser zu bezahlen. Wozu seien die Arbeiter-Ausschüsse beschaffen? Die Lohnfrage müsse von diesen Arbeiter-Ausschüssen aus geregelt werden und zwar, je nach Eigenart der Verwaltung, für jede besonders. Man werde dort in Betracht ziehen, daß eine große Anzahl von Arbeitern nur durchgeholfen werde, wie z. B. bei der Post-Verwaltung. Würden gleichzeitig alle diese Leute mit einem Tagelohn von mindestens 3,50 Mark bezahlt werden müssen, dann seien Massen-Entlassungen die notwendige Folge. Ueberfalls, wenn man mehr Lohn zahlen würde, als die Arbeit wert sei, träte eine Schädigung der Steuerzahler ein, die zu verantworten man nicht in der Lage sei. Alsdann würde auch — gegen den Willen der Arbeiter — die Accordarbeit aufhören müssen, bei der sehr viel verdient werde.

Es nimmt sich wirklich eigenartig aus, wenn man hier der Wirksamkeit der Arbeiter-Ausschüsse so großherzig das Wort redet, während in Wirklichkeit denselben bei Lohnforderungen nur eine ganz passive Rolle zugewiesen wird. Häufig kommt es sogar vor, daß der Herr Dirigent als Vorsitzender des Ausschusses die Abhaltung einer derartigen Sitzung gar nicht für nötig hält. Auch bezüglich der Accordarbeit, bei der sehr viel verdient wird, haben die davon Betroffenen so ihre Gedanken. Es wäre für die Arbeiter nur ein Segen, von dieser Mordarbeit befreit zu werden. Auch die Schädigung der Steuerzahler müsse erhalten, um die Ablehnung zu motivieren. Ob dieselbe aber nicht an anderer Stelle desto empfindlicher eintritt, bleibe dahingestellt. Für die städtischen Arbeiter konnte lediglich in Betracht, daß die Entschädigung von 3,50 M. bei den heutigen Verhältnissen vollständig ungenügend ist. Schon im statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin wird festgelegt, daß sich die Preise von Rindfleisch um 8, von Schweinefleisch um 11 Pf. pro Kilo vom Jahr 1895 bis 1901 verdreifacht haben. Der Preis des Roggenbrotes ist in demselben Zeitraum um 8 Pf. pro Kilo gestiegen. Privatdozent Stadtrat Dr. J. a. f. r. o. w. berechnet den wöchentlichen Verbrauch einer Familie auf 21,16 M. im Jahre 1900 gegenüber 19,25 M. im Jahre 1901. Selbst das kaiserliche Gesundheitsamt stellte im Jahre 1895 den Preis der täglichen Kost einer erwachsenen Person bei mittlerer Arbeit auf 58 Pf. fest, was bei einer vierköpfigen Familie 2 M. beträgt; und in welcher Weise sind seitdem die Lebensmittel gestiegen. Das statistische Amt der Stadt Berlin hat in seinen Zusammenstellungen von 25 Haushaltungen unter Zugrundelegung eines Einkommens von 1000 M. die Ausgaben für eine vierköpfige Familie auf 472,01 M. für Nahrungsmittel festgelegt. Setzt man nun die Einnahmen der städtischen Arbeiter bei 3,50 M. auf 1100 M. pro Jahr fest, so ergibt sich für die Ernährung der Familie eine Summe von 519,24 Mark oder pro Woche 0,94 M. Nach Jankow beträgt der monatlich nötige Betrag für eine Familie 21,16 M., für den städtischen Arbeiter beträgt er 11,22 M. pro Woche weniger. Daß diese Unterernährung zu den traurigsten Folgen führt, steht fest. Es kommt noch die Erhöhung der Wohnungsmiete in Betracht, die eine wesentliche Belastung des Arbeiterbudgets bedeutet. Es ist daher nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der städtischen Arbeiter, für eine Erhöhung resp. Gewährung einer Teuerungszulage einzutreten. (Wrausender Beifall.)

In der sehr lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Redners bekräftigt. Ein Redner, der eine Familie von 10 Köpfen hat, schildert in schlichter Weise seine materielle Lage und hält den Anspruch des Stadtverordneten Schulz auslänglich des Pseudeffizienzen: „Die Fleischanot hat ein Ende“ für ebenso hin-fällig, wie die übrigen Anschauungen der bürgerlichen Kreise bezüglich der Lohnhöhe der Arbeiter. Wollte sich eine Arbeiterfamilie eine derartig zubereitete Kost leisten, der Preis für ein Pfund würde sich auf 80 Pf. stellen. — Einstimmig wurde die in unserm ersten Bericht mitgeteilte Resolution angenommen.

In Jentzen fand am 11. d. R. bei Heinrich (Sankels Ablage) eine Vollversammlung statt. Genosse Strobel-Berlin besuchte die ca. zweistündige Rede die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Gewaltakte der Mehrheitsparteien im Reichstag. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Verarmung der arbeitenden Klassen durch die Annahme des Zolltarifs, insbesondere die verräterische Haltung der freisinnigen Volkspartei. Die Versammlung sieht nur in der Socialdemokratie die einzige Partei, die Interessen der Arbeiter vertritt und spricht deren Vertretern die vollste Bewunderung aus für die mannhaften Kämpfe im Reichstags-tage. Die Versammelten betonen, nicht daran zu denken, zwischen sich und der socialdemokratischen Partei das Nützliche zu geschweigen, sondern mit allen Kräften die socialdemokratischen Bestrebungen zu unterstützen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bergarbeiter-Ausstand.

**Bendorf (Rheinland), 14. Januar.** (W. F. B.) Die „Bendorfer Zeitung“ meldet: Seit gestern früh ist die ganze Bergwerks-Gesellschaft des Stahl-Walzwerkes Bendorf der „Bergbau- und Hütten-Arbeiter-Gesellschaft“ Friedrichshütte, Abteilung Karl Stein“, die etwa 300 Mann stark ist, wegen Lohnstreitigkeiten ausständig. Landrat von Geierich ist aus Akenrathen zu einer Versprechung mit dem Arbeiterauschuß eingetroffen. Die Ausständigen verhalten sich ruhig.

### Zur Kohlennot in den Vereinigten Staaten.

**Washington, 14. Januar.** (W. F. B.) Im Repräsentantenhaus brachte heute der Vorsitzende des Justizauschusses eine Resolution ein, durch welche der Ausschuß beauftragt wird, nach Prüfung der Sache dem Hause mitzuteilen, was die Ansicht des Ausschusses sei bezüglich der Notwendigkeit des Kongresses, zu erklären, daß sich die Notwendigkeit ergeben habe, von Kohlen, natürlichen Kohlen-lagern und Bergwerken in den Vereinigten Staaten Besitz zu ergreifen, wie auch von allen Linien, Agenturen x., die für den Kohlentransport notwendig sind; ferner soll der Ausschuß beauftragt werden, falls er es für notwendig halte, einen dahingehenden Gesetzentwurf dem Hause vorzulegen.

### Beschaffter Großgrundbesitzer.

**Leipzig, 14. Januar.** (Privatdepesche des „Vormärts“.) Der hiesige Großgrundbesitzer und Kaufmann Friedrich ist wegen zahlreicher Betrügereien und angeblichen Beschleissungen auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Die Verhaftung erregt hier großes Aufsehen.

### Unterzahlungen und kein Ende.

**Melwig, 14. Januar.** (W. F. B.) Der „Obersteif. Wanderer“ meldet: Der Gemeindefassen-Mendant Vorguttm aus Jaborze hat sich heute der hiesigen Staatsanwaltschaft mit der Selbstbezüglichung gestellt, daß er die Gemeinde durch Unterzahlungen um 75 000 M. geschädigt habe.

**Frankfurt a. M., 14. Januar.** (W. F. B.) In einer Depesche an die „Frankf. Jg.“ erklärt Bürgermeister Dr. Reff. St. Johann die Nothwendigkeit des „Häsz. Kurier“, monach seine Gattin mit einem Offizier geflohen und zwischen ihm und dem letzteren ein Duell stattgefunden habe, als Erfindung.

### Erfroren.

**New York, 14. Januar.** (W. F. B.) Aus dem Staate Mississippi wird gemeldet, daß in der letzten Nacht 20 Personen erfroren sind. Auf Senger & Co., Berlin SW. Dierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

287. Sitzung. Mittwoch, den 14. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der zum Zolltarif gestellten Resolutionen und Petitionen.

Zunächst gelangt zur Beratung folgende bereits von der Kommission angenommene Resolution:

Mit Rücksicht auf die Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen, in Bezug auf die Zollfrage der Zersplitterung 287 (Ged. 2c.) keinerlei vertragmäßige Verbindlichkeiten anderen Staaten gegenüber eingehen zu wollen, die verbündeten Regierungen zu erziehen, mit möglicher Beschleunigung in eine Erwägung darüber zu treten, ob nicht durch Einführung verschiedener Zollsätze für Roh-Petroleum und gereinigtes Petroleum die Schaffung einer inländischen Raffinerie-Industrie möglich und wirtschaftlich geboten sei, und beabsichtigenfalls einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Wurm (Soz.):

Bei der sonderbaren Art, mit der die Zolltarif-Beratung zu Ende geführt ist, ist es notwendig, genauer auf diesen Gegenstand einzugehen. Die zur Beratung stehende Resolution hat eine weittragende Bedeutung; besonders die ärmste Bevölkerung würde schwer geschädigt, falls diese Resolution jemals zur Durchführung gelangen sollte. Die verbündeten Regierungen haben zwar in der Kommission erklärt, daß es weder zweckmäßig noch möglich sei, eine Differenzierung zwischen Roh-Petroleum und raffiniertem Petroleum durchzuführen. Nachdem wir aber gesehen haben, wie die Regierung auf jeden Fall der Mehrheitspartei unzufällig, ist auch auf diese Art nicht viel zu geben. Es handelt sich hier darum, eine Industrie nach Deutschland hineinzujagen, damit der Profit der deutschen Unternehmer noch vermehrt wird. Man will die Errichtung von inländischen Petroleum-Raffinerien dadurch erreichen, daß man das Roh-Petroleum zu einem geringeren Zollsaße einläßt und dafür das gereinigte Petroleum mit einem höheren Zollsaße belegt als jetzt. Der Zoll für gereinigtes Petroleum beträgt jetzt 6 M., so daß der Konsument für jeden Liter bereits heute 6 Pf. Zoll bezahlen muß. Die Interessenten, die für die Schaffung einer deutschen Petroleum-Industrie mobil machen, verfolgen damit einen rein agrarischen Zweck. Sie wollen den Brennspiritus dem Petroleum konkurrenzfähig machen. Weil sie den Brennspiritus nicht billiger herstellen können, so treiben sie den Preis des Petroleums in die Höhe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen ihre Brennspiritus-Industrie, die sie selbst durch die neuesten Erfindungen nicht haben retten können, künstlich heben. Diefem die breite Masse ausplündernden Vorhaben wird wie immer ein nationales Mäntelchen umgehängt. Die Regierung hat schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß die Verpflanzung der Petroleum-Raffinerien in das Inland ein keineswegs vom Auslande unabhängiges Geschäft, weil wir inländisches Roh-Petroleum nicht so viel haben, wie wir brauchen, sondern auf ausländisches angewiesen sind. Die Schaffung von Petroleum-Raffinerien würde die Befreiung des deutschen Volkes um mindestens 90 Millionen steigern. Diese 90 Millionen würden in die Taschen jener Industriellen fließen, die durch Syndikate den Preis außerdem noch künstlich in die Höhe getrieben haben. Die Zollbefreiung würde dann pro Liter nicht mehr 6, sondern 8 Pfennige betragen. Damit sind ja die Herren Spiritusagrarien ihrem Ideale wieder einen Schritt näher gekommen. Der Spiritus kann, da er bedeutend höhere Herstellungskosten erfordert, mit dem Petroleum nicht konkurrieren. Weil dem so ist, geht das Streben der Agrarien darauf hinaus, den Preis des Petroleums in die Höhe zu treiben. Wegen dieses Anstiegs auf die Taschen des Volkes müssen wir uns kräftig wehren. Nach den Erklärungen in der Kommission und in der Presse denkt man gar nicht daran, falls ein deutsches Raffinerie-Syndikat bestünde, die Mineralöl-Rückstände zu verbilligen. Im Gegenteil, man will sie verteuern, damit nur ja nicht dem geliebten Spiritus eine Konkurrenz entsteht. Wenn noch ein Zeugnis gefehlt hätte, so hat es der bekannte Herr Klapper in seiner „Deutschen Agrarier-Zeitung“ geliefert. In der Nummer vom 1. Januar d. J. beschlagnahmte er sich mit einer Verordnung des Bundesrats, der auf Grund einer Annahme des Zolltarifs beim Mineralöl das Recht hat, innerhalb gewisser Grenzen diesen Zoll aufzuheben. Der Bundesrat hat nun ein Interesse der mit Mineralöl betriebenen Motoren gestiftet, daß bis zu einem Jahresbedarf von 10 000 Kilogramm Mineralöl zollfrei bezogen werden könne. Das hat den Herrn Klapper und der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ erregt. Die Herren wollen es par ordre de moult an liebsten durch Kabinetsorder erzwingen, daß der Spiritus allein für Hof- und Salonfähige erklärt wird. Spiritus für Motorzwecke ist zollfrei und auch die Kohle für Motorzwecke ist zollfrei. Durch den Zoll auf Petroleum werden so gerade die kleinen Gewerbetreibenden, die auf Petroleummotoren angewiesen sind, am meisten geschädigt. Sie müssen 4 Pf. pro Stunde und Pferdekräft zahlen. Eine ähnliche Besteuerung der Großbetriebe würde diese mit 24 Millionen Mark Steuern belasten, also sie vollständig erstickungsfähig machen. Das nennen die Herren vom Centrum und der Rechten Schutz des kleinen Mannes. Wenn wir verlangen, geht das Mineralöl frei für Motorzwecke, so erzählen sie uns, sie wollen eine internationale Industrie schaffen und das amerikanische Petroleum bekämpfen, während ihr Sorgehen im Grunde nur darauf hinauskommt, einige Großkapitalisten zum Schaden der kleinen Gewerbetreibenden zu bereichern. Das sind die Gründe, warum meine Freunde und ich gegen diese Resolution stimmen. Wir halten es für notwendig, die weitestgehende Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, welche gemeinschaftliche Bestrebungen hinter diesen scheinbar nationalen Absichten lauern. Vor allem, um große Massen der Petroleum verbrauchenden Bevölkerung in Stadt und Land vor neuen schweren Lasten zu schützen, werden wir gegen die Resolution stimmen.

Abg. Herr Hehl zu Herrnsheim (natl.):

Die letzten Äußerungen des Herrn Vordredners lassen doch auf mangelnde Information schließen. In der Kommission haben sich gerade die Oberträger gegen die Resolution erklärt, weil sie eine Verbilligung des Petroleums zum Nachteil der Spiritusindustrie davon befürchteten. — Herr Wurm sprach vom Licht des armen Mannes, er hat wohl übersehen, daß der sozialistische Gemeinderat von Paris ein Dekret auf Petroleum von 20 Proz. erhebt. (Lebhaftes Lachen bei den Sozialdemokraten: Nationalistischer!) Schlicht informiert! Jedenfalls haben die Sozialdemokraten in Frankreich noch nicht das Streben niedergegeben, dies Dekret zu beseitigen. — Die Resolution bezweckt lediglich die Bekämpfung des unerträglichen Rockefeller-Monopols in erster Linie mit Rücksicht auf die Konsumenten.

Sie (zu den Sozialdemokraten) haben kein Recht, sich hier allein als Vertreter des armen Volkes auszugeben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Abgeordnete Wurm behandelt solche Reden, das muß auch ich zugeben, soweit die rein technische Seite in Betracht kommt, mit der größten Sachkenntnis. Nur möchte er solche Angriffe und Bemerkungen, wie wir sie vorhin gehört haben, vermeiden. In Frankreich besteht die differenzielle Zollbehandlung infolge des großen heimischen Raffineriebestandes bereits. In Frankreich gibt es, wie nur ein von mir entandener Vertrauensmann aus Paris mittelst, etwa 24 Raffinerien. Die das Rohöl größtenteils von Rockefeller beziehen. Diese Raffinerien beschäftigen annähernd 20 000 Arbeiter. Im ganzen werden in Frankreich infolge der Differenzierung des Petroleumzollens 40 000 Arbeiter beschäftigt. Ich bedaure, daß die Regierung dieser Frage so wenig Interesse entgegenbringt. Ihre Teilnahme sich ja großer werden, wenn es sich um die Erneuerung der Handelsverträge handelt wird. Manche

Abgeordnete werden es sich aber überlegen, ob sie solchen Gesetzen zustimmen wollen, wenn nicht die hier gestellten Resolutionen von der Regierung ernsthaft geprüft werden. Hoffentlich beteiligt sich auch Abg. Wurm an den Vorschlägen, um die Macht des mächtigsten aller Ringe, des Rockefeller-Ringes, zu brechen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt v. Fischer:

Die in der Resolution aufgeworfene Frage ist in der Zolltarif-Kommission eingehend geprüft worden. Die Regierung hat wiederholt sehr schwerwiegende Bedenken gegen eine Differenzierung des Petroleumzollens geltend gemacht. Dazu gehört die Schwierigkeit der zolltechnischen Unterscheidung zwischen rohem und raffiniertem Petroleum, die Gefahr für die heimische Petroleumgewinnung und der zu erwartende Zollausfall. In Frankreich, wo die Differenzierung eingeführt ist, bestehen vielleicht abgesehen von Zölleisen die höchsten Petroleumpreise. Der in der Resolution betretene Weg scheint mir somit sehr bedenklich. Ich bitte sie abzulehnen.

Abg. Freie (fr. Bg.):

Für mich und meine Freunde handelt es sich bei dieser Frage um die Wohlfahrt der Konsumenten. Die Resolution verfolgt aber eine Richtung, die zu einer Schädigung der Konsumenten führen muß. Die als eine nationale Tat angepriesene Schaffung einer deutschen Petroleum-Raffinerie-Industrie müßte zu einer Erhöhung der Petroleumpreise zu Ungunsten der Konsumenten führen. Es giebt übrigens in Deutschland bereits eine Petroleum-Raffinerie, die ihren Sitz in Bremen hat und von der Standard Oil Company kontrolliert wird. Letztere hat bisher die Preisbildung des Petroleums entgegen den Interessen der Konsumenten beeinflußt. Die Resolution würde am letzten Ende zu Gunsten der Standard Oil Company wirken, anstatt ihr entgegen zu arbeiten. Ich glaube auch nicht an eine wesentliche Erhöhung des Verbrauchs von raffiniertem Petroleum, das bei der Einrichtung unserer Lampen gegenüber dem amerikanischen Petroleum rückständig ist. Es wäre sonst eine Aenderung unserer Lampen erforderlich, die für den Einzelnen mit großen Kosten verbunden wäre. Die Standard Oil Company bezug die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft sind im Besitz als mehr von 50 Proz. der von der Bremer Petroleum-Raffinerie ausgegebenen Aktien. Wenn wir nun durch eine Zoll-Differenzierung noch einen besonderen Anreiz zur Gründung deutscher Raffinerien schaffen, so werden wahrscheinlich die genannten Gesellschaften alsbald den Betrieb dieser einzigen in Deutschland existierenden Raffinerie in die eigene Hand nehmen. Auf den zu befürchtenden Zollausfall hat der Unterstaatssekretär schon hingewiesen; bei der jetzigen Lage der Finanzen könnten wir doch einen solchen Ausfall nicht so leichtem Herzen zusehen. Ich bitte Sie also, diesen Weg nicht zu beschreiten. (Beifall links.)

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Nach der Beweisführung des Herrn Freie konnte man überhaupt keine inländische Industrie großzügigen: sie könnte sich ja mit der Konkurrenz verbinden und die Konsumenten schädigen. (Zu den Freisinnigen) Grundlag ist doch sonst: freie Konkurrenz schafft billige Preise. Der Weltberühmte Rockefeller muß durchaus entgegengegerichtet werden gerade in Interesse der Konsumenten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Dem deutschen Volke ist zu Gunsten des Herrn Rockefeller eine Steuer von 50 Millionen auferlegt, da ist doch die Frage erträglichwert — nur darum handelt es sich —, ob es hiergegen Mittel giebt. Sie (nach links) sind doch sonst dafür, Engpässe zu veranlassen, warum sträuben sie sich hier dagegen; die Resolution müßte nach meiner Meinung einstimmig angenommen werden. Die zolltechnischen Bedenken des Herrn Unterstaatssekretärs sind in der Kommission bereits wiederlegt worden. Daß wir von Amerika abhängig sind, ist nicht richtig. Die galizischen Quellen sind so ergiebig, daß sie den österreichischen Bedarf weit übersteigen, obgleich kein Barrel amerikanischen Petroleums mehr nach Oesterreich kommt. Auch unsere einheimischen hannoverschen Quellen sind sehr ergiebig.

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Wenn die Resolution wirklich den Zweck erreichen sollte, das Monopol der Standard Oil Company zu bekämpfen, so würden meine sämtlichen Freunde dafür stimmen, aber dieser Zweck wird nie dadurch erreicht werden. Herr Baasche hat ja selbst gesagt, daß Rockefeller sofort seine Hand auf jede neu entstehende Petroleum-Raffinerie legt. Die Hoffnungen auf den Dreizehnten Deutschlands teile ich nach den bisherigen Erfahrungen nicht. Das Monopol Rockefellers kann am besten bekämpft werden mit der Entwicklung der andern Beleuchtungsmittel, z. B. des Wasserzuges. Davon freilich wollen die Herren nichts wissen aus Furcht, daß ihrem lieben Spiritus eine Konkurrenz erwachsen könnte. Geht doch die Rücksichtnahme auf den Spiritus so weit, daß manche Gewerbe-Inspektoren den Rotorenhabern, die ihre Motoren mit Benzin statt mit Spiritus heizen, ganz ungebührliche Schwierigkeiten machen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär die Gewerbe-Inspektoren zu informieren, daß das nicht zu ihrem Wirkungskreise gehört. (Bravo! links.)

Abg. Wurm (Soz.):

Herr Baasche hat ein erstaunlich isoliertes Gedächtnis, aber immer nur dann, wenn es ihm gerade so paßt. Er hat den Inhalt des von ihm und dem Abg. Freie v. Hehl in der Kommission gestellten Antrages ganz falsch dargestellt. Dieser Antrag wollte nicht nur den Zoll für Rohpetroleum auf 7,00 M. erniedrigen, sondern auch den Zoll für raffiniertes Petroleum von 6 M. auf 7,00 M. erhöhen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese ganzen Bestrebungen gehen ja nicht dahin, dem Gemeinwohl zu nützen, sondern in Deutschland ein Raffinerie-Syndikat zu schaffen, das sich die Taschen noch mehr füllt, als es jetzt die Rockefeller-Company thut. Es ist den Herren nur darum zu thun, den Profit auf deutschem Boden einzusparen. In der Kommission meinte ein nationalliberaler Herr, Rockefeller sei ein Wohlthäter der Menschheit, weil er die Petroleumpreise so niedrig halte. Das wird aber nur so lange der Fall sein, als noch nicht sämtliche Konkurrenten Rockefellers in das Spindeln aufgenommen sind. Ich denke dabei nicht an die kleinen amerikanischen Oculisten, sondern an die großen Konkurrenten Rothschild und Nobel. Sobald der Ring geschlossen ist, wird er selbstverständlich den Konsumenten der ganzen Erde schonungslos um den Hals gelegt werden. Gegen solche Ausbeutung kann die heutige Gesellschaftsordnung nichts machen, sei es nur ein Petroleumking Herr v. Hehl oder ein Rederring. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Preise sind nur so lange niedrig, als eine Konkurrenz laipul gemacht werden soll. Man hat uns als die „Petroleum“ bezeichnet, die mit Petroleum einer neuen Weltanschauung zum Siege verhelfen wollen. Aber gerade das Petroleum-Syndikat ist das erste klassische Beispiel dafür, daß eine einzige Gruppe die ganze Welt in ihr Joch zwängt. Dieses Petroleum wird auch in manche Köpfe hineingewaschen, die sonst von der Vorkäuflichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überzeugt sind. Das einzige Mittel dagegen ist die Expropriation der Kapitalisten. Das hier vorgeschlagene Mittel kann nur schaden, es würde die Preise erhöhen. Will man auf der Basis einer deutschen Raffinerie den Ring bekämpfen, so müßte der Zoll auf raffiniertes Petroleum erniedrigt und der Zoll auf rohes Petroleum noch mehr erniedrigt werden.

Die weitere Frage ist: Wo sollen wir das Rohpetroleum her bekommen? Ueber die galizische Produktion hat Herr Baasche ganz oberflächliche Mitteilungen gemacht. Die galizische Petroleumproduktion kann nur einen ganz verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Konsums befriedigen. Es kommt hinzu, daß die Eisenbahn-Transportkosten von Galizien viel höher sind als die Schiffs-Transportkosten von Amerika. Auch enthält das galizische Petroleum weniger Brennstoff als das amerikanische. Die mit der Petroleumgewinnung in der Provinz Hannover bisher gemachten Erfahrungen sind nicht sehr ermutigend,

so viel Klammern gewisse Verhältnisse und dafür gemacht haben. Wir sind zunächst noch auf das ausländische Petroleum angewiesen. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß man sehr leicht raffiniertes Petroleum in der Weise färben oder verfeinern kann, daß es von den Zollbehörden als Rohpetroleum über die Grenze gelassen wird. Der Nutzen aber käme dann nicht dem Publikum zu Gute, sondern den schwindelhaften Importeuren. Herr v. Hehl teilte mit, daß in Frankreich 15—20 000 Arbeiter durch die Differenzierung des Petroleumzollens beschäftigt würden. Er hat sich aber offenbar von seinem Vertrauensmann nicht sagen lassen, daß diese Arbeiter größtenteils mit der Herstellung von Petroleumfässern und -Geschäßen beschäftigt werden. Solche Fässer und Geschäße werden auch in Deutschland bei der Einfuhr des amerikanischen Petroleums der Rockefeller Company angefertigt, da das Petroleum nicht mehr in Fässern, sondern in den Schiffsbässen transportiert wird. Herr v. Hehl ist auch falsch informiert, wenn er behauptet, in Paris habe ein sozialistischer Gemeinderat sich für einen Dekret auf Petroleum entschieden. Der Pariser Gemeinderat ist in seiner Majorität nicht sozialistisch, sondern nationalistisch. Die sozialistischen Mitglieder des Gemeinderats haben sich gegen einen solchen Dekret gewandt. Die Resolution bedeutet nur eine verheißene Ausplünderung der Ärmsten durch einige wenige Kapitalisten. Wir werden daher dagegen stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Herr Wurm glaubte mir gegenüber feststellen zu müssen, daß Oesterreich nur im Stande sei, 1 1/2 Millionen Doppelcentner Petroleum anzuführen. Ich habe aber lediglich das selbe behauptet als ich sagte, es seien 2 Millionen Doppelcentner galizisches Petroleum im letzten Jahre produziert, wovon Oesterreich selbst nur 2 1/2 Millionen Doppelcentner brauche.

Abg. Graf Kanitz bestritt gegenüber dem Abg. Gothein, daß er im Landes-Eisenbahnrat gegen die gleiche tarifliche Behandlung des galizischen mit dem russischen Petroleum mit Rücksicht auf den Spiritus gestimmt habe. Ich hätte lediglich die Rücksicht auf ein Kompensationsobjekt für künftige Handelsverträge bestimmt.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Es war mir bisher nicht bekannt, daß Graf Kanitz ein solcher Freund von Handelsverträgen sei.

Abg. Graf Kanitz (L): Ich bin stets gegen Handelsverträge aufgetreten, da aber wohl trotz meines Widerstandes solche Verträge abgeschlossen werden, so kam mir unter diesen Umständen nur daran liegen, daß sie möglichst günstig ausfallen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Baasche und Gothein (fr. Bg.) schließt die Diskussion.

Die Abstimmung über die Resolution ist auf Antrag Steiger (Soz.) eine namentliche und ergibt die Annahme derselben mit 162 gegen 70 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen. (Präsident ziffer 224.)

Es folgt die Beratung zweier Resolutionen in Bezug auf die Meistbegünstigungsverträge. Die Abgg. Herr Hehl zu Herrnsheim (natl.), Graf v. Kanitz (L), v. Kardorff (M) beantragen, der Herr Reichsminister möge, vor Erneuerung der bestehenden Tarifverträge das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Meistbegünstigungsverhältnis zu allen denjenigen Ländern lösen, von welchen in Bezug auf die Zollgesetzgebung und auf die zollamtliche Behandlung deutscher Waren die volle Reciprocität nicht gewährt wird.

Abg. Speil und Genossen beantragen, der Herr Reichsminister möge ummöglich bald, wenn möglich noch vor Erneuerung von Tarifverträgen das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Meistbegünstigungsverhältnis zu allen denjenigen Ländern lösen, bei welchen die Erfahrung gezeigt hat, daß ein solches Verhältnis den deutschen Interessen nachteilig gewesen ist, und darauf hinzuwirken, daß mit solchen Ländern keine Meistbegünstigungsverträge mehr abgeschlossen werden.

Abg. Herr Hehl zu Herrnsheim (natl.):

Die wichtig die vorliegende Frage ist, geht daraus hervor, daß wir Meistbegünstigungsverträge mit 18 Staaten haben. Handelsverträge dagegen nur mit 8 Staaten. Wenn die Meistbegünstigungsverträge zunächst gelündigt würden, so würden die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland und Oesterreich wesentlich erleichtert. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Jetzt werden die Vertragsstaaten dadurch benachteiligt, daß die meistbegünstigten Staaten dieselben Vorteile genießen, ohne doch die Zugeständnisse wie die Vertragsstaaten gemacht zu haben. So sind z. B. nach dem Dingley-Tarif die Produkte der deutschen Industrie in Amerika bis zu 150 Proz. höher befristet als die amerikanischen Produkte in Deutschland. Dazu kommt das Nachlassen der deutschen Ausfuhr nach Amerika, besonders in Verhältnis zu der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland. Dagegen hat sich die Passivbilanz Amerikas, die 1899 noch 2 Proz. betrug, umgewandelt in eine Aktivbilanz von 64 Proz. Die Meistbegünstigungsländer haben 71 Proz. unfree gesamten Weizenbedarfs zu uns exportiert. (Hört! hört!) Frankreich führte einen Weizenzoll von 5,60 M. (7 Fr.) in dem Moment ein, wo wir den Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen. Frankreich führt Weizen nur noch aus seinen Kolonien Ägypten und Tunis ein, während die deutsche Weizenzufuhr aus überseeischen Ländern ständig zugenommen hat. Eine Anzahl meiner Freunde und ich werden es also ablehnen, Handelsverträge auf Grund der Geringfügigkeit zuzustimmen, weil es dann den Meistbegünstigungsländern ermöglicht würde, auf Grund der Meistbegünstigungsverträge Deutschland mit Getreide zu überschwemmen. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Meine Freunde lehnen es ab, sich von neuem unter das Joch der Amerikaner zu beugen. (Bravo! rechts.) Ich freue mich, daß diese Auffassung auch ein sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter, Herr Calwer, teilt. Zu meinem großen Leidwesen hat sich Herr Calwer während der ganzen Verhandlungen über den Zolltarif hier im Hause nicht sehen lassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er hat aber seiner Auffassung in den „Sozialistischen Monatsheften“ Ausdruck gegeben und dort u. a. nachgewiesen, daß der amerikanische Dingley-Tarif den deutschen Konfektionsarbeitern einen täglichen Arbeitsverlust von 1,20 M. gebracht hat und somit eine schwere Schädigung des deutschen Arbeiterstandes bedeutet. Ich weiß zwar, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ an dem Münchener Parteitag als nicht zulässig erklärt worden sind (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten), weil ihre Mitarbeiter in verschiedenen Fragen eine freie und unabhängige Haltung einnehmen. Auch auf dem Mainzer Parteitag hat Abg. Calwer ähnliche Anschauungen geäußert. Ich glaube, daß gerade die Kündigung der Meistbegünstigungsverträge zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Arbeiter gegenüber den ausländischen wesentlich beitragen wird. Die kleine Schweiz hat den Rat gefunden, sich aus den Armen des Dingley-Tarifs zu befreien. Der Handelsminister Müller hat sich als nationalliberaler Abgeordneter auf dem Parteitag des Jahres 1898 durchaus in dem Sinne von mir vertretenen Sinne ausgesprochen. Ich bitte um Annahme der von mir eingebrachten Resolution. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Speil (L):

Unser Resolution wurde bereits in der denkwürdigen Sitzung vom 13./14. Dezember von Herrn Richter wenig freundlich beurteilt. Nach seinen früheren Versicherungen hätte ich erwartet, daß er der Tendenz meines Antrages sympathisch gegenüberstünde. Zu meinem U-B-G-Lach sagt er: Die plötzlichen Zoll erhöhungen in den Vereinigten Staaten zeigen gerade in lehrreicher Weise, um wie viel besser Tarifverträge sind als bloße Meistbegünstigungsverträge. Ähnlich hat sich der Herr Abg. Richter auch 1899 bei der Interpellation Graf Kanitz über unsere handelspolitischen Beziehungen geäußert. Wenn ich nun auch Herrn Richter nicht auf meiner Seite sehe, so hoffe ich doch, daß die Herren der äußersten Linken für unsre Resolution stimmen werden. Herr v. Hehl hat ja schon auf die Stellungnahme des Herrn Abg. Calwer hingewiesen. Auch der „Vorwärts“ hat sich am 21. November 1898 dafür ausgesprochen, daß unsere Regie-

ring um der Arbeiter willen die Pflicht habe, die Meistbegünstigungs-  
verträge zu kündigen, wenn unserer Industrie-Ausfuhr von  
seiten des Auslands Rechte vorzuenthalten werden. Wenn es  
den Herren mit diesem Schutze der Industrie-Arbeiter ernst ist,  
so müssen sie für unsere Resolution stimmen. Wir unterscheiden uns  
von Herrn v. Heyl dadurch, daß wir unsere Auswärtigen Amt nicht  
zumuten wollen, vor Erneuerung der Handelsverträge unter allen  
Umständen alle Meistbegünstigungsverhältnisse zu kündigen. Weiter  
halten wir den Passus in der Resolution Heyl nicht für durchführbar, in  
dem sowohl in Bezug auf die Zollgesetzgebung als auch die Zoll-  
amtliche Behandlung volle Reciprocität verlangt wird. Wir  
können nicht erwarten, daß die Vereinigten Staaten plötzlich statt  
des Wertzolls den Gewichtszoll einführen. Materiell sind die beiden  
Resolutionen vollständig gleichwertig. Ihr Zweck ist, den ersten  
Schritt zu thun, um unser Verhältnis zu den Meistbegünstigungs-  
ländern in ein andres Fahrwasser zu leiten. Der Vertrag von 1900,  
der von der offiziellen Presse als ein Triumph unserer Diplomatie  
bezeichnet wurde, war vielmehr ein Rückschlag vor Amerika.  
Der deutsche Export nach den Vereinigten Staaten ist viel ungünstiger  
gestellt als der amerikanische bei uns. An die Stelle des alten  
Meistbegünstigungsvertrages mit Amerika muß entweder ein Handels-  
vertrag oder ein neuer Meistbegünstigungsvertrag auf Grund des  
neuen Zolltarifs treten oder, wenn solche Verträge nicht zu Stande  
kommen, so muß der Generaltarif gegenüber Amerika in Kraft treten.  
(Sehr richtig! im Centrum.) Ich glaube nicht, daß das Amerika  
Veranlassung zu einem Zollkrieg bieten könnte. (Beifall im Centrum.)

#### Staatssekretär Graf Posadowsky:

Nachdem der Zolltarif in diesem hohen Hause verabschiedet worden  
ist, ist es mir einigermassen verwunderlich, daß die Abgeordneten  
sich schon jetzt hier wieder mit der zukünftigen Gestaltung unserer  
handelspolitischen Verhältnisse zu anderen Staaten beschäftigen.  
Sie werden es mir politisch nachempfinden können, daß für  
die verbündeten Regierungen jetzt der allerungünstigste  
Zeitpunkt ist, sich über diese Verhältnisse eingehend zu  
äußern. Es ist während der Verhandlungen in der Kommission und  
im Plenum manches Wort gesagt worden, was besser nicht gesagt  
und gefragt worden wäre, denn die Zuhörer außerhalb des Hauses  
sind viel aufmerksamer als die innerhalb. (Heiterkeit.) Es ist von  
dem handelspolitischen Stand der keinen Schweiz die Rede. Ja, wenn  
Deutschland kein größeres Interesse zu vertreten hätte als die  
neutrale kleine Schweiz, dann könnte es vielfach anders vorgehen.  
Ein Staat aber von der Weltstellung Deutschlands hat selbst-  
verständlich eine Reihe Rücksichten zu nehmen, die für kleine Länder  
nicht in Betracht kommen. (Sehr richtig!)

So oft auch schon die Frage der Meistbegünstigung akademisch  
erörtert worden ist, so läßt sich doch kein allgemeines Princip für  
die Meistbegünstigung und ihre Anwendung bei Vertrags-  
verhandlungen aufstellen. Es soll keineswegs verkannt werden, daß  
die Meistbegünstigung auch schwere Nachteile hat. Im all-  
gemeinen wird man doch innerhalb Europas an ihre Festhalten  
müssen. Würden wir den Grundsatz der allgemeinen Meist-  
begünstigung aufgeben, so würden wir in unsern Welthandels-Verkehr  
etwa auf den Zustand geraten, wie er vor der Errichtung des all-  
gemeinen deutschen Zollvereins bestand. (Sehr gut!) Wir würden  
unsern Handel-Lasten auflegen, die mit dem Weltverkehr eines  
großen Staates ganz unvereinbar sind. (Sehr wahr!) Deshalb  
halten die europäischen Staaten trotz der eventuellen Nachteile an  
dem Grundsatz der allgemeinen Meistbegünstigung fest.

Man kann also keinen allgemeinen Grundsatz dafür aufstellen,  
wem gegenüber und unter welchen Verhältnissen man die all-  
gemeine Meistbegünstigung einführen hat. Dieser Begriff wird  
nach seinem Inhalt von den verschiedenen Staaten verschieden auf-  
gefaßt, besonders von den Vereinigten Staaten von Nordamerika.  
Ob und in welchem Umfange man die allgemeine Meistbegünstigung  
gewährt, hängt auch davon ab, welche Waren für Ein- und Ausfuhr  
von und nach den betr. Meistbegünstigungsländern in Frage kommen.  
Man muß erwägen, ob nicht unter Umständen unsere industrielle  
Ausfuhr in den betreffenden Ländern ganz ausgeschlossen werden  
könnte zu Gunsten eines tertius gaudens. Ich will aber zugestehen,  
daß allerdings die Frage der allgemeinen Meistbegünstigung deshalb  
von besonderer Wichtigkeit ist, weil in der That die Einfuhr aus den  
reinen Meistbegünstigungsstaaten nach Deutschland, insoweit die  
Zollsätze ermäßigt oder gebunden sind, wesentlich größer ist wie  
die Einfuhr aus den Tarifstaaten. Mit Amerika stehen wir nicht  
mehr im allgemeinen Meistbegünstigungs-Verhältnis. Wir waren  
der Ansicht, daß dies der Fall sei auf Grund des alten preussischen  
Vertrages. Amerika hat aber später den Begriff der Meist-  
begünstigung anders aufgefaßt als wir, indem es der Ansicht war,  
daß sich die allgemeine Meistbegünstigung nur auf vergangene  
KonzeSSIONen erstreckt und daß KonzeSSIONen, die die Ver-  
einigten Staaten gegen GegenkonzeSSIONen später einem dritten  
Staate machten, von den übrigen Meistbegünstigungsstaaten  
durch neue KonzeSSIONen erkaufte werden müßten. Das  
führte dahin, daß die allgemeine Meistbegünstigung zwischen  
Amerika und Deutschland thatsächlich aufgehört hat. (Bravo! rechts,  
große Heiterkeit links.) Aber wir lassen dahin, vorläufig die Frage  
in der Weise zu regeln, daß Amerika mit KonzeSSIONen zugestanden,  
die es Frankreich gemacht hatte und daß wir ihm dafür unsere Kon-  
ventionaltarif geben. Das ist ein Handelsabkommen, das jederzeit  
in drei Monaten kündbar ist. — Ich möchte manche Zerstörer der  
beiden Herren Vorredner wie ich glaube schlagend widerlegen, ich  
thue es nicht, weil ich keinen Grund habe, im gegenwärtigen  
Moment Thatsachen und Gründe anzuführen, die uns selbst un-  
günstig sein könnten. Ich muß zugestehen, daß jetzt, wo wir im  
Begriffe stehen mit anderen Staaten in Verhandlungen einzutreten,  
die ganze Aktion selbstverständlich eine Rückwirkung auf unsere Meist-  
begünstigten Staaten haben muß. Ich möchte nur den Jertum wider-  
legen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wenn wir jetzt von  
einzelnen Vertragsstaaten KonzeSSIONen erlangen, ohne weiteres in den  
Besitz dieser KonzeSSIONen treten. Davon kann keine Rede sein, denn  
wir befinden uns, wie gesagt, mit Amerika nicht im allgemeinen  
Meistbegünstigungsverhältnis. Wenn ich ein englischer Minister  
wäre, so würde ich vielleicht auf diese beiden Resolutionen erklärt  
haben, ich halte es im gegenwärtigen Moment nicht für geeignet,  
irgend eine Antwort auf die Resolutionen zu erteilen.  
Ich habe trotzdem einige Bemerkungen gemacht und möchte  
schließen, indem ich sage, vieles was die Herren Vor-  
redner anführten, war sehr beherzigenswert. Wir können aber  
keinen allgemeinen Grundsatz dafür aufstellen, wie wir in Zukunft  
die Meistbegünstigungs-Klausel anwenden werden. Ich glaube aber,  
es wird notwendig sein, bei zukünftigen Vertragsverhandlungen die Frage  
der Meistbegünstigung individueller zu behandeln, als das bisher ge-  
schehen ist. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donners-  
tag 1 Uhr.

**Berichtigung.** Im gestrigen Reichstagsbericht über die Aus-  
führungen des Abg. v. Elm muß es im vorletzten Satz heißen statt:  
Eine Zollserhöhung kann ihnen nur etwas nützen. — Eine Zoll-  
erhöhung kann ihnen nie etwas nützen.

## Abgeordnetenhause.

2. Sitzung Mittwoch, 14. Januar, 11 Uhr.  
Am Ministertisch: Hr. v. Rheinbaben, Hr. v. Hammerstein,  
Schönstedt.  
Präsident v. Arndt eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß er  
dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zum neuen Jahre über-  
mittelt habe.  
Hierauf gedenkt der Präsident der seit Schluß der letzten Session  
verstorbenen Mitglieder.

Der verstorbene Abg. Zimmermann war längere Zeit Schrift-  
führer des Hauses, der Abg. Kistner war mehr als 30 Jahre, der  
Abg. Dr. Birchow mehr als 40 Jahre Mitglied des Hauses.  
Dr. Birchow ist außerdem während seiner parlamentarischen Thätig-  
keit ein Ansehen im Parlamente infolgedessen gewesen, als er der Red-

nungskommission länger als 25 Jahre so lange die Kommission ein-  
gerichtet ist, amangeht ihr Vorsitzender gewesen ist. (Die Ab-  
geordneten hören diese Worte stehend an; ebenso die folgenden.)  
Außerdem ist am 7. August v. J. das frühere Mitglied des Hauses, Herr  
v. Bennigsen, gestorben. Aus dem Umfange, daß das Haus durch zwei  
Legislaturperioden hindurch Herrn v. Bennigsen das Vertrauen und die  
Auszeichnung erwiesen hat, ihm zum ersten Präsidenten zu wählen,  
habe ich die Verpflichtung entnommen und glaube in Ihrer aller  
Sinne gehandelt zu haben, im Namen des Hauses unsre Teilnahme  
auszusprechen. (Bravo!) Die Familie hat mir darauf sofort mit  
einem warmen Telegramm geantwortet.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Erster Gegen-  
stand ist die

#### Wahl des Präsidenten

und der Schriftführer.  
Auf Vorschlag des Abg. v. Arndt (L.) werden durch Acclamation  
wiedergewählt Abg. v. Arndt (L.) zum Präsidenten, Abg. Hr.  
von Heereman (C.) zum ersten Vicepräsidenten, Abg.  
Dr. Krause (nat.) zum zweiten Vicepräsidenten. Die Gewählten  
nehmen die Wahl mit Dank an.

Zu Schriftführern werden, ebenfalls auf Vorschlag des  
Abg. von Heereman, gewählt die Abg. von Vodelberg (L.), Gerdeler (L.),  
Schotteler (L.), Weyerbusch (L.), Zimwalle (C.), von Hagen (C.),  
Jürgensen (nat.), Ritter-Thorn (nat.).  
Zu Quästoren ernannt der Präsident Hr. die Dauer seiner  
Amtsführung die Abg. Petzold (C.) und Busch (L.).

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung: Entgegen-  
nahme von

#### Vorlagen der Staatsregierung.

##### Finanzminister Hr. v. Rheinbaben

bringt den Etat mit folgenden Ausführungen ein: In meiner  
letzten Etatsrede habe ich das voraussichtliche Defizit des Jahres 1901  
auf rund 40 Millionen angegeben. Diese Angabe hat sich als  
ziemlich zutreffend erwiesen: das abgeschlossene Jahr 1900 hat tha-  
tsächlich mit einem Fehlbetrag von 37 1/2 Millionen abgeschlossen. Die  
Hauptursache dieses ungünstigen Ergebnisses liegt im Rückgang der  
Eisenbahn-Einnahmen. Dieser Rückgang hat rund 58 Millionen  
betragen. Die Mindereinnahmen der Eisenbahn-  
Verwaltung betragen 82 Millionen, die Minderausgaben  
24 Millionen, die übrigen Betriebsverwaltungen haben ein  
günstigeres Ergebnis, als der Vorausschlag vorausah, geliefert und  
sogar in der Gesamthöhe von 27 1/2 Millionen. Daran sind beteiligt  
die Forsten mit 11 Millionen, die direkten Steuern mit 10 1/2 Millionen,  
die Bergwerke mit 4 1/2 Millionen. Es ergibt sich, daß die Ueberschuh-  
verwaltungen insgesamt mit einem Ueberschuh von 31 Millionen  
abgeschlossen haben.

Was die zweite große Kategorie der allgemeinen Finanz-  
verwaltung anlangt, so habe ich die Mehreinnahmen Preussens an  
das Reich gegenüber dem Etat auf voranschätzten 11 Millionen an-  
gegeben. In Wirklichkeit haben sich die Verhältnisse etwas günstiger  
gestaltet: dieser Beitrag stellte sich auf nur 9 Millionen Mark.  
Was den vorgelegten Etatsentwurf für 1901 anlangt, so stehe ich  
hinsichtlich der Beurteilung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage im  
wesentlichen auf demselben Standpunkte, den ich im vorigen Jahre  
eingenommen habe. Wir haben keinen Anlaß, trübe in unsre wirt-  
schaftliche Zukunft zu blicken, aber ebenso sicher ist, daß die Krisis  
noch nicht überwunden ist und daß wir allen Anlaß haben, auch für  
das nächste Jahr mit großer Vorsicht vorzugehen. In dieser Auf-  
fassung bestätigt sich zunächst die noch wie vor überaus  
erhohene Lage der Landwirtschaft, Produktionskosten, namentlich die  
Löhne sind in ständigem Steigen begriffen, während die Getreide-  
preise, von einzelnen Schwankungen abgesehen, beständig fallen.  
Auch die Leutenot ist noch nicht beseitigt, wenn auch infolge der un-  
günstigen industriellen Konjunktur das Abirromen vom Lande nach  
der Industrie nicht mehr in dem früheren Maße stattfindet. Die von  
der Industrie zur Landwirtschaft übergegangenen Arbeiter haben sich  
zum großen Teil als minder brauchbar für die schwere landwirt-  
schaftliche Arbeit erwiesen. Gelöst ist also die Arbeiterfrage noch in  
keiner Weise, sie bleibt einer der Gründe des fortwährenden  
Niederganges der Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Was  
die Industrie betrifft, so haben einzelne Zweige der-  
selben einen verhältnismäßig besseren Geschäftsgang zu ver-  
zeichnen. Namentlich die Textilindustrie, welche an dem  
großen Aufschwung der vorigen Jahre nicht teilgenommen hatte, ist  
auch von dem Niedergange nicht so betroffen worden. Im Kohlen-  
revier macht sich in neuerer Zeit regeres Leben bemerkbar, was  
aber zu großer Vorsicht mahnt, ist die Lage unserer Eisenindustrie,  
die ich als durchaus unsicher bezeichnen muß. Charakteristisch ist  
hier die Abnahme der Kaufkraft des inländischen Marktes und die  
Abhängigkeit vom Ausland. (Sehr richtig! rechts.) Der  
Eisenverbrauch in Deutschland ist von 131 Kilogramm auf den  
Kopf der Bevölkerung im Jahre 1900 auf 73 Kilogramm  
im letzten Jahre gefallen. (Hört! hört!) Dagegen hat sich  
die Ausfuhr erheblich gesteigert. Die industrielle Entwicklung  
Amerikas ist so steigend gewesen, daß selbst die riesig gesteigerte  
Produktion der amerikanischen Eisenindustrie dem Aufschwung nicht  
hat folgen können, sondern Amerika auf Deutschland angewiesen  
war. Aber die Abhängigkeit von Amerika ist doch auf die Dauer ein  
recht unsicherer Faktor. Amerika ist der dunkle Punkt am Horizont  
unserer Industrie und wir haben daher alle Urfach, unser inländischen  
Markt zu heben vor allem durch Stärkung der Landwirtschaft, die  
nach wie vor ein Kind unserer besonderen Sorge und Fürsorge sein  
wird.

Auf diese Gesamtlage ist auch bei dem Etatsanschlag für 1901  
Rücksicht genommen.

Es war nicht möglich, den Etat ohne Anleihe abzuschließen, es blieb  
ein Defizit von 72 700 000 Mark. Wir haben indes alle Bedürf-  
nisse auf das genaueste geprüft. Es ist das für die Finanz-  
verwaltung keine leichte Arbeit, denn jedes Ressort kämpft für jede  
Position, wie eine Widm um ihre Jungen. (Heiterkeit.) Ich  
nehme die Gelegenheit wahr, den Herren von der Finanz-  
verwaltung, die nicht gerade durch Anerkennung verwöhnt sind,  
auch mal ein Wort des Dankes für ihre Arbeit hier  
auszusprechen. (Bravo!) Das Defizit von 72 Millionen  
verliert übrigens etwas seinen bedenklichen Charakter, wenn man in  
Betracht zieht, daß wir dank der Weisheit des Herrn v. Meißner  
in den Jahren 1885—1900 721 Millionen Mark an latenten Reserven  
aufgesammelt haben. Von großer Wichtigkeit ist auch eine regel-  
mäßige Schuldentilgung. Zu diesen latenten Reserven kommt noch,  
daß wir für 1903 das Extra-Ordinarium reich dotiert haben mit  
158 Millionen Mark, in denen doch zum großen Teil Anlagen  
werbender Art stecken. Wir können also mit etwas ruhigerem Ge-  
wissen das große Defizit entgegennehmen und uns sagen, daß im  
Grunde unsre Finanzgebarung eine sichere und richtige ist.

Rebner geht nunmehr auf die einzelnen Etats ein. Beim Etat  
der Domänenverwaltung waren wir befreit, isoliert gelegene  
Domänen im Wesen, die hohe Verwaltungsausgaben beanspruchten,  
aber einen hohen Verkaufswert repräsentieren, zu veräußern und  
statt dessen Domänen im Osten zu erwerben. Den Zuschuß für  
Arbeiterwohnungen auf den Domänen haben wir auf das Doppelte  
erhöht auf Grund einer Resolution dieses hohen Hauses. (Bravo!)  
Das Schmerzenskind in den letzten Jahren, die Eisenbahnverwaltung,  
wird voraussichtlich einen Ueberschuh von 47 1/2 Millionen  
Mark ergeben, der sich zusammenfügt aus Mindereinnahmen von  
38 1/2 Millionen und Mehrausgaben von 11 Millionen. Die Mindere-  
innahmen der Eisenbahn rühren ausschließlich aus dem Güter-  
verkehr her.

Das Extra-Ordinarium der Eisenbahn-Verwaltung ist trotz der  
ungünstigen Finanzlage mit voller Ubficht in der Höhe des vorigen  
Jahres belassen worden; es beträgt 91 Millionen Mark. Es ist  
zwar bequem, aber gerade bei der Eisenbahn-Verwaltung besonders  
gefährlich, notwendige Ausgaben von heute auf morgen zu ver-  
schieben. Jede neue technische Erfindung kann ungeahnte Ansprüche  
an die Eisenbahn-Verwaltung stellen. Wenn wir jetzt in der Er-  
gänzung des Wagenmaterials usw. nachsehen, würden wir den ge-  
steigerten Verkehrsanforderungen einer kommenden, indus-  
triellen Hochkonjunktur nicht genügend gerüstet gegenüber-

stehen. Ich habe schon im vorigen Jahre auf eine Rede  
des Abg. Jahn, v. Jeddy dem Gedanken Ausdruck gegeben,  
ob es nicht zweckmäßig wäre, im Eisenbahn-Etat einen speziellen  
Ausgleichsfonds zu schaffen. Je mehr ich mich in diesen Gedanken  
vertieft habe, desto mehr bin ich zu der Ueberzeugung von der Not-  
wendigkeit eines solchen Ausgleichsfonds gekommen, der die großen  
Ueberschüsse der günstigen Jahre und die Mindereinnahmen der un-  
günstigen Zeiten gegen einander ausgleichen würde. Welche Stellung  
das Staatsministerium zu diesem Gedanken nehmen wird, vermag  
ich im Augenblick noch nicht zu sagen; es ist mir aber von Wert,  
die Meinung des hohen Hauses darüber zu hören. Ein Ausgleichs-  
fonds giebt der Eisenbahnverwaltung selbst ein Interesse daran,  
wirtschaftlich zu verfahren.

Der Minister geht darauf unter ziemlichlicher Unruhe des Hauses  
auf weitere Special-Etats ein. Beim Finanz-Etat kommt er auf die  
Folienpolitik der Regierung zu sprechen. Wir wollen in den östlichen  
Provinzen den Frieden, aber einen Frieden, der unsere Landbesitzer die  
vollen Rechte garantiert. Wir verfolgen keine aggressive Politik gegen die  
Polen, sondern wir ergreifen positive Maßnahmen zum Schutz des  
Deutschtums. (Beifall rechts.) An dieser Politik werden wir festhalten.  
Insbesondere soll die Schaffung einer königlichen Residenz in Posen  
darthun, daß diese Provinz durch ein Jahrhundert deutscher Arbeit,  
Kultur und Intelligenz unaussprechlich mit dem preussischen Staat  
verbunden ist. Rebner schließt seine Ausführungen mit den Worten:  
Ich lege den Etat in Ihre Hände in dem Vertrauen auf eine sach-  
gemäße Prüfung. (Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Erste Beratung des Etats.)  
Schluß 1 1/2 Uhr.

## Zur Gewerkschafts-Debatte.

Nachdem die Genossen Silbermann und Gohl sich im „Ver-  
merk“ wiederholt geäußert haben zu den zwischen den beiden  
Organisationen ihres Berufes schwebenden Differenzen, wollen auch  
wir einiges zu dieser Angelegenheit sagen. Die Einzelfälle, mit  
deren Erörterung diese Debatte eingeleitet wurde, berühren wir  
nicht, da das Interesse an diesen Einzelheiten wohl nicht über den  
Kreis der unmittelbaren Beteiligten hinausgehen dürfte. Von allge-  
meinerem Interesse ist dagegen die Frage, die durch die letzten  
Kampferungen Silbermanns und Gohls in den Vordergrund der  
Debatte getreten ist. Sind Sonderorganisationen der gesamten  
Arbeiterbewegung schädlich?

Es ist ja begreiflich, daß in der Debatte, die von den Ver-  
tretern der beiden Organisationen geführt wurde, hauptsächlich das  
um im Ausdruck gekommen ist, was beide Organisationen trennt, und  
sie veranlaßt hat, gesondert ihre Wege zu gehen. Von weit größerer  
Wichtigkeit wie die Erörterung der Trennungspunkte ist aber die  
Hervorhebung dessen, was die beiden Organisationen — und zwar  
nicht nur die der Maurer — veranlassen sollte, das „Getrennt-  
marschieren“ aufzugeben, und dem wirtschaftlichen Gegner eine ein-  
heitlich geschlossene Kampfgruppe gegenüber zu stellen.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschafts-  
bewegung ihr Ziel: den Berufsangehörigen die denkbar günstigsten  
Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, um so eher und um  
so besser erreichen wird, je aktionsfähiger die gewerkschaftlichen Orga-  
nisationen sind. Nichts hemmt aber die Aktionsfähigkeit und die  
Schlagfertigkeit der Gewerkschaften so sehr, wie die Zersplitterung  
der Angehörigen eines und desselben Berufes in verschiedene Orga-  
nisationen, von denen jede ihren eigenen Weg geht. Es ist leicht  
gesagt: Wir wollen getrennt marschieren und vereint schlagen. Die  
Thatsachen haben aber bewiesen, daß die Getrenntmarschieren  
oft in so hohem Grade die Fühlung miteinander verloren, daß sie  
im gegebenen Augenblick nicht zum vereinten Schlagen zusammen  
zu bringen waren. Wir haben ja in Berlin nicht nur bei den  
Maurern, sondern auch bei andren Berufen gesehen, daß das bloße  
Vorhandensein von zwei verschiedenen Organisationen Ursache zu  
tiefigehenden Verstimmungen und unliebsamen Reibereien gegeben,  
ja nicht selten zu gegenseitiger Bekämpfung geführt hat. Daß unter  
solchen Umständen die Thätigkeit der Gewerkschaften erheblich be-  
einträchtigt, ja wohl gar gestemmt wird, bedarf keines Beweises.  
Aus diesen Gründen sollten die Gewerkschaftler sowohl auf lokaler  
wie centraler Seite einmal ernstlich die Frage erörtern, auf welche  
Weise das Störende und Trennende zwischen ihnen beseitigt werden  
kann.

Wir meinen, eine Einigung der beiden Organisationen ließe  
sich leicht erreichen, denn die Gründe, welche für die Trennung  
geltend gemacht werden, sind nicht so schwerwiegend, als daß sie  
die Einigung hindern könnten, wenn man auf beiden Seiten den  
ersten Willen hat, sich dauernd zu einigen. Die Streitigkeiten um  
die lokale oder centrale Form der Organisation, welche anfangs die  
feindlichen Kräfte schieden, sind schon seit Jahren erledigt, und  
lokalistischen im ursprünglichen Sinne des Wortes giebt es heute gar  
nicht mehr. Nun sagt Genosse Gohl, das Bestehen seiner Organi-  
sationsrichtung sei deshalb notwendig, weil die Verbände dem Grund-  
satz der Neutralität huldigen, und weil sie ihre Thätigkeit mehr dem  
Unterstützungswesen als dem gewerkschaftlichen Kampfe widmen.  
Demgegenüber müßte die sogenannte lokale Richtung das Princip  
des Massenkampfes in der Gewerkschaftsbewegung vertreten.

Wir wollen nicht untersuchen, ob der im Vorstehenden ausge-  
drückte und auch sonst öfter ausgesprochene Vorwurf der Versumpfung  
auf den einen oder andern der Verbände mit einem Schein von Recht  
angewandt werden kann. Allgemein trifft er nicht zu, und be-  
sonders nicht auf den Centralverband der Maurer. Die sich aus  
der Maurerverband in seinem Statut zur Politik stellen mag,  
nach seinen Handlungen beurteilt, ist er ohne Frage  
so weit politisch und in dem Sinne politisch, daß kein Massen-  
bewußter Arbeiter sich scheuen braucht, Mitglied dieses Verbandes  
zu sein. Wir erinnern nur daran, daß der Centralvorstand des  
Maurerverbandes den Stützpunkt der Gewerkschaftsbewegung mit der  
Worten schloß: die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften  
gehören zusammen. Wir können ferner konstatieren, daß dieser  
Gedanke auch in jeder Nummer des Verbandsorgans der Maurer  
zum Ausdruck kommt. Die lokalistischen Maurer haben jedenfalls  
keine Ursache, vor einer dauernden Vereinigung mit ihren centra-  
listischen Kollegen wegen der politischen Haltung der letzteren zu-  
rückzusicheren.

Wie bei den Maurern, so liegen die Verhältnisse in dieser Hin-  
sicht auch bei den andren Berufen, in denen heut noch zwei auf dem  
Boden des Massenkampfes stehende Organisationen vorhanden sind.  
Wenn auch die einen nach ihrem Status politisch neutral sein, die  
andern sich aber auch politisch betätigen wollen, so besteht doch  
gerade in dieser Beziehung, soweit die Thätigkeit in Frage  
kommt, kein Unterschied zwischen beiden Organisationen. Auch die  
Einwände, welche sich auf die Beeinträchtigung des gewerkschaftlichen  
Kampfes durch das Unterstützungswesen beziehen, treffen für den  
Maurerverband wenig zu, wie für alle übrigen Verbände,  
denen noch Organisationen der lokalen Richtung gegenüber stehen.

Wenn die Genossen, welche heut in der sogenannten lokalen  
Richtung organisiert sind, meinen, sie hätten die Aufgabe, die Ge-  
werkschaftsbewegung vor Versumpfung zu bewahren, dann könnten  
sie doch diese Aufgabe am besten dadurch erfüllen, daß sie sich mit  
den Verbänden, die doch die ausschlaggebende Mehrheit in der Ge-  
werkschaftsbewegung bilden, verschmelzen, und innerhalb der gemein-  
samen Organisation ihren Standpunkt zur Geltung bringen.  
So lange die Genossen der lokalen Richtung für sich bleiben, können  
sie doch keinen Einfluß auf die Haltung der viel stärkeren Ver-  
bände ausüben.

Von welcher Seite wir den Organisationsstreit auch betrachten,  
wir können nicht finden, daß der dauernden und festen Vereinigung  
beider gewerkschaftlichen Gruppen unüberwindliche Hindernisse ent-  
gegen stehen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die trennenden  
Schranken bei gutem Willen ohne weiteres beseitigt werden können,  
wir wünschen im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, daß dies  
geschehe, und daß der Zersplitterung der Massenbewegten Gewerks-  
chaftsbewegung ein Ende gemacht werde. Wir möchten deshalb den  
in Frage kommenden Gewerkschaften — und zwar nicht nur den  
Maurern, sondern allen Berufen, die noch in zwei verschiedene

Organisationen gespalten sind — empfehlen, sich zu verständigen über eine Form der Einigung, bei der die berechtigten Wünsche beider Teile berücksichtigt werden, und die für keine der beiden Seiten verlegend ist. Wir wissen wohl, daß solche Einigungsversuche schon früher verschiedene Male stattgefunden und kein Resultat gehabt haben. Vielleicht lag dieser Mißerfolg daran, daß bei den Verhandlungen zwischen den feindlichen Brüdern die alten Streitfragen die Gemüter aufs neue erhitzten und deshalb die Vereinigung vereitelt wurde. Jedenfalls wäre eher auf Erfolg zu rechnen, wenn die Ver-

treter der beiden Richtungen nicht unter sich, sondern unter Leitung einer an dem gewerkschaftlichen Organisationsstreit nicht beteiligten Seite, zu der beide Richtungen Vertrauen haben, verhandeln würden. Wir wünschen dringend, daß ein derartiger Versuch gemacht werde, und daß als Resultat desselben eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation zu Stande kommen möge. Wir wünschen das deshalb, weil die Thatsachen lehren, daß jede Zersplitterung der Arbeiterbewegung schädlich ist, während die einheitliche Organisation, welche möglichst alle Berufsgenossen umfaßt, und in der der Wille der Mehr-

heit nach demokratischen Grundsätzen zur Geltung kommt, einen festen Wall gegen die arbeitfeindlichen Tendenzen des Unternehmertums bildet. Mögen die Gewerkschaften, die heute noch gespalten sind, unsern Vorschlag beherzigen, die feindlichen Brüder die Streitfrage begraben und sich in christlichem Frieden zu dauernder Arbeit im Interesse ihrer Berufsgenossen und der gesamten Arbeiterbewegung einigen, ehe die bestehende Spaltung zu schwereren Schäden für beide Teile führt.  
Redaktion des „Vorwärts“.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, 15. Januar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Spernhaus.** Bajazet (Pagliacci).  
Cavalleria rusticana (Bauer-  
chöre).  
**Schauspielhaus.** Die Waise.  
**Neues Opern-Theater.** Lang-  
hollen von Mik Habara Tuncan.  
**Deutsches.** Sonnabend.  
**Berliner.** Mit Heibelberg.  
**Veitling.** Rosina Panna.  
**Neues.** Die Fliege.  
**Reichens.** Die beiden Schulen.  
**Thalia.** Seine Kleine.  
**Wetten.** Wiener Blut.  
**Central.** Madame Sherry.  
**Belle-Alliance-Theater.** Cupido u.  
Co. — Mit Telephon.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Kallner-Theater).  
Ein Ehrenwort.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt-  
Theater). Sappho.  
**Carl Weis.** Die Blüte des Bagno.  
**Zulien.** Der Barrer von Kirchfeld.  
**Metropol.** Neuestes! Allerneuestes!  
**Buntes.** System Kubert. — Theodor  
sucht Streichhölzer.  
**Reichens.** Kauf.  
**Trianon.** Die Liebeschance.  
**Palast.** Auf hoher See.  
**Casino.** Moderne Frauen.  
**Apollo.** Raffisch Hochzeit.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Sittlicher Sängers.  
**Steidl.** Steidl-Sänger.  
**Bassage-Theater.** Spezialitäten.  
**Bassage-Panoptikum.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstrasse 48/49.  
Das Land Tirol.  
Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. Schwahn:  
Vulkanismus der Erde.  
**Jubiläumstrasse 57/62.** Täglich  
geöffnet von 7—11 Uhr.

### Central-Theater

Heute u. folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr:  
**Madame Sherry.**  
Opérette in 3 Akten von Hugo Kelly.  
Hauptrolle: Das Lieb vom  
Dach der Mutter. — Der Heiser  
vom Dumbé. — Das Liebesduett am  
Klavier. — Liebesgötter. — Das  
Lieb von der Prospekt 1. Gasse. —  
Hou-la Catarina. — Das Omban-  
duett. — Das Lieb von der Boa. —  
Das Mädchen-Complet. — Das  
Kantel-Duett.  
Sonnabendnachmittag 4 Uhr,  
halbe Preise. Jed. Einwahl 1 Kind frei.  
**Schneeweißchen und Rosenrot.**  
Sonnabend, den 18. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr: Die Fledermaus.  
Abends 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

### Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.  
Zum 156. Male:  
**Seine Kleine.**  
Große Ausstattungsspiele mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten.  
Am 1. Akt: Ein Winterfest im  
Grünenfeld. Am 2. Akt: Haben Sie  
nicht den kleinen Sohn gesehen? (mit  
Guido Thieller). Am 3. Akt:  
Lebende Wachen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Dorf  
und Stadt.

### Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenbourg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Die beiden Schulen.**  
(Les deux Ecoles).  
Lustspiel in 4 Akten von M. Capus.  
Morgen und folgende Tage: Die  
beiden Schulen. Sonnabendnachm.  
3 Uhr: Sein Doppelgänger.

### Metropol-Theater.

Täglich:  
Der grösste Erfolg dieser Saison  
Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Roué in 5 Bildern von  
Julius Freund. Musik von  
Victor Holländer. In Szene  
gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.  
Gastspiel Julius Spielmann.  
Emil Thomas a. G. Henry Bender.  
Frid. Frid. Flora Siding. Hansi  
Reichensberg.  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Rauchen überall gestattet.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend, den 17. Januar 1903:  
J. Grosser  
**Metropol-Theater-Ball.**

### Belle-Alliance-Theater.

Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.  
**Am Telephon.**  
Drama in zwei Aufzügen.  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
**Cupido & Co.**  
Schauspiel mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Kallner-Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Ein Ehrenwort.**  
Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich  
Hartleben.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Renaissance.**  
**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Sappho.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz  
Grillparzer.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Renaissance.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. Schwahn:  
Vulkanismus der Erde.

## Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS**  
**Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
**Gr. Wilhelm Busch-**  
**Ausstellung**  
In Bildern mit plastischen  
Figuren.  
Zauberkünstler **F. Roberts.**  
Verschwinden einer Dame.  
Illusionssaal. — Germanensaal.  
Franz. Saal. — Kasparle-Theater.  
**Grosses Konzert.**

## Passage-Theater.

**Vorstellung.**  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
**Wochent. 5 Uhr.**  
Ende 11 Uhr.  
**Nur noch kurze Zeit:**  
Auguste  
**Adamovic**  
Nachmittags 7 Uhr.  
Abends 10 Uhr.  
**Willy Prager.**  
11 neue erstklass. Nummern.

## Luisen-Theater.

**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 10—2 Kaffe.  
Morgen: Die Cameliendame. Sonn-  
abend: Der Rattenkönig von Hameln.  
Sonnabend 3 Uhr: Die Anna-Lisa.  
8 Uhr: Die Cameliendame. Sonntag:  
Die Cameliendame.

## Casino-Theater.

Lothringers-Strasse 37.  
**Neu!** Franz Kern **Neu!**  
Amores — Gretchen Reimann u.  
Dazu mit neuer Witz. Ausstattung:  
**Moderne Frauen.**  
Großer Vacherfolg. Zeitigen Complots.  
Anf.: Sonntags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

## Trianon-Theater.

Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
**Die Liebeschaukel.**  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.

## Apollo-Theater.

Don 8—9 1/2 Uhr: Spezialitäten und  
mit seinen neuen  
brillanten Schlagern.  
Um  
9 1/2 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**  
Ausstattungs-Opérette v. Paul Lincke.  
Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Sonnabend, den 18. Januar, 3 Uhr  
nachmittags, zu ermäßigten Preisen:  
**Frau Luna.**

## Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

## Rausch.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Strasse 132.  
Durchschlagender Erfolg!  
Sensationelle Komödie!  
**Die Blüte des Bagno.**  
Schauspiel in 5 Akten (7 Bildern) nach  
dem Roman v. Gerou u. E. Gautier.  
Für das Carl Weiss-Theater eingerichtet  
und inszeniert von E. Ritterfeldt.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnabendnachmittag: Hünkel und  
Gretel. — Sonntagnachmittag: Die  
letzten Tage der Antillen.

## W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
**Robert und Gertram.**  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.  
Freitag: Extravortellung.

## Steidl-Theater

Umlen-  
thage 132.  **Stürmischer Lach-Erfolg!**  
**Familie Humbert**  
Ull-Komödie von Fritz Steidl.  
U. d. a. gänzlich neue Programm.  
Entrée 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.).  
Sperrk. 1 Mk., Tage 1,50 Mk.

## Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Regen-Palast.  
**Das phänomen. Januar-Programm.**  
Alles neu! Neu! Alles neu!  
8 1/2 Uhr. Neuzuspielung: 8 1/2 Uhr.

## Auf hoher See.

Lebensbild m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
The Atlantic, Kraft-Akt.  
Gebr. Bellong, großart. Refugio-Akt.  
Janey Manchenez, das med. Weltbild.  
The Holsons, eine Scene im Raffsch.  
Elsa Byron, Soubréten-Diva.  
Anfang: Sonntags 8, Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

## Bernhard-Rose-Theater-Ensemble

Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.  
Donnerstag, den 15. Januar 1903:  
**Flotte Weiber.**  
Große Posse mit Gesang in 4 Akten  
von Leon Tressow.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Tanz.

## Winter-Garten

**Volständig neues Programm:**  
**Tortajada** Spanische Tänzerin.  
Paul Conchas. „Im Bivouac“.  
Morton und Elliott, Excentrics.  
Wallino und Marinette, Tänzler.  
**Thomassons Wunder-Elefanten.**  
**Otto Reutter,** Humorist.  
**Das Border-vary-Trio.**  
**Adrienne Larive,** Pariser Sängerin.  
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.  
Ritchie Duo, Bicycle-Künstler.  
Die 7 Allisons, Akrobaten.  
„Das Mädchen mit dem  
goldenen Haar“.  
Eine Vision.  
**Pariser Luft,** Ballett.  
„Die Reise in den Mond“,  
Biographische Bilder.

## Cirkus Schumann

Donnerstag, den 15. Januar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. ausserordentl. Galavortellung**  
zum Besten der Sammlungen für  
die Ausbildung v. Mitgliedern der  
Sanitätskolonne vom Roten Kreuz  
als freiwillige Krankenpfleger  
z. Hd. des Central-Komitees des  
Preussischen Landesvereins vom  
Roten Kreuz.  
**Riesen-Elite-Programm.**  
12 Nummern  
und die grösste Sensation  
**Looping the Loop**  
sowie die Perle aller Pantomimen  
**Die lustigen Heidelberger.**  
Sonnabendnachmittag die reizende  
Pantomime  
**Pierrots Weihnachten.**  
**Königstadt-Casino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanders!  
Täglich erstl. Spezialitäten-  
Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend  
und Sonntag Tanzkränzen.  
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

## Achtung, Mühlenarbeiter!

Sonntag, den 18. d. Mis., nachmittags 3 Uhr, im Englischen  
Garten, Alexanderstrasse 27c (großer Saal):  
**Oeffentl. Mühlenarbeiter-Versammlung.**  
Tagesordnung: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit im  
Müllergewerbe, Referent: Kollege **Barfels-Lübeck.**  
Stein Müller, Mühlenarbeiter etc., gleichwohl, wo er zur Zeit beschäftigt ist,  
dort fehlen. 15225\*

## Männer-Vortrag

morgen Freitag, ab. 8 1/2 Uhr, Arminhallen, Kommandantenstr. 20.  
1. Die neue Therapie der chronischen Gonorrhoe,  
2. Körperformen-Veränderung durch Männerleiden,  
erklärt an großen Lichtbildern vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann.**  
Kur-Heilanstalt Adynderstr. 72. Sprechst. 11—2, 6—8, Sonntags 10—12.

## Neue Freie Volksbühne.

Die häufige ordentliche Vereinsvorstellung findet für die  
**II. Abteilung am Sonntag, den 18. Januar**  
**III. Abteilung „ 25.**  
nachmittags pünktlich 4 1/2 Uhr im **Belle-Alliance-Theater** statt.  
Zur Ausführung gelangt:  
**Schlagende Wetter.**  
Soziales Drama von Eugenie Ilesse Gracie.  
Mitglieder zur III. Abteilung werden noch in allen Zahlstellen auf-  
genommen. Das Einschreibegeld beträgt 50 Pf., der Monatsbeitrag inkl.  
Vereinschrift 75 Pf.

## Jugendfreunde.

Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr,  
im **Schiller-Theater O.** (Kallner-Theater): **Extravortellung:**  
**Jugendfreunde.**  
Lustspiel in vier Akten von Ludwig Fulda.  
Karten für Mitglieder a 75 Pf., für Gäste a 90 Pf. sind in den Zahl-  
stellen von H. Bobbin, Kommandantenstr. 62, S. Becker, Geyersdammstr. 9,  
D. Raubold, Wangenstraße 52, S. Hirsch, Rattenstraße 3, sowie beim  
Kassierer zu haben. 1502  
Der Vorstand: **A. A. Meier, Neff, Kaffner, Georgenstraße 22, u. III.**

## Freie Volksbühne.

Sonntag, 18. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Metropol-Theater.**  
1/2 Abteilung:  
**L'intruse** (Der Eindringling)  
von Maurice Maeterlinck.  
**Der Kammerjäger** von  
Frank Wedekind.  
**Litteratur** von A. Schnitzler.  
Das Bühnenheft wird von heute ab in den  
Zahlstellen bei der Beitragszahlung unentgeltlich an die  
Mitglieder verabfolgt.  
Der Theaterzettel mit dem Personenverzeichnis  
wird im Theater ausgegeben.  
2252

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonnabend den 17. Januar 1903  
findet in **Scherachs Festsälen, Mühlendammstr. 45,** ein  
**großer Wiener Maskenball**  
statt, wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins  
freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.  
Um 12 Uhr: **Demaskierung.** Nach derselben: **Große Kaffeehaus-**  
Entréearten sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern  
zu haben: **Reich, Jochenstr. 22, I. St. 2 Tr. Liebermann, Reine Kömigerstr. 18,**  
**Ort, Waldemarstr. 49 part. Petermann, Reindendorferstr. 6, 4 Tr.**  
**Nahn, Uebelstr. 13, Luerig, 3 Tr. Hagenstein, Solmsstr. 21, St. 3 Tr.**  
**Road, Kumpstr. 22, Luerig, 2 Tr. Sanzow, Eberwaldstr. 16, r. St.**  
**2 Tr. Jun, Schreinerstr. 50, 2. Aufg. 4 Tr. Außerdem bei den Mit-**  
**gliedern Herren Bandelow, Langestr. 13, im Restaurant, und Brünzel,**  
**Höllnackerstr. 31, St. 3 Tr. 2532**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende? Abendkasse findet nicht statt.  
**Das Komitee. S. H. August Klebb, Jochenstr. 22.**

## Cirkus Busch.

Donnerstag, den 15. Januar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Dahomey.**  
Elefanten-Jagd, Elefanten und  
Pferd und Seelöwen, grossartige  
Dressuren.

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sängers.**  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Tageslosse 11—1 1/2 Uhr.  
  


## Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sängers.**  
Einmalige  
Donnerstags-Aufführung:  
**Die Fikertpater.**  
Neu! Gräberberg! Neu!  
Sensationsparade:  
**De Lup in de Lupt.**  
**Honig!** Unerfälscht. Deutscher  
Bienenhonig, best. Qualität,  
per die 10 Pfunddose zu 7,00 Mk., 5 Pfund,  
4,00 Mk. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-  
Auguststr. 11, Döbeng.**

## Freie Vereinigung der Bleigläser

und Glasmaier etc.  
Am 11. Januar, verschied nach  
kurzem Krankenlager unser Kollege,  
der Bleigläser

## Paul Grasnick

im noch nicht vollendeten 21. Lebens-  
jahre.  
Derselbe war stets ein treuer,  
opferwilliger Kollege. Wir werden  
sein Andenken in Ehren halten!  
Die Beerdigung findet heute,  
Donnerstag, den 15., nachmittags  
1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Neuen Lusten-Straßhofes, Färber-  
brenner Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
wir.  
Der Vorstand.

## Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 13. Januar,  
starb nach langem, schweren Leiden  
unsere geliebte Frau, Mutter und  
Schwägerin  
1621b

## Anna Jäger.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 16. d. Mis., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der Hens-Gemeinde, Nieder-  
Schönhaufen-Kordens, aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Carl Jäger** nebst Kindern.

## Danksagung.

Allen denjenigen, die bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes und  
unseres Vater- teilgenommen haben,  
insbesondere dem Ehe- und dem Personal  
der Firma Hofe u. Stern, dem Verein  
der „Propheten-Brüder“, Gasth. 7,  
sowie allen Verwandten und Freunden  
hiermit meinen besten Dank. 1534b

## Wwe. Mathilde Neye

nebst Kindern.  
Meine seit zwei Jahren eingestellte,  
bis dahin acht Jahre betriebene  
**Positivlini- und Ambulatorium.**  
**Schneckerstr. 111** (an Invalidenstrasse)  
wieder eröffnet. Wochentags 2—3  
Privatprechst. ebenfalls unverändert.

## Dr. Zepier, Frauenarzt.

Privatwobg., Sailerstr. 16. Telephon.  
**lumen- und 2102**  
**Kranzbinderei**  
**Richard Engelke,**  
Reichenherger-Strasse 164,  
Ecke Mariannenstr.  
Spezialität: **Vereinskränze.**

## Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Wochentags:  
5 Künstler-5  
Kapellen  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.

## Möbel-Fabrik Nord-Ost.

Eingetrag. Genossenschaft m. beschr. H.  
Sonnabend, den 31. Januar,  
abends 6 Uhr,  
im Geschäfts-Hotel, Alsterstr. 70:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bilanz, 2. Wahl des Vorstandes  
und Aufsichtsrates, 3. Geschäftsbericht,  
1533b  
**Der Vorstand.**  
Schredder, Quetzsch.  
Wir machen darauf aufmerksam,  
daß die B. I. d. N. den Genossen in  
unserm Comp. H., Alsterstr. 70, zur  
Einheit aussteht.

## Hans Kayser

SO., Kiehlholzstrasse, Platz 9,  
empfiehlt sein grosses Lager in  
**Brennmaterialien**  
zu billigsten Preisen. L\*

## Masken-Garderobe

von 2718\*  
**Carl Ernst,**  
Adynderstr. 124, 1 Tr.  
Grösste Auswahl!  
Billigste Preise!  
Vorzeige dieser Annonce er-  
hält 10% Preisermäßigung.  
**Kunststopferei**  
von 2952\*  
**Fran Kokosky,**  
Steinmetzstr. 48, Cuzgeb. hochpar.

# Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung)  
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

## Extra-Preise

**Donnerstag**  
**Freitag**  
**Sonnabend:**

## Schuhwaren

### Ball-Schuhe für Damen

Salonschuhe	Gemeiner mit Lederfutter	2.40 Mk.
Lackschuhe		3.10 Mk.
Lackschuhe	mit Lederfutter und Spange	4.45 Mk.
Weisse Glacéschuhe	Lederfutter	2.70 Mk.
Weisse Glacéschuhe	mit Spange	3.85 Mk.

### Damen-Stiefel

Knopfstiefel	Fohlenleder	8.10 Mk.
Knopf- od. Schnürstiefel		
genarbt. Kalbleder		8.75 Mk.
Box-Calfleder		10 Mk.
Lackbesatz-Stiefel		10.80 Mk.

### Herren-Stiefel

Zugstiefel	Wildrosleder	9 Mk.
Zugstiefel	Box-Calfleder	11.25 Mk.
Zugstiefel	Wichskalbleder	12.40 Mk.
Schnürstiefel	Wildrosleder	9.75 Mk.
Schnürstiefel	Box-Calfleder	11.25 Mk.
Schnürstiefel	Wichskalbleder	12.40 Mk.

**Gummischuhe** Kinder 1.40 u. 1.75 Damen 1.90 Herren 3.20 Mk.

## Damenstrümpfe Kinderstrümpfe

reine Wolle, gestrickt 70 Pf., reine Wolle, gewebt 1.05, reine Wolle, schwarz, 1x1 gestrickt

Kinder	Damen	Herren
1-2	3-4	5-6
35	42	50
42	50	55
50	55	60
55	60	70
60	70	75
70	75	80
75	80	90
80	90	95
90	95	

Herrensocken meliert, stark gestrickt 42, engl. Fabrikat 60, Schweißsocken, meliert gewebt, engl. 60 Pf.

**Vorwärts-Buchhandlung**  
Lindenstr. 69.

**Reclams Universal-Bibliothek.**  
Jede Nummer 20 Pf.  
Enthält Gedichte, Dramen, Romane und Erzählungen der besten deutschen und ausländischen Dichter (in Übersetzung), ferner Fortsetzungen der Weltgeschichte usw. Leichter zu lesen, gutes Papier.  
Erschienen sind ca. 4400 Nummern. Alle Nummern sind vorrätig! Kataloge sind bei uns gratis zu haben.

**Culmbacher,**  
echt, a. d. ersten Altien-Francoeur  
Culmb., Bayern, nur erste  
Qualität (ärztlich empf.) 90 Fl. 3.00  
Tafel-Malzbiere (ärztlich empf.) 90 Fl. 2.50  
Deutsch Vortier . . . 16 3.00  
Gut Wähler . . . 20 3.00  
Zehntheil Würzen . . . 36 3.00  
Zehntheil Bierland . . . 33 3.00  
Zehntheil ff. . . 40 3.00  
H. Bleich, Bierkellerer,  
43 Trebbenerstr. 43.

**Café Schurig,**  
Oranien-Str. 144  
dicht am Moritzplatz.  
Steffe 10 u. 15; Bier 10 Pf.  
Bis spät a. Stunde 49 Pf.  
Gr. Ausw. v. Zeitungen,  
modernen Zeitschriften und  
Journale. [1904]

**Die Zollvorlage.**  
Wahl-Komödie in zwei Akten von J. F. A. Volkmann.  
Kompl. 15 Bücher (mit Vereinstauschrecht) 6.75 Mk. (Borte 30 Pf.)  
Einzelpreis: 1 M. (Borte 5 Pf.)  
H. Hoffmanns Verlag, Blumenstrasse 14.  
Theater-Katalog (auf Wunsch) gratis und franco. [1905]

**Englischer Hof, Neue Rossstr. 3.**  
Säle in Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen.  
Große und kleine Vereinszimmer und Kegelbahn. [1905]

Verantwortlicher Redakteur: Carl Feid in Berlin. Für den Informaten verantwortlich: Th. Stoltz in Berlin. Druck und Verlag: Conrad's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Ziehung 3. und 4. Februar 1903.  
**Geld-Lotterie**  
Weimar  
Lose 3 M. Porto u. Liste 30 Pf.  
173 000 Lose.  
4840 Gewinne im Betrage von Mark

**190 000**  
**60 000**  
**30 000**  
**10 000**

2 à 5 000 = 10 000  
5 à 2 000 = 10 000  
10 à 1 000 = 10 000  
10 à 500 = 5 000  
20 à 300 = 6 000  
30 à 200 = 6 000  
60 à 100 = 6 000  
200 à 30 = 6 000  
1000 à 10 = 10 000  
3500 à 6 = 21 000  
und 50 Gemälde 15 000  
Lose versendet d. General-Debit  
**Lud. Müller & Co.,**  
Berlin, Breitestr. 5.  
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

**Rob-Tabak** 290 Pf.  
**Max Jacoby,** Steintorstr. 52.

**Heute Donnerstag:**  
Beginn des  
**Sonder-Verkaufs**  
der bei meiner diesjährigen  
**Inventur-Aufnahme**  
zurückgesetzten Waren  
(Teppiche, Portieren, Gardinen  
etc.)  
zu beispiellos billigen  
**Ausnahme-Preisen.**  
Teppich-Special-Haus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158.  
Dieser Inventur-Verkauf  
findet nur **einmal** jährlich  
bei mir statt. 368 L.

**Alle Gummiwaren!**

Irrigatorbecher . . . 0.45  
do. Emalle u. . . 0.65  
Irrigatoren kompl. 0.90  
Gr. Unterlagen, rot,  
grau . . . 0.50  
Büchlein, Ostloch  
I. Bismarckianen  
Meter . . . 1.80  
Inhalations-Apparate . . . 1.25  
Stechbecken u. . . 1.80  
Damenbinden Tab. . . 0.50  
Zinnspritzen mit ged. Rohr . . . 2.70  
Auf Wunsch weißl. Bedienung.  
Reinigungsborsten  
krake 36b.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41.  
Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.  
Wein- u. Bierflaschen fault und  
Kollinsky, Krautstraße 35.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten  
mein **Weisse-Bayrischbier** und  
**gr. Speisegeschäft.** Reich-  
haltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag-  
essen mit Bier 50 Pf. (so wie Abendessen à la  
carte von 30 Pf. an. 2 Personen) immer  
mit Klavier für 20-50 Personen.  
**H. Stramm, Reit., Ritterstr. 123.**

**3 Ziehung 1. Klasse 208. Reg. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung am 14. Januar 1903.  
Aus 16 Gewinnen über 60 Mk. und den Schlusszahlen  
Wannern in Blau und Gelb.  
„Drei“ Gewinne.  
Gewinnverteilung:

111 281 403 02 500 83 872 915 1048 02 119 220	110187 258 28 407 611 88 738 847 111086 110
358 73 405 05 534 635 2178 584 002 54 331 41 987	119002 404 8 673 738 53 824 62 114007 08 107
3003 136 11001 08 290 374 656 4388 472 581 13201	50 53 251 383 486 675 706 983 115143 702 70 70
70 785 384 975 5689 262 64 61 588 809 6340 487	116367 533 69 91 920 49 117283 77 211 60 72 509
631 56 711 37 7035 63 111 213 591 13 646 838 011	584 11001 405 717 531 110013 70 211 60 72 509
8064 1100 420 770 815 501 9030 300 423 75 561	
788 11001	
10163 319 40 413 622 55 91 97 11230 334 474	120230 04 308 482 121034 120 207 403 11007
775 822 35 827 12160 11001 53 62 401 612 714	608 849 80 04 11001 900 91 122330 509 11501 820
94 13108 288 372 410 636 718 89 14064 238 444	123026 115 218 325 475 505 124012 60 214 456
73 584 89 15081 161 15001 63 11001 85 449 11001	60 77 11001 808 989 125057 76 126090 273 89
606 77 785 68 818 99 905 16036 77 93 247 71 318	310 44 083 755 127027 63 208 68 62 457 90 128021
30 413 78 79 015 23 010 998 17028 125 207 308 484	77 280 459 517 828 913 31 129075 312 61 508
531 41 700 63 98 18002 24 50 198 515 64 11001	
950 97 19289 237	
20013 191 258 330 90 643 729 84 21106 422 332	130068 814 074 132075 216 41 487 570 699 827 947
677 865 922 22444 640 23120 207 65 377 484	133008 102 384 477 210 54 880 134094 907 135058
11201 561 621 77 04 24004 22 37 13001 104 80 853	333 37 34 407 680 718 63 136038 158 76 402 624
920 25851 38 26037 137 262 46 306 404 685 734	79 814 902 137161 235 334 328 541 622 97 138000
55 71 802 940 42 11001 27186 40 500 11001 630	53 148 244 90 95 444 75 621 68 749 831 130211 10
724 28100 500 648 63 734 51 29170 452 570 699	347 423 43 12001 894 926 44 53
751 11001	
300268 216 470 672 736 877 31029 96 185 212	140115 277 497 622 34 875 642 141102 295
357 482 342 49 75 717 50 32100 69 202 326 87	514 990 142141 240 450 22 508 53 664 711 68 81
437 729 33084 104 350 425 682 759 879 34462	97 937 143400 11001 562 661 73 983 144285 642
652 858 988 35045 78 101 72 78 275 370 718 852	04 832 145072 486 328 29 834 146171 518 147047
930 88 36143 63 490 500 889 37212 533 758 459	125 218 50 448 83 682 774 11001 621 148143 263
38065 111 246 352 510 250 630 63 925 49 73 39124	70 480 62 681 726 60 76 905 149143 42
31 95 353 68 815 73	
40255 88 880 810 41135 402 839 770 887 42151	150141 235 42 427 557 68 600 945 151023 236
322 11001 891 885 030 43000 185 351 328 688 888	810 960 152223 488 692 04 737 004 153127 386
44016 227 81 11001 470 532 649 716 82 823 45078	320 804 30000 975 92 154046 231 462 514 17
86 108 94 294 347 678 820 921 11001 46087 137	98 612 856 155070 92 224 828 150017 38 47 107
76 211 383 429 543 50 940 71 47028 116 433 753	11001 248 341 407 157121 11001 83 300 533 71 91
11001 94 11001 48150 33 221 11501 88 843 84 728	783 158144 240 78 900 815 47 047 159100 62 65
489 915 63 49128 360 89 413 36 11001 91 671 708	92 250 93 360 739 11001 064
834 85 655	
50089 192 87 94 357 429 635 736 37 62 882	160089 321 620 81 701 161446 524 832 162032
51083 479 685 674 745 832 917 52202 629 729 837	89 272 324 38 47 415 586 670 89 163060 267 454 515
43 980 53020 158 223 344 83 924 54122 32 256	799 837 49 184186 253 80 319 47 545 730 746 48
748 582 2001 910 55024 11501 97 225 460 101 762	854 165026 30 213 330 11501 58 88 930 95 775 11001
56066 75 267 99 431 656 646 727 846 90 917 57079	854 11001 166010 125 47 229 441 624 38 719 42 12001
104 239 381 456 717 950 58076 87 402 7 562 717	44 828 167023 199 211 351 473 707 28 168056
59009 579 830 43	146 84 633 169331 46 78 600 91 729 78 90 808 45 60
60137 338 412 520 64 11001 64 640 980 61134	170080 210 227 628 703 683 171115 79 637 870
38 258 79 87 849 93 893 83 1191 63225 69211	904 11501 172219 319 84 727 66 173384 774
314 518 29 689 67 890 93 892 64124 13001 258 467	174048 112 392 516 35 56 825 941 175200 549 840
348 55 68 781 869 65235 42 346 400 535 65 743	370 11001 176486 04 704 571 11001 250 11501 72
600 61 66033 77 325 549 62 630 67189 443 58 823	177010 36 277 338 509 701 19 519 13001 31 624 56
735 42 12001 925 68044 141 71 1191 328 39 11001	178306 904 179099 11001 164 417 734 73
420 28 821 690 96 923 69041 122 23 74 595 11501	180056 127 37 284 350 451 181292 345 479 695
604 769 885 11501	603 182197 47 63 345 800 036 38 77 183006 127
70113 627 761 827 77 71046 64 267 40 386	32 221 854 184060 69 337 92 798 185077 163 478
453 72 885 603 110000 892 869 72075 113 810	263 96 99 903 34 705 933 186125 484 699 777 187087
328 729 87 849 93 893 83 1191 63225 69211	288 86 77 809 11 11501 445 500 67 030 188241 373 619
77 693 972 82059 61 168 245 504 701 804 23 917	715 831 189045 80 170 525 62 785 837 965
8 73 83197 293 267 73 441 52 83 622 81 84359	190146 300 191139 332 783 192006 160 321
791 985 85016 254 630 68 531 57 629 81623 141	401 623 78 602 822 44 193088 132 63 74 842 916
294 528 67091 189 286 638 021 96 18071 133 279	104048 137 64 73 403 36 624 28 833 195146 597
618 97 89014 41 174 294 80 819 22 555 714 41 61	745 83 895 196151 61 63 88 240 11001 371 510 16
100 930 90 82213 41 11001 842 93113 399 622	34 633 941 197329 596 41 11001 661 918 198233
711 210 94013 217 314 476 738 11001 874 95119	553 659 739 830 67 199054 102 575 500 04
238 241 96001 11001 188 298 418 624 437 781 04	200044 300 515 44 77 885 883 11001 201170
110 110 682 91239 990 829 91 98417 112 212	724 202080 38 64 880 203161 629 733 043
88 383 457 1501 980 09098 226 336 48 88 1001 624	204013 130 217 80 314 48 046 720 58 205047 53 592
100357 82 11001 820 742 811 101181 391 445	851 208163 336 72 476 586 777 11001 84 808 207070
79 102148 418 103156 290 221 458 72 87 910	215 368 478 277 12001 29 72 894 208082 276 63 671
11001 104070 145 227 33 482 570 002 63 735 010	709 946 13001 209123 20 45 371 625 84
105311 416 63 414 96 106128 295 838 67 918	210036 263 585 704 908 68 211070 372 398
107641 228 82 627 75 695 72 822 108502 21 628	283 461 626 758 63 150001 822 36 99 214046 95
98 78 80 886 901 109257 414 069	358 480 89 663 215287 89 110001 390 904 836 923

Die Ziehung der 2. Klasse der Reg. Preuss. Lotterie  
am 13., 14. u. 15. Februar 1903.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Gewerkschaften und Vereine werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in Berlin und den Vororten Volkerversammlungen stattfinden, in welchen die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten über die Annahme des Wuchertarifs und die Rechtsbrüche der Reichstags-Wehrheit sprechen werden.

Die Vertrauensleute von Berlin.

Zur Lokal-Liste. Die Parteigenossen werden ersucht, von untenstehender Notiz Kenntnis zu nehmen und zu beachten: Berlin O. Das Lokal von Fritz Kienitz, Gr. Frankfurterstr. 133, steht der Arbeiterkraft zu Versammlungen u. zur Verfügung. — Adlershof. Nach langen Kämpfen haben wir es endlich erreicht, daß der Arbeiterkraft am Ort wieder zwei Lokale zur Verfügung stehen. Es sind dies die Säle von Arthur Pan, Bismarckstr. 10, und Oskar Willems, Bismarckstr. 24.

Häufiger Wahlkreis. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Dr. Friedberg im Alten Säulenhause, Linienstr. 5, über das Thema: Welche Wahlmittel besitzt das Proletariat zur Überwindung der heutigen Klassenherrschaft. Gäste erwünscht. Außerdem sind in dieser Versammlung die nicht verkauften Urania-Billets an den Kassierer zurückzugeben, da solche sonst als behalten gelten. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Adlershof. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß der monatliche Beitrag vom 1. Januar d. J. ab 25 Pf. beträgt. Der Vorstand.

Lokales.

Ein bedauerlicher Vorfall im Rummelsburger Waisenhaus kam in der letzten Sitzung der Waisenhaus-Deputation zur Erörterung. Am zweiten Weihnachtstage begab sich der Arbeiter P. M. nach Rummelsburg, um dort sein in Waisenpflege befindliches Kind zu besuchen. Da machte ihm dort die Verwaltung die Mitteilung, daß das Kind bereits am 12. Dezember gestorben sei!

Als der Arbeiter P. M. von dieser gräßlichen Vernachlässigung aller humanen Pflichten seitens der Rummelsburger Verwaltung erfuhr, begab er sich zu einem seiner Stadtvorordneten; dieser legte sofort bei der Direktion der städtischen Waisenverwaltung, Stadtrat v. Friedberg, Beschwerde ein und wies namentlich darauf hin, daß die Adresse des Vaters jenes Kindes der Waisenhaus-Verwaltung bekannt sein mußte, da sie noch vor einigen Monaten den Tauschein des Kindes vom Vater verlangt und erhalten hatte — seit jener Zeit hatte dieser seine Wohnung nicht geändert.

Stadtrat v. Friedberg stellte durch Nachfragen fest, daß alle diese Angaben vollkommen zutreffen, und rieth sofort an den Vater des Kindes ein Schreiben, in dem er ihm wegen dieses auch die Direktion peinlich berührenden Vorkommnisses sein Bedauern aussprach. Zu der letzten Sitzung der Waisenhaus-Deputation hatte Stadtrat v. Friedberg den Direktor des Rummelsburger Waisenhauses vorgeladen und stellte ihm sehr energisch wegen dieser groben Nachlässigkeit zur Rede. Außerdem teilte er mit, daß zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse an alle Waisenverwaltungen die Verfügung ergangen sei, daß jeder Todesfall in Rummelsburg sofort telephonisch und brieflich der Centraldirektion gemeldet werde.

Hoffentlich wird diese Verfügung auf das strengste durchgeführt und auch bei ernstlichen Erkrankungen der Waisenkinder den Angehörigen sofort Mitteilung gemacht.

Pastor Niemann, mit dessen immer noch geheimnisvoller Nord-Verwandlung wir uns dieser Tage zu beschäftigen hatten, scheint ein Herz mit etwas seltsamen Gespinnstgeheimnissen zu sein. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der Geistliche die Pflicht habe, über die dunkle Angelegenheit, die er bei der Verdringung des Gastwirts Althä berührte, der übertrassen und beunruhigten Öffentlichkeit Auskunft zu geben. Dies ist bisher nicht geschehen; auch haben die Zeitungen, die ziemlich übereinstimmend die in Betracht kommende Stelle aus der Grabrede in dem von uns mitgeteilten Wortlaut wiedergegeben haben, unseres Wissens bis jetzt noch keine bestätigende oder aufklärende Mitteilung erhalten. Doch geht man wohl, wenn man aus diesem passiven Verhalten den Schluß zieht, daß der Herr Archidiaconus sich partout vorgenommen habe, sein Geheimnis für sich zu bewahren und seine Mitmenschen ein für allemal über die Verdringung im unklaren zu lassen. Herr Niemann hat gesprochen, allerdings an einem Orte, wo die wenigsten unserer Leser es vernommen werden. Berechnete hielt der Geistliche Konfirmations- und ab. Er ließ die ihm zum Zweck geistlicher Vorbereitung überantworteten Kinder aufstehen und fragte sie, in welchem Hause der „Vorwärts“ gelesen werde. Zwei Jungen meldeten sich. Nachdem der Pastor mit ansehender Befriedigung dies Resultat seiner, mit dem Religionsunterricht wohl nur sehr lose zusammenhängenden Nachfrage konstatiert hatte, sagte er zu den Kindern, er dürfe aus dem festgestellten Ergebnis wohl als Thatsache hinhinnehmen, daß die Mitteilungen, die der „Vorwärts“ dieser Tage über ihn verbreitet habe, unter den Konfirmanten und deren Eltern bis jetzt kaum bekannt geworden seien. Das sei auch gut so. Auf das, was der „Vorwärts“ geschrieben habe, werde er nicht antworten, denn die ganze Sache sei falsch aufgefaßt worden. Damit durften die Konfirmanten sich wieder setzen.

Es wird wohl nur wenige Leute geben, die ausgerechnet die Konfirmationsstunden für die geeignete Gelegenheit halten, sich über die Angelegenheit Althä zu äußern. Herr Pastor Niemann hätte länger und richtiger gehandelt, wenn er die unwilligen Kinder nicht mit seiner wunderlichen Sache beschäftigt und dafür der Presse einige aufklärende Mitteilungen gegeben hätte. Das wäre um so mehr am Platze gewesen, als, wie gesagt, alle bürgerlichen Blätter, von der „Staatsbürger-Zeitung“ bis zum „Tageblatt“, die die Öffentlichkeit beunruhigende Stelle an der Grabrede in dem von uns ab-

gedruckten Wortlaut wiedergegeben haben. Herr Niemann vergäbe sich durchaus nichts, wenn er jetzt noch mit einer aufklärenden oder berichtenden Mitteilung herantretete. Solange das nicht geschieht, wird man es der Berliner Bevölkerung nicht verdenken können, wenn sie sich mit der „Nordberliner-Zeitung“ weiter in einer Weise beschäftigt, bei der der Herr Pastor nicht gerade zum Besten abschneidet.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, welchem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich gestern nachmittag in der Goltzstraße in Schöneberg zugetragen. Die 10-jährige Arbeiterin Luise Trepoto, die bei ihren Eltern in der Goltzstraße 9 wohnte, hatte gestern nachmittag gegen 1/4 Uhr eine Besorgung für das Geschäft, in dem sie angestellt war, zu erledigen, war jedoch auf dem Wege etwas aufgehalten worden. Um die verkaufte Zeit wieder einzuholen, ging sie eilig die Straße entlang und wollte vor dem Hause Goltzstr. 38 den Fahrradweg überqueren. In derselben Zeit kam der Straßenbahnwagen Nr. 36 der Linie I (Zinsstraße—Steglitz) der westlichen Vorortbahn herangelaufen. Das junge Mädchen verlor, um keine Zeit zu verlieren, noch unmittelbar vor dem in voller Fahrt befindlichen Motorwagen das Geleise zu überschreiten. Sie hatte jedoch die Entfernung falsch bemessen, und da der Wagenführer, trotz der Anwendung der Bremsen, das schwere Gefährt nicht zum Stehen bringen konnte, wurde die L. von der Vorderplattform erfasst und in Boden geschleudert. Die Verunglückte geriet unter die Vorderplattform und blieb vor dem Schürhaken liegen. Die Kleidung des Mädchens hatte sich in der Bremsvorrichtung festgewickelt, so daß der Wagen hochgehoben werden mußte. Man zog die L. jedoch als Leiche hervor. Sie hatte eine Zertrümmerung des Schädels erlitten, wodurch der Tod auf der Stelle herbeigeführt wurde. Die Leiche wurde nach der elterlichen Wohnung geschafft.

Verleumdung edler Wohlthätigkeitsfreies. Kürzlich ist die Baronin v. Cohn-Doppenheim gestorben. Die Dame, deren Mann Hofbankier Wilhelm I. war, soll ein Vermögen von 60 Millionen Mark hinterlassen haben. In ihrem Testament hat die Baronin neben wohlthätigen Stiftungen und Synagogen auch Kaiser Wilhelm II. mit 2 Millionen Mark bedacht. Auf die Erbin, die so einwandlos ihre gute Gesinnung bekundet hat, ist die „Staatsbürger-Zeitung“ sehr sarkastisch zu sprechen. Das Pädler-Wort schreibt:

Unser Erachtens hätten die Freunde der Julie v. Oppenheim besser, von ihrer Wohlthätigkeit nicht so viel Aufhebens zu machen. Von woher sind denn jene sechs Millionen Mark gekommen, die der Vater ihr vermacht hat? Vom Himmel sind sie nicht gefallen und ererbelt hat sie der Deutscher Hofbankier auch nicht. Durch Börsenspekulationen aller Art ist das Geld den schaffenden Ständen des deutschen Volkes entzogen und in die Geldtöpfe des jüdischen Barons geleitet worden. Wenn jemand von den auf diese Weise zusammengekauften Millionen einige Pfennige zu Wohlthätigkeitszwecken abgibt, so ist das von edlem Wohlthätersinn überhaupt nicht zu sprechen.

Die staatsverhaltenden Elemente, welche den in Nr. 203 v. J. von uns erwähnten Jettungsstreit begründet und die „Staatsbürger-Zeitung“ ungläubig darin aufgenommen haben, werden ob der begerlichen, direkt gegen den Bestand der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Tendenz, die hier abgedruckten Artikel sehr betreten sein. Schärfer hat die Sozialdemokratie ja kaum die Krampfigen Wohlthätigkeits-Moskaten verurteilt.

Immer noch der Alkohol. Eine Verschärfung des Alkoholvertrages durch Ausdehnung des Verbots auf die Ringhüter ist gestern von einer Versammlung der Berliner Milchwändler beschlossen worden. Es wurde mitgeteilt, daß die Milchwändler einen großen Teil der unverkauften Milch zu Butter verarbeiten und durch eine Firma vertreiben läßt, welche vielfach Milchwändler zu ihren Abnehmern zählt. Nach lebhafter Debatte verpflichteten sich die Vereinsmitglieder den Vorstoß auf die Ringhüter auszuheben, nur vor solchen Geschäften Butter zu beziehen, die mit der Milchwändler in keinerlei Verbindung stehen und beim Einkauf von Butter genaue Erkundigungen über deren Herkunft einzuziehen. Ein Mitglied des Vereins Berliner Milchwändler, der namenslos die Milch von der Centrale bezogen und damit gegen die Vereinsbestimmungen verstoßen hat, wurde ausgeschlossen. Gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Milchwändler ist, nach Mitteilungen des Vereinspräsidenten, Rechtsanwalt Dr. Hjalow, die Anfechtung eingeleitet. Die Kläger (zwei angehende Genossenschaftler und ein Bauerntugendliebhaber) bestritten besonders die Gültigkeit der erteilten Entlassung, sowie der Wiederwahl der Herren Ring-Düffel und Granenitz. Es soll eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob der Vorstand der Milchwändler berechtigt war, den legitimierten Vertreter eines Mitgliedes aus dem Saale zu weisen. Andererseits wurde auch von einer Ausnahme der Milchwändler gegen die von ihr abgefallenen Milchwändler berichtet. Die Centrale soll einige Milchwändler, welche die Verbindung mit ihr abbrechen, aber es unterlassen, ihre Milchkannen zurückzugeben, wegen Unterjochung angeklagt haben. Alle diese Verhandlungen beweisen, daß der Alkoholvertrag, von dem man in den letzten Wochen nur wenig gehört hatte, keineswegs erloschen sei, sondern daß die Dampfmaschine beiderseitig fortzuwandere.

Zur Andoherung einer Reform des Gasthauswesens im abstimmen-terlichen Sinne waren gestern im Architekturhaus eine Anzahl Herren versammelt, die sich vor Jahresfrist zu einem Deutschen Verein für Gasthausreform zusammengelassen haben. Die Versammelten erklärten sich dagegen, daß Private ständig Konzessionen zum Ausdank geistiger Getränke erhalten. Man wolle die Gasthäuser möglichst gemeinnützigen Gesellschaften übergeben, die von Stadterwaltung und Regierung genehmigt werden müßten. Die Teilhaber besonnenen Jinsen, Birie und Verkäufer festes Gehalt und einen Gewinnanteil von Speise und von alkoholfreien Getränken. Im übrigen sollen alkoholfreie Getränke noch nicht völlig ausgeschlossen sein, wenn das auch das Endziel ist. Aber nur mit größter Vorsicht und ohne finanzielles Interesse solle Alkohol verkauft werden. Der Verein zählt 300 Mitglieder.

Der Raubmordversuch, der am 23. November am selben Tage in der Friedrichstraße verübt worden ist, wird nun morgen, Freitag, das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigen. Der angeklagte Altempergergehele Max Moser, der jetzt 27 Jahre alt ist, ist seiner Zeit als Streikbrecher aus Chemnitz nach Berlin gekommen. Wie noch erinnerlich sein wird, erschien er am Sonntag, 23. November, morgens 9 1/2 Uhr, in der Filiale des Bankgeschäfts Schwertfeger u. Co., Friedrichstr. 99, und verlangte von dem dort angestellten Postbeamten Otto Salzweidel einige im Schaufenster des Ladens liegende Münzen. In dem Augenblick, als Salzweidel dem Rahmen mit der matten Seide, der das Schaufenster nach dem Laden abschließt, öffnen wollte, stieß ihm Moser einen Dolch mehrmals in den Rücken und ließ weiterhin blühend auf ihn zu. Durch Salzweidels Hinstürzen wurden Leute herbeigelockt, der Raubmörder entwich und Irving am Schloßberg in die Syree, wo er zwischen den Geschäften wieder heraufgeführt wurde. Da der Sachverhalt wenig entwickelt ist, sind zur morgen stattfindenden Verhandlung, die im großen Schwurgerichtssaal vor sich geht, nur neun Zeugen geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Stachow, die Anklage vertritt Affessor Bensch, die Verteidigung führt Justizrat Wobländer.

Telton und Grunewald im preussischen Etat. Im Etat der Forstverwaltung sind als erster Beitrag zur Herstellung einer unmittelbaren Wasserbindung zwischen dem Teltonkanal und dem Wannsee 100 000 M. eingestellt. Die Kosten sind auf 600 000 M. veranschlagt und sollen von den Anliegern anteilsweise werden. Der Forstfiskus soll einen Zuschuß von 200 000 M. zahlen und den erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich hergeben. Der Nutzen des Forstfiskus an dieser neuen kürzeren Wasserstraße nach Berlin

liegt im erleichterten Holztransport für Teile der Oberförsterei Potsdam, vor allem aber in der Steigerung des Wertes des auf 2500 Meter an die geplante Linie anstehenden forstwirtschaftlichen Grundbestandes. — Ferner besteht der Plan, die Charlottenburger Bismarckstraße durch den Grunewald über die Habel als gradlinige Fortsetzung der Straße unter den Linden, der Charlottenburger Chaussee und des zwischen der Charlottenburger Brücke und dem sogenannten Antje liegenden Teils der Berliner Straße fortzuführen und eine 50 Meter breite Straße herzustellen. Da diese Straße auf etwa 3000 Meter Länge den forstwirtschaftlichen Grunewald durchschneiden würde, so hat die Forstverwaltung ein großes Interesse daran, daß der Plan ausgeführt wird, weil die an dieser Straße liegenden, für den Verkauf in Aussicht genommenen Flächen des Grunewalds bedeutend an Wert gewinnen werden. Bei Ausführung des Planes kommt eine Heberbrücke der Habel in Frage. Zunächst ist erforderlich, Arbeit darüber zu gewinnen, welche Gesamtkosten mit dem Unternehmen einer solchen Heberbrücke, falls es zweckmäßig erweisen sollte, diese bis zum westlichen Ufer der Scharfen Kanäle zu führen, verbunden sein würden, ob das Unternehmen danach als wirtschaftlich anzusehen wäre und wie sich die Ausführungskosten auf den Forstfiskus und die außer ihm in Betracht kommenden Interessenten zu verteilen hätten. Zur Übernahme der Vorarbeiten sind 40 000 M. ausgesetzt. — Bemerkenswert ist, daß das bedeutende Projekt der „Erfüllung“ des Grunewalds für das der preussische Steuerzahler 12 Millionen Mark hergeben soll, auch in der Berliner Korrespondenz der „Köln. V.-Ztg.“ höchst abfällig besprochen wird.

Um sich in Berlin zu amüsieren, ging der 17-jährige Kaufmannslehrling Georg Weber seinem Prinzipal in Köln durch. Sein Reisegeld verschaffte er sich dadurch, daß er zwei Geldbriefe, die er zur Post tragen sollte, unterschlug und mit dem Inhalt dieser, es waren sechs hundert Mark, schleunigst nach London fuhr. Hier veräußerte er einen Teil des Geldes, fühlte sich aber, da er mit der englischen Sprache auf Kriegsfuß stand, nicht wohl und reiste nach Berlin ab. Einem Kriminalbeamten fiel das spendbare Wesen des jungen Weltreisenden bei dem Aufenthalt in Hamburg auf; er verfolgte ihn aus und nach vielen Wiberständen gelang es sein Vergehen ein. Weber wurde sofort in Haft genommen.

Ein Vogeldieb sucht seit einiger Zeit die hiesigen Rächter und Sandler heim. Ein gut gekleideter Mann von etwa 20 bis 30 Jahren, mit netten Umgangsformen und dunklen Heberzieher und Anzug, pocht auf, wenn der Geschäftsmann ausgeht, und begiebt sich dann zu seiner Frau in den Laden, um einen Kamarienhahn oder auch mehrere zu „kaufen“. Natürlich will er erst hören, ob der Vogel auch wirklich singt. Zu dem Zwecke legt er sich hin und wartet ungeduldig hin und wieder etwas pfeifend, um den außerordentlichen Hahn ein wenig aufzumuntern. Wenn man auf etwas wartet, so dauert es in der Regel sehr lange. Auf diese alle Erfahrung baut auf der nette Mann seinen Plan. Er kann warten. Die Geschäftsfrau hat aber mehr zu thun. Sie muß ab und zu auch in den Wohnung nach diesem und jenem sehen und verliert schließlich die Geduld. Sobald sie aber den Laden verläßt, holt der Kunde zwei oder mehr gute Hähne aus dem Bauer heraus, läßt sie unter der Kleidung in einem kleinen Käfig verschwinden und erzieht sie durch ebenso viele Weibchen, die er eigens dazu mitgebracht hat. Die Frauen, die nicht so genau hinschauen, merken den Trick erst, wenn es zu spät ist. Inwieweit verschwindet der Mann auch mit der Beute, ohne einen wertvollen Erfolg zurück zu lassen. Die Geschäftskunde werden gut thun, vor dem Schwindler, der seine Auswühl mit großer Kenntnis trifft, auf der Hut zu sein.

Eine empfindsame Seele. Einen wissenschaftlichen Fragebogen, durch den Material zu der Forderung auf Aushebung des § 176 des Strafgesetzbuches gewonnen werden sollte, hatte der praktische Arzt Dr. M. Giesefeld in Charlottenburg, der das Problem der Homosexualität in einer Reihe von Vorträgen erörtert hat, u. a. auch an eine Dame geschickt, die sich durch die Zufassung gefränkt fühlte. Auf ihren Antrag hat die Staatsanwaltschaft, einem hiesigen Blatte zufolge, im öffentlichen Interesse dem Dr. Giesefeld ein Verfahren wegen Verleumdung und auferlegt dem ein weiteres Verfahren wegen Verbreitung unfittlicher Schriften eingeleitet.

Diese Meldung klingt denn doch recht wunderbar und erinnert an die Nachricht, wonach die italienische Regierung gegen das Blatt, welches die Angelegenheit Krupp zuerst besprochen hat, in Ermangelung einer andern Unterlage ebenfalls auf Grund eines Unschärfenparagrafen vorgehen will. Es wird dem wissenschaftlich-humanitären Komitee bei Abwendung des Fragebogens nichts ferner gelegen haben, als die in Betracht kommende Dame zu kränken; und berührt es daher schon eigenartig, daß die empfindsame Seele zum Rabi gehen will, so klingt die Nachricht von ihrer Unterjochung durch den Staatsanwalt doppelt seltsam. Es kann sich in dem vorliegenden Fall doch höchstens um eine ungewollte Taktlosigkeit handeln, bei der das öffentliche Interesse um so weniger eine Rolle spielen kann, als die Existenz dieses mythischen Wesens ja kürzlich erst bei Beendigung der aus Anlaß des Falles Krupp gegen uns gerichteten Aktion mit höchermöglicher Gründlichkeit vom Staatsanwalt bestritten wurde. Vorab glauben wir daher die Zeitungsmeldung für falsch halten zu dürfen.

Jahrhundert-Ünglück. Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde die Leiche des 60 Jahre alten Förstern Franz Raimann aus der Michaelstraße Nr. 17, der das Opfer eines Jahrhundert-Ünglücks geworden ist. Raimann famierte vor acht Tagen auf dem Grundstück der „Industrie-Ernte-Erdöl“, Michaelstraße Nr. 20, den Jahrstahl, während er im vierten Stock stand. Als er stolperte, griff er nach dem Seil, um sich festzuhalten. Hierbei löste sich die Sperre, der Jahrstahl ging hinunter, der Unglückliche stürzte und geriet mit dem Kopf nach unten zwischen Stahl und Mauerwerk, so daß er sich schon einen Hinterleibbruch und andre schwere Verletzungen zugezogen hatte, als der Jahrstahl-Führer Ballentien dazu kam, den Stahl zum Stehen brachte und ihn befreite. Im Krankenhaus am Urban erlag der Verunglückte seinen Verletzungen.

In der Zweigstätte Charlottenburg der Volkshochschule Humboldt-Akademie beginnt am 16. Januar ein neuer Vortragszyklus des Direktors der Trepow-Sternwarte F. S. Archenholz über Weltanschauung und Himmelkunde. Der Cyklus umfaßt 10 Stunden und findet stets freitags von 5—6 Uhr statt. Dieser Cyklus verspricht durch die Vorführung von Lichtbildern und einen Besuch der Trepow-Sternwarte ganz besonders interessant zu werden. Die Vorträge finden statt in der Aula der Kaiser Friedrich-Schule am Zabignyplatz. Damen sind auch als Zuhörer zugelassen. Karten zum Cyklus sind erhältlich in den beiden Buchhandlungen von C. Ulich u. Co., Verlinsstr. 76, und Förster u. Revis, Kanstr. 14.

Im Gürten der Urania in der Taubenstraße beginnt heute (Donnerstag) Herr Dr. P. Schwach einen aus vier Vorträgen bestehenden Cyklus über „Einführung in die Erdkunde“ mit dem durch zahlreiche Lichtbilder erläuterten Vortrag „Kontinentalismus der Erde“ und morgen (Freitag) Herr Professor Dr. C. Müller einen Cyklus von sechs durch einfache Experimente erläuterten Vorträgen über „Die Arbeit der Pflanzenwelt“ mit dem Vortrag „Die Stoffaufnahme durch die Pflanze“. — Im Theater wird heute der dekorativ und technisch ausgestattete Vortrag „Das Land Tirol“ gegeben werden.

Feuerbericht. Mittwochnachmittag gegen 3 Uhr wurde infolge mehrmaliger Meldung ein größeres Löschungsgebot nach der Steinmetzstraße 23 gerufen. Hier war in einem Backerteller dadurch Feuer entstanden, daß von der Straße aus jedenfalls eine brennende Zigarette oder ein Streichholz in den Kellerrauch geworfen wurde, wobei trockener Weedeckel, welcher zum Verstopfen der Fenster dienete, in Brand geraten war. Die Flammen konnten aber leicht erstickt werden, weshalb die Löschzüge in kurzer Zeit wieder abrücken konnten. — Abends 6 Uhr hatten in der Mitten-

Waldersstraße 26 im ersten Stock Kleidungsstücke und Decken in einer Wohnung Feuer gefangen. — In der Nacht zum Mittwoch hatte die Wehr in der Butcherstr. 11 in einem Keller einen Brand zu befechtigen, der in der Hauptkammer altes Gerümpel und Verpackungsmaterial entzündete. Gardinen waren Mittwoch früh 7 Uhr in der Jägerstr. 73 in einer Schlafkammer in Brand geraten. Nach der Alexanderstraße 1 wurde die Wehr Dienstagabend gerufen, weil hier der Inhalt eines Schaufensters Feuer gefangen hatte, dessen Ablösung jedoch bald erfolgen konnte. Zur selben Zeit hatte die vierte Compagnie längere Zeit in der Badstr. 26 mit der Ablösung eines Brandes zu thun, der in einem im Erdgeschoß untergebrachten Garderobengeschäft ausgebrochen war. In der Skalkgerstr. 10 war am Abend auf dem Boden auf nicht ermittelte Weise ein Brand entstanden, der Bodenverschlüge, Journiere, alten Hausrat zc. erfasste, doch gelang es, die Flammen in kurzer Zeit zu ersticken. Matratzen und Betten wurden gleichzeitig in der Reuen Jakobstr. 27 durch Feuer beschädigt. Außerdem liefen noch Alarmierungen von der Böttcherstraße, von der Brückenstr. 5 und von einigen anderen Stellen ein, die indes alle auf ganz unbedeutende Brände zurückzuführen waren.

**Aus den Nachbarorten.**

**Schöneberg.** Die Stadtverordneten-Versammlung besaßte sich in ihrer letzten Sitzung zum größten Teile mit den für das laufende Geschäftsjahr erforderlichen Wahlen zu den einzelnen Ausschüssen. Von untern Vertretern wurden delegiert: in den Ausschuss für Anstellung und Wahlen von Gemeindebeamten Stadtv. Panzer, in den Ausschuss für Petitionen Stadtv. Hoffmann, in den Rechnungs- und Finanzanschuss Stadtv. Käter, in den Wahlprüfungs- und in den Staatsanschuss Stadtv. Rajuch und in den Ausschuss für Abänderung der Sparkassenstatuten Stadtv. Obst. Wie es oft mit den sogenannten Dienstwohnungen der kleinen Beamten bestellt ist, zeigte sich jetzt wiederum bei den dem Desinfektionswärter Abel auf dem Paradengrundstück überwiesenen Wohnräumen. Nach dem eignen Zugeständnis des Magistrats haben diese Räume, für welche die volle Mietsentschädigung mit 450 M. in Anrechnung kam, tatsächlich kaum die Hälfte des Wertes des angerechneten Preises. Entsprechend dem Magistratsantrage soll dem Genannten die bisherige Dienstwohnung als Mietwohnung fernerhin für 250 M. überlassen werden.

**Schöneberger Volks-Bibliothek.** Nach einem Beschluß des Kuratoriums sollen von jetzt ab von jedem Leser 30 Pf. als Einschreibgebühr erhoben werden, wofür ein Katalog der Bücher geliefert wird. Daß diese letztere Einrichtung ein dringendes Bedürfnis ist, dürfte sich längst herausgestellt haben, indes sind wir der Meinung, daß die

Gemeinde die geringen Kosten für Herstellung eines Katalogs, ohne den Etat neuemwert zu belasten, ganz leicht hätte übernehmen können. Das Sparsystem scheint hier denn doch am unrechten Platze zu sein.

**Charlottenburg.** Der Festkommerz, welchen der Wahlverein für den Kreis Teltow-Beeskow am Sonntag in den Räumen des Charlottenburger Volksbundes feierte, hatte einen recht harmonischen Verlauf. Weit über 2000 Personen füllten alle Räume des großen Gebäudes; zwar stellten naturgemäß die Charlottenburger die Hauptmasse der Besucher, aber aus fast sämtlichen Orten, selbst den ferneren gelegenen, wie Zehlendorf, Nowawes, Teltow, Trebbin zc. waren zahlreiche Mitglieder des Wahlvereins erschienen. Einer der geplanten Kommerzstücke mißte ausfallen, denn — die Polizei beauftragte in letzter Stunde das gewählte Gedicht: „Proletariats Erdensohn“. Wenn die hohe Obrigkeit doch Proletariats Erdensohn nicht bloß im Liede, sondern auch in Wirklichkeit beanstanden und anders gestalten wolle.

**Der behrliche Kampf gegen die Saalhaber treibt in Schmagendorf wunderbare Blüten.** Die Gastwirte, welche nur durch den Zuspruch der Arbeiter existieren können und darum ihre Säle für Versammlungen hergeben müssen, finden wenig Gnade vor den Augen des Amtsvorstehers. Daß für diese Lokale eine frühere als die ortsübliche Polizeistunde gilt, ist nicht mehr anständig. Eine schwere materielle Schädigung wird aber den Eigentümern und Pächtern von Saallokaltäten zugefügt, wenn letztere in andere Hände übergehen. Gewöhnlich wird dann die Konzeption nicht erteilt und diese muß erst im langwierigen Verwaltungsstreitverfahren errungen werden. Schon früher verweigerte der Amtsvorsteher zwei neuen Gastwirten die Konzeption, da nach seiner Meinung für die schon bis zu 10 Jahren bestehenden Lokale kein Bedürfnis vorhanden sei. Die Berufungsinstanzen urteilten entgegengelegt und erteilten die Konzeption. Für die Arbeiterschaft aber war dadurch die Versammlungsmöglichkeit an Ort und Stelle beseitigt. Der eine Gastwirt berechnete seinen Schaden auf mehr als 1300 M. So muß der neue Wirt für die „Sünden“ des Vorgängers büßen. Oder er wird für seine eignen späteren „Sünden“ — Freigabe des Saales — im voraus bestraft. Jetzt wird wieder die Neukonzeptionierung für zwei alte Versammlungslöcher wegen „Bedürfnismangels“ verweigert. In einem Fall auch unter der absonderlichen Begründung, daß das Lokal an nicht gepflasterter Straße liegt. Dagegen ist für das an gleicher Straße gelegene, für die Arbeiter gesperrte Lokal eine Neukonzeptionierung stets ohne Schwierigkeiten erfolgt. Trotzdem der Amtsvorsteher das Bedürfnis für schon lange bestehende Lokale verneint, hat er selber erst kürzlich mit Gemeindemitteln ein Lokal —

den Reiskeller — eingerichtet und sich dadurch mit sich selbst im Widerspruch gesetzt.

Durch die gegen die Versammlungslöcher der Arbeiter gerichteten behrlichen Maßnahmen wird das gesetzlich garantierte Versammlungsgesetz für die Arbeiter gefährdet. Für die hiesigen Arbeiter aber erweist hieraus die Pflicht, ihren Verkehr nur auf das einzige jetzt freie Lokal — das Wirtshaus Schmagendorf — zu beschränken, um hier einen Wechsel zu vermeiden. Andernfalls geht uns während der Reichstags-Wahlperiode das Versammlungsgesetz und die Agitationsfähigkeit am Orte verloren.

**Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Agitationsvereins für den Reichstags-Wahlkreis Galau-Ludau findet Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Augustin, Lindenstr. 69, statt. — Gäste willkommen.**

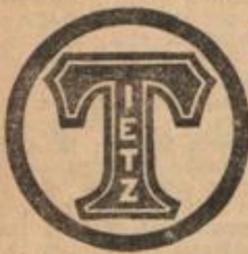
**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. R. 24. 1. und 3. Das hängt von dem Einzelfalle ab. 2. Rein. 3. Ein Tag Gefängnis. 4. Rein. — R. 2. 99. 1. Sie würden sich an den Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. zu wenden haben. 2. u. 3. Warten Sie den Beschluß ab. — S. 2. Köpplerstraße. Wenn Sie Handlungsgehilfen sind: ja, wenn Sie gewerblicher Arbeiter sind: nein. — R. 2. 1. — 3. Rein. — R. 2. 100. 1. und 2. Ja. 3. und 4. Bis am 15. kann der Chambregarnit oder Salsoloursche dem Vermieter und umgekehrt der Vermieter dem Schlichterchen usw. kündigen. — S. 2. 93. 1. Werden Sie sich an die Gerichtsbücherei. 2. Verlorene, unbrauchbar geworden oder zerstörte Calligraphien sind durch neue zu ersetzen. Beantragen Sie dies bei dem Polizeikommissar. 3. 100 bis 200 Mark. — C. 2. 43. Rein.

**Witterungsübersicht vom 11. Januar 1903, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.		
Emmende	777	SW	—	—	Saparanda	771	SE	2	Heiler	—17	
Damberg	779	SW	2	Heiler	—6	Petersburg	763	SE	2	Stollig	—1
Berlin	778	SW	2	Stollig	—8	Garz	774	SE	—	Hebedorf	—3
Kranz/R.	773	SW	4	Heiler	—8	Haberden	—	—	—	—	
Königsbr.	767	E	2	Hebedorf	—9	Paris	773	SW	—	Stollig	—7
Wien	770	SW	2	Stollig	—9						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. Januar 1903.** Kaltwetter, meist heiter und trocken bei ziemlich strengem Frost und schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



**Waarenhaus Hermann Tietz**

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

**Besonderes Angebot** soweit der Vorrath reicht!

**Trikotagen**

**Strümpfe**

- Normalhemden Vigogne I. 3 Grössen . . . . . 1,15, 1,25, 1,35 Mk.
- Normalhemden Vigogne Ia. 3 Grössen . . . . . 1,60, 1,75, 1,90 Mk.
- Normalhosen Vigogne, 3 Grössen, durchweg . . . . . 75 Pf.
- Normalhosen Vigogne I. 3 Grössen . . . . . 1,05, 1,15, 1,25 Mk.
- Wollene Corsetschoner rosa gestrickt . . . . . 48, 35 Pf.
- 1 Posten Zuavenjäckchen alle Grössen . . . . . 85 Pf.
- 1 Posten Zuavenjäckchen . . . . . Werth bis 2,20 M. 1,35 Mk.
- 1 Posten Plüschtaillentücher, gross . . . . . Werth bis 4,25 M. 2,90 Mk.
- 1 Posten Seidene Kopftücher, helle Farben, Werth bis 2,00 M. 95 Pf.
- 1 Posten Seidene Ball-Echarpes m. Cheillotranzen Werth bis 2,50 M. 1,35 Mk.
- Trikot-Damen-Röcke mit Volant . . . . . 1,65 Mk.
- Jaquard-Herren-Westen, alle Grössen, Werth bis 3,00 M. 1,95 Mk.

- Damenstrümpfe Reine Wolle, gewebt, engl. lang, 1,00 Mk., 70 Pf., 52 Pf. Doppelschle
- Damenstrümpfe Reine Wolle gewebt, engl. lang, geringelt 90 Pf., 65 Pf.
- Damenstrümpfe Wolle, platt gestrickt, deutsch lang, Werth 85 Pf. 58 Pf.
- Herren-Socken melirt, stark gestrickt, Landwolle . . . . . 33 Pf.
- Herren-Socken melirt, stark gestrickt, Reine Wolle, Werth bis 85 Pf. 55 Pf.
- Herren-Socken, melirt, stark gestrickt, reine Wolle, Werth bis 1,25 M. 85 Pf.

**Stoffhandschuhe**

- Damen Trikot u. Ringwoods Werth bis 35 Pf. 20 Pf.
- Damen Körper Trikot Reine Wolle . . . . . 35 Pf.
- Damen Trikot u. Ringwoods Werth bis 75 Pf. 48 Pf.

Jedes Wort: 5 Pfennig.  
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen.**

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, barriere. 1377\*

**Diesjährige elegante Herren-Anzüge** und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Anhalten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ude Fruchtstraße.\*

**Vorjährige elegante Herren-Anzüge** aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 14728\*

**Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Westen, fertig und nach Maß.** Große Frankfurterstr. 16, August Uhlir.

**Krawattenstoffe, große Auswahl.** Ballner-Theaterstr. 30. 13745

**Weiche Herrenhüte, gute Qualität.** 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Gullfabrik, Compotier-Kaiserstr. 25A, früher Berninistr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.\*

**Rosenberg, der billige, Gullfabrik, Damenjacquards, spottbillige Preise.** 13628\*

**Rosenberg, der billige, Anzugen, Joppen, 2,80; Anzugenpaletots 3,50; Anzugenhosen 75 Pfennig.** Rotfischerdamm 33.

**Rosenberg, der billige, Reize zur Konfektion, Hüte, Armbänder, Bekleidung, moderne Stoffe, Spottpreise.** Zuschmitt gratis. Rotfischerdamm 33.

**Ein Kohlengeschäft zu verkaufen** Lottumstraße 13. 14598

**Teppiche!** (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gasse der Markt 4, Bahnhof Bödele. 11975\*

**Spottbillig** Teppiche, Betten, Steppdecken, Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren, Regulatoren, Gardinen, Spiegel, Bekleidungsstücke, Kollimierende Verghaus Reanderstraße 6. Teppichhandlungen gestattet. 55/16\*

**Gadspartocherhaus!** Einlochgasthof! 1,00, Javellochgasthof! 3,00, Gadspartocher! 5,00, Gadspartocher! apparte billig! Wohlfahrer, Wollner-Teppichstr. 32. 14985\*

**Teppiche** mit farbentrichen Javellochleider Große Frankfurterstr. 9, barriere. 737\*

**Nähmaschinen** kaufen Sie nur beim Fachmann am zweckmäßigsten. Billigste Geschenke von 25 Mark an. Labellos: Ringelhoff, Bobbin, Schneidnähler, bequemste Teilzahlung wochentlich und monatlich. Reparaturen billig, angemessen. Diele, Mechaniker, Nähmaschinen. Specialgeschäft, Brunnenstraße 119. 14498\*

**Nähmaschinen!** Ringelhoff, Adler Central, Bobbin, Deion (Vollautomat), Bobbin, Beta, Tambourier, Glatte, Säulen und Diesel-Nähmaschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung constanteste Bedingungen. Sellmann, Gollnowstraße 29, nahe der Landbergerstraße. 14608\*

**Teppichdecken** billigt! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, barriere. 737\*

**Ringelhoffen, Bobbin, Schneidnähler, ohne Anzahlung.** Woche 1,00, gebrauchte tabellos, spottbillig. Reanderstraße 60/61, Landbergerstraße 82. 792\*

**Kanarienvögel, 1,00, Reanderstraße 7. 55/15**

**Vierjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Hemfelder** spottbillig. Deutsches Verandhaus, Jägerstraße 63. 1323\*

**Büchergeschäft, Orban, verkauft billig** Schöneberg, Gothenstraße 47 I. rechtis. 15345\*

**Büchergeschäft** sofort oder später billig veräußert. Neu-Beitense, Ranghanstraße 71. 15325\*

**Reisegeschäft,** fünfzehn Jahre bestehend, mit oder ohne Warenbestand, sofort oder April billig veräußert. Reander, Linden-Ufer 19. 15255

**Eisenöfen** zum Trodnen für Neubauten billig. Wollnerstraße 16/19.\*

**Zwei** Part einvertelnd Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Damenhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie elegante Kleiderstoffe spottbillig. Wollnerstraße 21, Nähe Polizeistation. 82/10

**Junger Mann** Wirtschaft billig. Händler verleben. Bergstraße 2, I.

**Dringend** Panzello (Teppich), Spinne, Trumeau, Perschledene vollständig neu. Friedrichstraße 181d, vorn 4. Etage links. 82/9

**Zuchthöhne** (Weibchen) verkauft. Kramer, Rigauerstraße 136. 745\*

**Restaurant, 9 Jahre** bestehend, Zuhilfenahme u. verkauft Postamt 17, J. B. 13266

**Verschiedenes.**

**Patentbureau** Dammann, Cronenstr. 57, Kottbusplatz, bis abends neun.

**Müllische** Stallgerstraße 116a, monatlich 4,00. 11629

**Rechtsbureau** Jabilch, Gräner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengeldsche, Materie. 15015\*

**Rechtsbureau!** Wer sich über diese rechtliche Gewissheit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsbundes gegen Biotekton, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Verkehrsverein, Königgräberstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1618\*

**Bereinszimmer** zu 20 bis 60 Personen, auch Garten, Annenstr. 9.\*

**Fahrräder** Lauf, Ideal, Nivaldenstraße 153. 56/16

**Bereinszimmer, großes** frei, Simeonstraße 23, Bild. 14848\*

**Goldfäden, alte** Jahngelbe, Blau, lackt, Schneide, Brunnenstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Schmiederei. 1536\*

**Zahnärzten** von hohlen Zähnen befreite sofort abloscht schmerzlos für immer (Garantie), pro Zahn 1,00. Döbler, Zahnarzt, Annenstr. 28, gegenüber Thallstrater. 767

**Rechtsbureau, Prozedurhand,** Eingabengeldsche, Materie. 15006\*

**Wohnungen.**

**Zofort** oder April kleine und Mittelmöhlungen billig. Kummelsburg, Sandstraße 38. 55/9\*

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Bücher** Stuhlreiter bittet um Arbeit. Hüte werden zu den billigsten Preisen gewaschen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Wollnerstraße 27, II. Ofler.

**Stellengesuche.**

**Leitner** Journierer suchen Rosenow u. Co., Schmidstraße 6. 15288

**Manifelle** auf bessere kurze Sacros verlangt Schulze, Görlitzerstraße 41, I.

**Poliermeister** Handarbeiterin im und anderem Hause, Lehramtsprüfung verlangt David Niese, Oberwallstraße 19.

**Wäschehand** Arbeiterinnen verlangt Nulle, Frankfurter-Allee 16.\*

**Suchen sofort 2 tüchtige Marmorschleifer,** welche sowohl an den verschiedensten Orten, als auch in den verschiedensten Fabriken und Werkstätten eingearbeitet sind, für Plattenfabrikation in Marmor und Quarz, sowie ein Säger mit Gasser und Trennlage vertraut, für Platten in Marmor, sowie Böden in Sandstein. Sprachkenntnis nicht nötig. — Antwort an Aktuelolaget Anderssons Mek. Stenhubger, Stockholm. 56/13\*

**Achtung, Holzarbeiter!**

Gelberet sind folgende Werkstätten für Tischler, Einzieher, Maschinenarbeiter und Holzer:

Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer. Schuber, Kammern-Allee 10. Diehlmann, Köpenickerplatz 9. Für Drechsler: Frede, Hollmannstr. 32. Die Ortsverwaltung.

**Stuccateure!**

Gelberet ist die Firma Bachmann, Brenzlauer Allee 222, wegen Nichtbezahlung der bisherigen Forderungen, und die Firma Schuchard, Reuenburgerstr. 20 und Dombau, wegen Ablehnung der Abzahlung einer unumkehrbaren Arbeitsordnung und Nichtbezahlung eines Arbeiters zum Material zuzugeben. Die genannten Firmen sind bis auf weiteres zu meiden. Die Ortsverwaltung.